Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

2. Januar 1978
Jg. 6 Nr. 1

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfennig
D 21060 C

USA wollen billiges mexikanisches Erdgas

Die US-Imperialisten wollen die mexikanische Regierung unter Androhung, den Kredithahn zu sperren, zwingen, die Preise für das Erdgas zu senken. Mexiko ist mit insgesamt 20 Mrd. DM im Ausland verschuldet, davon an die USA mit mehr als 60%. Hauptabnehmer für Erdöl und Erdgas sind die USA. Eine neue Erdgasleitung für das US-Finanzkapital, die direkt in die USA führen wird, soll bis 1980 fertiggestellt werden, die US-Imperialisten wollen sich zunächst 1,0 Mrd. Kubikfuß, dann 2,0 Mrd. Kubikfuß liefern lassen. Bereits das ganze Jahr über haben die US-Imperialisten versucht, über Kreditzurückhaltung die mexikanischen Energiequellen in die Hand zu bekommen. Unter Ausnutzung der Konkurrenz unter den Imperialisten hat sich die mexikanische Regierung an andere Länder gewandt und Kredite bekommen. Diese Länder hoffen, über die Kreditvergabe selbst an billiges Öl und Erdgas zu kommen. Die mexikanische Regierung hat sich jedoch von den US-Imperialisten nicht erpressen lassen und die Senkung des Erdgaspreises abgelehnt.

Streikwelle in Indien

Bombay. 900000 Beschäftigte des westindischen Staates Maharashtra streiken seit dem 14.12. für höheren Lohn, der dem Lohn der Beschäftigten des indischen Bundesstaates entsprechen soll. Fast die gesamte Verwaltung sowie große Teile des Krankenhausbetriebes sowie der staatlichen Molkereien wurden durch den Streik lahmgelegt. In der letzten Woche forderte der indische Premierminister Desai die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit auf, sonst würde er sich mit ihren Forderungen nicht befassen. Es ist nicht bekannt, daß der Streik daraufhin abgebrochen worden wäre.

Ebenfalls in Bombay waren in der dritten Dezemberwoche 2500 Hafenarbeiter für zwei Tage in den Streik getreten, um höhere Löhne durchzusetzen. 35000 Arbeiter und Angestellte des nordindischen Staates Assam, darunter viele Lehrer, traten vor zwei Wochen in den Streik für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Über den Verlauf ist bisher nichts bekanntgeworden.

bekanntgeworden.

Türkei muß 80 Millionen an westdeutsche Konzerne zahlen

Die BASF-Kapitalisten bauen über ihre Ludwigshafener Tochter, die Knoll AG (Anteil 73,1%) in der Türkei eine Opium-Alkaloid-Fabrik. Mit dieser Mohnkapselextraktionsanlage wollen die westdeutschen Chemie-Kapitalisten einen großen Teil des Weltbedarfs an Morphin decken. Die sehr „angespannte Situation bei der Versorgung mit Opiaten" wird sich mit dem Bau dieser Fabrik in der Türkei verbessern, erklärte der Knoll-Vorstandsvorsitzende Professor Biekert. Die BASF-Kapitalisten verschaffen sich mit dieser Fabrikanlage direkten Zugang zur Ausbeutung der türkischen Arbeiterklasse und Bauern sowie den dortigen Rohstoffen. Zugleich erlangen sie eine Monopolstellung in der Produktion von Opiaten.

80 Millionen soll die Türkei diese Anlage kosten. Allein die Knoll AG verlangt 36 Millionen. Tatsächlich wird die Opium-Alkaloid-Fabrik nach ihrer Fertigstellung nicht der Türkei gehören, sondern ihren Gläubigern, hier speziell dem westdeutschen Bankkapital.

Heiliger Christopherus

Ein Netz von gleich 15 fliegenden Heiligen hat inzwischen die Christoph-Rettungshubschrauber-Serie des Bundesgrenzschutzes (Stück à 1,7 Mio. DM). 3 kommen noch Anfang des Jahres dazu. Der Sage nach ist Christopherus ein Riese gewesen, der Jesus über einen Fluß trug und der wechselweise in den Diensten eines Königs, des Teufels und Jesu stand. Ähnlich vielseitig der fliegende Christoph, der Hubschrauber Bo 105 der Firma MBB. Er gehört zur Bewaffnung des Bundesgrenzschutzes und wird demnächst auch in die Dienste der Bundeswehr treten. 212 Exemplare sollen bis 1982 gekauft werden. Als Rettungshubschrauber wird er seit 1970 getestet. Die Unterstellung unter den Bundesgrenzschutz macht ihn einsetzbar gegen die Volksmassen: Als Anfang des Jahres in Brokdorf ein Hubschrauber Tränengas unter die Demonstranten sprühte, war es der Rettungshubschrauber Christoph 6 aus Bremen. Er sollte ein Stück imperialistisches Energieprogramm retten. All seine hervorragenden Eigenschaften wurden im „Rettungsflug" getestet: Zehnmal schneller als ein Kampfpanzer, nahezu vibrationsfrei, was eine Treffsicherheit von etwa 80% ermöglicht, zum Konturenflug nahe über dem Boden geeignet.

„Dollarschwäche" – die US-Monopole blasen zum Angriff
Sie wollen die Vormachtstellung zurückgewinnen

Strategische Bereinigung der inneren Verhältnisse / Vorbereitung auf den Kampf mit der sozialimperialistischen Supermacht

Mit dem Dollarkurs zusammen ist auch der amerikanische Notenbankpräsident Burns, eine Art Buddha unter den US-Bourgeois, gestürzt. Genauer gesagt, er wurde von der Regierung Carter fallengelassen – wie der Dollarkurs. Burns hatte verlangt, den Dollar durch Aufkäufe der Notenbank zu stützen. Die Regierung Carter ist entschlossen, dies gegenwärtig nicht zu tun, sondern alle mit dem Kursfall des Dollar verbundenen Einbußen zunächst einzustecken und den Volksmassen der USA aufzubürden, um dadurch den US-Monopolen einen Eroberungsfeldzug auf dem Weltmarkt zu ermöglichen.

Solange der US-Imperialismus weltbeherrschend, der Dollar Weltgeld war und zu weit überhöhtem Kurs dem Gold gleichgalt, mußten sich alle anderen Währungen automatisch an ihm als Leitwährung ausrichten. Das ist vorbei. Andere Währungen sind neben den Dollar getreten, die ihre Paritäten zueinander im freien Austausch („floating") regeln. Am meisten gekauft werden jetzt, gegen Dollar, die abgestoßen werden, die D-Mark, der (mit der DM durch feste Pari verbundene) Schweizer Franken sowie der japanische Yen; seit neuestem auch, allerdings nach langem Kursverfall, wieder das englische Pfund. Die DM ist allein seit Mitte dieses Jahres um weitere 10% gegenüber dem Dollar aufgewertet worden, der jetzt um 2,10 DM herum gehandelt wird.

Für die Imperialisten vor allem der

Für die Imperialisten vor allem der BRD und Japans bedeutet diese faktische Aufwertung ihrer Währungen – auch gegenüber anderen Währungen, die mit dem Dollar gefallen sind, wie der französische Franc und die italienische Lira – zunächst einen Gewinn. Sie können pro Geldschein mehr von den Werten, die die Arbeiter und Bauern dieser Länder produziert haben, an sich reißen. Das entspricht den wirklichen Austauschverhältnissen, da die westdeutschen und japanischen Kapitalisten noch immer die „höchste Leistungsfähigkeit", nämlich in der Auspressung unbezahlter Mehrarbeit und eines entsprechenden Mehrprodukts pro Arbeiterstunde haben. Gerade darin besteht ja das „Vertrauen" der Devisenspekulanten in ihre Währungen.

Auch die Bedingungen des Kapitalexports, und gerade in die USA selbst, deren riesiger innerer Markt besonders heftig umkämpft ist, verbessern sich für die westdeutschen und japanischen Imperialisten. Dennoch sind sie nicht grundlos über den neuen Dollarsturz besorgt. Westdeutsche Bourgeoisblätter orakeln über eine „der Ölkrise vergleichbare Herausforderung". Und der japanische Ministerpräsident Fukuda soll sogar düster geäußert haben: „Japan befindet sich in einer ähnlichen Lage wie vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs." (Frankfurter Rundschau, 9.12.)

Den Zweiten Weltkrieg haben Japan und Deutschland bekanntlich ver-

Fortsetzung Seite 2

Stützpunktinteressen der Sozialimperialisten im Kampf um die Weltherrschaft



Wenn wir jetzt unsere Außenpolitik festlegen, gibt es vielleicht keinen einzigen Flecken auf der Erde, dessen Lage wir

„Wenn wir jetzt unsere Außenpolitik festlegen, gibt es vielleicht keinen einzigen Flecken auf der Erde, dessen Lage wir nicht in irgendeiner Art und Weise in Betracht ziehen." Unter diesem Schlachtruf des 25. Parteitages der KPdSU von 1976 gehen die neuen Zaren daran, sich auf dem Erdball ein militärisches Stützpunktnetz für ihre Kriegsflotte zu errichten. Unter der Maske des „Sozialismus" versuchen die Sozialimperialisten, mit „Freundschaftsverträgen" und scheinheiligen Beteuerungen der Erfüllung „internationalistischer Pflichten" oder „Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen" in den Ländern der Dritten Welt sich an die Stelle der alten Blutsauger zu setzen.
Nicht alle Staaten, denen die Sozialimperialisten Verträge und Abkommen über die Benutzung der Häfen abgenötigt haben, dulden auch ihre militärischen Stützpunktansprüche, wie Kuba das tun muß. Die Karte zeigt aus US-imperialistischer Sicht, in welchen Ländern die Sozialimperialisten beabsichtigen, solche Stützpunktrechte zu bekommen zum Kampf um die Weltherrschaft mit den USA. Mit jedem Scheitern durch die Schläge der Völker, wie beim Rausschmiß aus Ägypten oder der Demokratischen Republik Somalia, steigern sie ihre Aggressivität.

Die kleinen Kapitalisten der Zulieferbetriebe: Vom VW-Monopol dressierte Blutsauger

Aufbau einer gemeinsamen Streikfront für Streichung der unteren Lohngruppen und 220 DM mehr im Lohnkampf

Wolfsburg: „VW zahlt die höchsten Löhne. Unsere niedrigsten Lohngruppen sind in anderen Betrieben schon bald Spitzenlöhne", so hetzen die Vorstandssprecher der VW AG auf Betriebsversammlungen und im Hausblatt „Autogramm" gegen den Lohnkampf der VW-Arbeiter. Die Sozialdemokraten schlagen in die gleiche Kerbe: „Bei uns bringt eine Prozentforderung selbst in den untersten Lohngruppen immer noch mehr, als in den hohen Lohngruppen der Metallindustrie", behaupten sie hinterhältig, um Festgeldforderungen, wie sie von der letzten Betriebsversammlung im VW-Werk Wolfsburg bekräftigt wurden, vom Tisch zu fegen. Allerdings, es gibt diese Elendslohngruppen, in denen die Arbeiter kaum über 1000 DM mit nach Hause bringen, auch bei VW und zwar in den Zulieferbetrieben. Sie fallen nicht unter Haustarifvertrag und sind formell selbständige Betriebe, die irgendwelchen Kleinkapitalisten gehören.

VW 1300 Cabriolet Endmontage Karmann			VW Golf Endmontage VW Wolfsburg		
Arbeiter	Lohngruppe	Monatslöhne	Arbeiter	Lohngruppe	Monatslöhne
22 %	2,5	1512 DM	–	–	–
11 %	3	1557 DM	–	–	–
18,5%	3,5	1598 DM	10,2%	3B	1982 DM
7,4%	4	1641 DM	22,5%	4	2017 DM
18,5%	4,5	1728 DM	33,1%	4B	2050 DM
–	–	–	3,5%	5	2086 DM
18,5%	5,5	1901 DM	25,3%	5B	2145 DM
3,7%	6	1987 DM	4,9%	6	2214 DM

(bei 173 Stunden und 130% Akkord ohne Schichtzulage)

„Autozulieferbetriebe sind strukturell abhängig", überschreibt das „Handelsblatt" den Leitartikel von Seite 2 am 28.12. „Die Einbeziehung der Zulieferer in die Planungen der Automobilhersteller zu der einer unternehmenseigenen Abteilung angenähert", heißt es in dem Artikel. „Angenähert", so kann man die scharfen und üblen Ausbeutungsmethoden, die die Automobilkapitalisten in den Zulieferbetrieben diktieren, auch bezeichnen. Über die Hälfte der VW-Produktion wird nicht von VW-Arbeitern, sondern von Arbeitern in über 7000 Zulieferbetrieben gemacht. Der Zweck dieser Organisierung der Produktion ist die Spaltung der Arbeiter. Üblich ist dabei folgende Methode: Bei Karmann in Osnabrück z.B., wo unter anderem Karrosserien für das VW 1300 Cabriolett und Scirocco gebaut werden, sollen von Januar bis April 12 Sonderschichten gearbeitet werden. Der Karmannvorstand versteckt sich gegenüber den Arbeitern hinter den VW-Kapitalisten. Sie wollten dringend Karosserien und außerdem werden auch 300 Arbeiter neu eingestellt. Gleichzeitig werden „schwarze Listen" von Arbeitern, die keine Sonderschichten und Überstunden arbeiten wollen, angefertigt und Arbeiter entlassen. Diese Methode finden die Kapitalisten äußerst geschickt:

„Auch sorgt sich der VW-Vorstand darum, daß man verglichen mit dem Wettbewerb und gemessen am Herstellungspreis der Fahrzeuge noch zu viele der 5 bis 6000 Einzelteile der Fahrzeuge selber macht", zitiert die „FAZ". Damit die Methode gut funktioniert, werden die kleinen Kapitalisten in der Zulieferindustrie am straffen Zügel geführt. „Die größeren Abnehmer hätten außerdem Kenntnisse, die es ihnen ermöglichen, die Preise für die Produkte ihrer Lieferanten selbst zu kalkulieren." (Handelsblatt, 28.12.)

In der Propaganda-Broschüre „VW – Partner der Welt" streichen die VW-Kapitalisten folgenden Grundsatz für Verträge mit Zulieferbetrieben heraus: „Nach Möglichkeit soll das Werk bei jedem Rohstoff oder Einzelteil nicht nur von einem Lieferanten abhängig sein." Ansonsten könnten die Arbeiter die Konkurrenz zwischen dem VW-Konzern und ihren Zulieferkapitalisten nutzen. Ein Streik in Zulieferbetrieben hätte dann die Wirkung, daß der Kleinkapitalist schnell zahlen müßte, weil der VW-Vorstand von ihm die Teile braucht und Druck macht. So hingegen kann sich der Kleinkapitalist noch als Retter von Aufträgen und damit von Arbeitsplätzen hinstellen, wenn er versucht, den Streik niederzuschlagen. Das ist im Interesse seines Profits und des VW-Konzerns, denn dann können die Arbeiter besser gespalten werden. So wurden z.B. jetzt bei Karmann 20 Werkzeuge für VW gebaut und gleichzeitig eine große Rationalisierungswelle im VW-Werkzeugbau eingeleitet, weil er zu teuer sei. Man sieht gleich, welche Abteilungen der VW-Vorstand wem „annähern" will: Die „hauseigenen" Abteilungen den in Zulieferbetrieben ausgelagerten Abteilungen. So erklärt der VW-Produktionsleiter Hartwig in der „FAZ", daß

Fortsetzung Seite 2

BRD-Regierung blecht für Autobahnausbau Helmstedt-Marienborn

Zukunftsinvestitionen, Zukunftshoffnungen der BRD-Monopole

Am 22.12. hat die Bundesregierung mit der Regierung der DDR eine Vereinbarung geschlossen, derzufolge bis zum 31.12.1979 der Autobahnabschnitt zwischen den Grenzkontrollstellen Helmstedt und Marienborn sechsspurig ausgebaut werden soll. Die Bauarbeiten werden von Arbeitern aus der DDR durchgeführt. 2,43 Millionen DM, das sind 90% der Gesamtkosten, trägt die Bundesregierung. Für diesen dicken Geldbetrag kann man schon was verlangen. Die BRD konnte durchsetzen, daß die DDR für die Erneuerungsarbeiten der auf Bundesgebiet befindlichen Autobahnbrücke einen Geländestreifen von 15 m Tiefe zur Verfügung stellt. Allerdings wird das was extra kosten. Für den Verleih ihrer Souveränitätsrechte kassiert die neue Bourgeoisie der DDR 0,3 Millionen DM von der Bundesregierung.

Für die westdeutsche Bourgeoisie hat Sicherung und Ausbau der Zugangswege nach Westberlin und damit zum Territorium der DDR strategische Bedeutung. Sie zahlen also, wenn auch nicht gern.

Der Ausbau der Autobahn Helmstedt–Marienborn ist Teil eines umfänglichen Maßnahmenbündels. Seit 1976 wird die gesamte Autobahn zwischen der BRD und Westberlin ausgebaut. Am 1.12.77 hat der Westberliner Senat mit der Regierung der DDR den Ausbau der Spandauer Schleuse um eine 110 m lange Schleusenkammer vereinbart, durch die Schiffe bis zu 1350 Bruttoregistertonnen geschleust werden können. Neuerdings sind Überflugrechte für die Lufthansa im Gespräch.

Die BRD-Regierung muß für diese Maßnahmen, die einem Rollbahnbau gen Osten schier ununterscheidbar ähneln, schwer blechen. Die enormen Summen werden nicht nur im Hinblick auf spätere Nutzung aufgebracht. Zu den günstigen langfristigen strategischen Verwendungsmöglichkeiten kommen aktuelle, handfeste, sicher profitliche Gründe.

Die Zahlungen für „Dienstleistungen" wie Fracht, Hafenkosten, Provisionen, Montagekosten, Lizenzgebühren usw. an die DDR sind von 94 Millionen DM im Durchschnitt der Jahre 1961 bis 1965 auf 505 Millionen im Jahre 1976 angeschwollen, und das schmerzt. Die Handel treibenden BRD-Kapitale verlangen nach Senkung der toten Kosten, die zusätzlich durch lange Liege- und Umschlagszeiten der Waren wie durch hohe Frachtkosten entstehen und auf den Profit drücken.

Durch den Ausbau der Spandauer Schleuse kann jedes dritte Schiff eingespart werden. Durch den Ausbau des Autobahnabschnittes Marienborn/Helmstedt soll eine Trennung zwischen Personenverkehr und Lkws ermöglicht werden. Die Stockungen im Pkw-Transitverkehr stören die westdeutschen Bourgeois wenig, sie können zum Anlaß der Propaganda gegen die DDR dienen. Stockung im Lkw-Verkehr hingegen bedeutet Stockung der Profitmacherei.

Diese Maßnahmen zur Beschleunigung von Handel, Wandel und Fernverkehr erfüllen den Wunschzettel der BRD-Monopole nicht gänzlich. Zwar kann sich ein auswärtiger Markt, der 1960 bereits 960 Millionen betragen hat und jetzt 4,269 Milliarden beträgt, durchaus sehen lassen. Aber was ist dies verglichen mit der Aussicht, *direkt* an die Ausbeutung der Arbeiterklasse in der DDR heranzukommen.

Im „Handbuch der DDR-Wirtschaft" gibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung zu bedenken:

„Bisher ist der Wirtschaftsverkehr der DDR mit dem Westen fast ausschließlich auf den Handel beschränkt. Zusätzliche Impulse könnten sich ergeben, wenn die DDR ‚wie andere RGW-Länder' dazu überginge, andere Formen des Leistungsaustausches zu pflegen, zum Beispiel die Kooperation von Industriebetrieben in ihren vielfältigen Formen. Zwar sind die Möglichkeiten hier eingeschränkter als in einigen osteuropäischen Ländern, denn die DDR verfügt weder über Arbeitskräftereserven noch über unerschlossene Rohstoffvorkommen, dennoch könnte die Industriekooperation (ebenso wie der technisch-wissenschaftliche Austausch) von großem Nutzen sein. Werden z.B. hochwertige industrielle Konsumgüter in Lizenz hergestellt, bringt das gegenüber Einfuhren Devisenersparnis und schafft Freiräume für Technologieimporte. Es bereichert überdies das Inlandsangebot und setzt unter Umständen Maßstäbe für die heimischen Produzenten. Mit zunehmender Marktsättigung kann dieser Konkurrenzaspekt fruchtbringend wirken. Wesentlicher Vorteil der Kooperation kann auch der Zugang zu westlichen Märkten sein."

Die BRD-Monopole erkennen klar, daß die brutale Ausbeutung, der die DDR durch die russischen Sozialimperialisten unterzogen wird, jedem, der da eine helfende Hand ausstreckt, nette Profitaussichten ermöglicht. Und mehr noch, abgesehen von der „Nutzung" der Arbeiterklasse der DDR für ihren Export, wäre es nicht möglich, daß z.B. eine Golf-Produktion von VW in der DDR „Maßstäbe für die heimischen Produzenten setzt"? So läßt sich ein doppelter Vorteil erreichen, wenn man nur boshaft genug ist, die Unterdrückung der Arbeiterklasse in der DDR schamlos auszunutzen.

Wer wird bei solchen Aussichten sparen wollen? Jedes Riesengeschäft verlangt gewisse Vorschüsse. Daher wird von den BRD-Kapitalisten relativ klaglos an die DDR gezahlt. – (Bezirk Westberlin)

„Dollarschwäche" – die US-Monopole blasen zum Angriff

Fortsetzung von Seite 1

loren. Heute betreiben die Imperialisten dieser beiden Länder die Expansion vor allem mittels des Waren- und Kapitalexports. Der Warenexport ist dabei die unentbehrliche Grundlage für sie. Anders bisher für die US-Monopole. Sie stehen auf der breiten Grundlage ihres großen inneren Marktes, den sie immer noch zu über 90% beherrschen. Nur etwa 8% des jährlich geschöpften Wertprodukts der USA gehen bis jetzt in den Außenhandel. Aber 137 Milliarden Dollar sind direkt in Fabriken, Bergwerke, Plantagen usw. in anderen Ländern investiert. Auf dieser Grundlage bilden die US-Monopole die größten der Welt.

Durch den Kursverfall des Dollar werden sich jetzt deutsche und japanische Waren im Verhältnis zu US-amerikanischen Waren erheblich verteuern, insbesondere auf dem US-Markt selbst. Der US-Markt wie der gesamte Weltmarkt sind aber immer mehr überfüllt. Nach einer kurzen Scheinblüte geht die Produktion in allen kapitalistischen Ländern mehr oder minder ausgeprägt schon wieder von neuem in Stagnation und Rückgang über. Die OECD hat vor wenigen Tagen erst „das düstere Szenario einer Depression" für 1978 gezeichnet (International Herald Tribune, 28.12.). Der Handelskrieg, der Kampf um die Anteile am Weltmarkt, muß daher jetzt erst recht mit voller Schärfe entbrennen. Und man versteht, daß die Ankündigung einer Offensive der US-Monopole auf den umkämpften Märkten den kleineren Konkurrenten den Boden unter den Füßen erzittern läßt.

Allein die Wucht der Dollar-Spekulation selbst kostet sie enorm. Denn noch immer sind die US-Imperialisten in der Lage, den Dollar – vor allem gegenüber den Ländern der Dritten Welt und besonders den OPEC-Staaten – als Weltgeld einzusetzen, aber ohne jede Verpflichtung zum Umtausch in Gold, vielmehr als de facto ungedeckte Papierzettel, die als „Öldollar" von den OPEC-Staaten häufig sofort (gegen Verlust) in „harte" Währungen wie DM, Franken oder Yen eingetauscht werden. Damit verlagert sich die Last dieser ungedeckten Geldmasse auf die imperialistischen Konkurrenten. Allein im Jahr 1977 mußten die Notenbanken der größten kapitalistischen Länder fremde Devisen im Wert von 158 Mrd. DM, in der großen Masse Dollar, aufkaufen, um die Kurse ihrer Währungen zu halten. Als „Devisenreserven" lagern sie jetzt, weitgehend nutzlos, in ihren Tresoren.

Die Rücksichtslosigkeit, mit der die US-Monopole jetzt zum Angriff blasen, um ihre Vormachtstellung zurückzugewinnen, kann man aber nur aus der Notwendigkeit für die US-Imperialisten erklären, sich für die entscheidende Auseinandersetzung mit dem anderen Aspiranten auf die Weltherrschaft, dem russischen Sozialimperialismus, zu rüsten. Die Sozialimperialisten sind dabei, sich teils von ihren RGW-„Partnern", teils von den westlichen Imperialisten, hier durch Erpressung, dort durch Pump, ein gewaltiges Produktionspotential zusammenzukaufen, das sie Schritt für Schritt in die Lage versetzt, in bestimmten Branchen und Teilmärkten oder auf einzelnen nationalen Märkten sich mit Dumping, Bestechung, Spaltung und Druck hineinzudrängen und festzusetzen. Sie sind dabei zu schlagartiger und rücksichtsloser Kraftentfaltung fähig, die auf der mörderischen Ausbeutung der sowjetischen Arbeiter und Plünderung der dem Sozialimperialismus unterworfenen Völker beruht, und die sich stets unmittelbar in seine fieberhaften Kriegsvorbereitungen einordnet.

Gegen das grausame Regime der neuen Zaren können sich die US-Imperialisten nur behaupten, wenn sie, mit Carter zu sprechen, sich „auf die alten amerikanischen Tugenden" zurückbesinnen. Der kaum der Schlangenhaut des Sklavenhalters entwachsene Großfarmer und Erdnußmillionär meint damit „die alte Tugend" der brutalsten Menschenschinderei, womit in der Tat die US-Monopolbourgeoisie groß geworden ist. Es gilt, sie mit den verfeinerten Methoden der intensiven Schweißauspressung zu kombinieren, die heute den westeuropäischen und japanischen Imperialisten noch gegenüber den US-Imperialisten einige Konkurrenzvorteile sichern.

Eine strategische Bereinigung der Verhältnisse im Innern ist dazu notwendig. Die Grundzüge des Programms liegen in Form einer Flut reaktionärer Gesetze und Maßnahmen auf dem Tisch: ein Energieprogramm, das die Energiepreise drastisch anheben soll, vor allem durch die Einziehung einer hohen Öl- und Benzinsteuer, und die Kohle-, Gas- und Kernkraftproduktion verdoppeln und verdreifachen soll, um den Zusammenschluß der OPEC-Staaten aufzubrechen und das alte US-Öl- und Energiemonopol in voller bluttriefender Herrlichkeit wieder herzustellen. Durch einen Steuerraubzug und Raubzug gegen die Sozialversicherungen Konzentration eines riesigen Zusatzkapitals in den Händen der Finanzbourgeoisie und des Staates, um den Produktionsapparat zu modernisieren, als Bedingung für die Erhöhung der Ausbeutung der Arbeiter. Zerschlagung der großen Streikbewegung, insbesondere des Streiks der Kohlebergarbeiter und rabiate Lohnsenkung. Angriff auf das Recht der gewerkschaftlichen Organisierung und Betätigung, namentlich in den neuen Massenfertigungsbetrieben im Süden. Einführung staatlicher Zwangsarbeit durch die „Wohlfahrts"-Reform und in der ersten Etappe Aufstellung einer Armee von 1,4 Millionen Arbeitern im Kittel eines staatlichen Arbeitsdienstes zum Mindestlohn von umgerechnet 5,10 DM pro Stunde. Unterstellung der 10 bis 12 Millionen mexikanischen und puerto-ricanischen Wander- und Saisonarbeiter unter faschistisches Ausnahmerecht, mit dem Resultat, sie in eine Armee von ihrem Ausbeuter restlos abhängiger Haus- und Feldsklaven zu verwandeln. Und, nach Reinwaschung des staatlichen Unterdrückungsapparats mittels „Watergate" und „CIA-Skandal", um so brutalere Unterdrückung aller revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse und der unterdrückten Nationalitäten.

Als die Völker Indochinas den US-Imperialismus und sein Dollar-Regime in den Staub geworfen haben, haben die Arbeiter der USA sich in heftigen Klassenschlachten dagegen gewehrt, die Ausbeuterbrut auf ihrem Rücken wieder hochzuschleppen. Was sollte sie veranlassen, jetzt, wo man ihnen die Peitsche zeigt, ihre Haltung zu ändern?

„Wenig Zeit, schnelle Abfertigung und dann bitte zur Kasse!"

„Als Patient kommen wir uns vor, als ob wir in einer großen Reparaturwerkstatt wären. Wenig Zeit, schnelle Abfertigung und dann bitte zur Kasse." Diese Anklage richteten 15 Arbeiter, Angestellte und Patienten in den Städtischen Krankenanstalten in Delmenhorst gegen den Oberstadtdirektor.

Im monatlichen Durchschnitt hat sich der „Patientendurchlauf" gegenüber 1976 im Jahre 1977 um 60 erhöht. Seit Anfang des Jahres 1977 ist das Pflegepersonal um 12 Pflegekräfte reduziert worden.

Die steigende Arbeitshetze führt dazu, daß das Pflegepersonal gezwungen ist, immer öfter pflegerische Maßnahmen zu unterlassen. Im St.-Josef-Stift in Delmenhorst z.B. wurden einem 72jährigen über Wochen die Fußnägel nicht geschnitten. Bei einem 89jährigen Arbeiter kam es vor, daß die Pfleger und Schwestern nicht dazu kamen, ihn zu waschen. Seine Urinflasche hätte Stunden im Bett gelegen, hätten nicht nichtbettlägrige Patienten ausgeholfen.

In den Städtischen Krankenanstalten soll auf einer Station jetzt eine Rumpelkammer, die manchmal als Sterbezimmer benutzt wird, offiziell als Notzimmer eingerichtet werden.

Im August mußte ein Patient mit 40 Grad Fieber und Schüttelfrost zu einem Asthmakranken ins Zimmer geschoben werden. Als dieser einen Asthmaanfall bekam, war es nicht möglich, das Fenster zu öffnen, weil sich der andere sonst möglicherweise eine Lungenentzündung zugezogen hätte.

Also: Betten umschieben, Patienten austauschen. Alle bekamen an diesem Tag ihr Essen später, darunter auch mehrere Diabetiker, für deren Behandlung die pünktliche Einnahme des Essens unerläßlich ist.

Bezahlt werden muß dafür an Pflegesätzen: 146,65 DM. Werden Wertgegenstände bei der Verwaltung hinterlegt, so kann diese sie „zur Deckung noch nicht bezahlter Krankenhauskosten ganz oder teilweise in Anspruch nehmen", so steht es in den „Allgemeinen Vertragsbestimmungen" der Städtischen Krankenanstalten.

„Wir sind keine Maschinen, wo mal eine Schraube fehlt und wo ein Tropfen Öl im Getriebe angebracht wäre! Wie würden Sie es empfinden, wenn Sie wegen Überbelegung der Station eine Nacht im Badezimmer neben dreckiger Wäsche etc. verbringen müßten? Dies ist genauso unzumutbar wie das Einschieben von zusätzlichen Betten. Der Nachttisch ist kaum zu erreichen. Die Besuchszeit wird zur Qual. Die Gefahr einer Infektion wächst ständig. Sauberes Arbeiten und die Reinigung der Zimmer ist fast ausgeschlossen, wenn in einem Fünf-Bettzimmer sieben Betten stehen. Wir erwarten von Ihnen als Oberstadtdirektor, daß Sie sich zu den oben genannten Dingen äußern. (. . .) Sollten wir (. . .) keine Nachricht von Ihnen erhalten, haben wir beraten, uns mit einem offenen Brief an die Bevölkerung zu wenden."

Der Oberstadtdirektor hat sich sechs Tage später in der Zeitung dazu ausgelassen, daß „rund sechs Planstellen für den täglichen Dienst" gestrichen werden, was die „in unserem Haus tätig gewordene Wirtschaftsprüfungsgesellschaft" ermittelt hat. Außerdem hat er den ärztlichen Direktor der Chirurgie in Gang gesetzt, der auf einer Personalversammlung herausfinden sollte, wer die „Drahtzieher" dieses Briefes seien, denn: So einen Brief könnten die Patienten allein gar nicht verfassen, dazu seien sie medizinisch nicht in der Lage. Gedroht hat er, daß das Personal besser daran täte, solches Vorgehen der Patienten zu verhindern. Auch die Verfasser des Briefes sollen ausgehorcht werden.

Der Oberstadtdirektor und der ärztliche Direktor würden für ihr Treiben auch mit einem niedrigen Prozentabschluß noch reich honoriert.

Auf 200 DM haben sich Beschäftigte an den Krankenanstalten in Delmenhorst geeinigt und einen Brief an Maihofer geschrieben. Die Durchsetzung durch Streik, um diesem Treiben ein Ende zu bereiten, ist die richtige Antwort.

Zulieferbetriebe

Fortsetzung von Seite 1

er sich von einer größeren Auslagerung der Produktion „die Chance, die Arbeitsproduktivität in den VW-Werken selbst zu erhöhen", verspräche.

Die Arbeiter in den VW-Werken können den Lohnkampf unabhängig von den Arbeitern in der Zulieferindustrie, speziell den Arbeitern in Stahl- und Metallindustrie, nicht siegreich führen. Das sollen die Sprüche der VW-Kapitalisten von „unseren niedrigsten Lohngruppen, die woanders noch Spitzenlöhne sind" verwischen.

Ohne Aufbau einer gemeinsamen Streikfront für die Streichung der Elendslohngruppen, wie sie gerade in der Zulieferindustrie der Automobilkonzerne häufig sind, und ohne Einmischung der Automobilarbeiter für 220 DM für alle in den Lohnkampf der ganzen Klasse, wird in diesem Tarifkampf auch in der Automobilindustrie nichts gehen. Gerade weil der VW-Haustarifvertrag einen Monat später zum 31.1.78 gekündigt ist.

Das westdeutsche Finanzkapital tummelt sich in Zimbabwe



Ein Mercedes-Geschäft in Zimbabwe. Die Daimler Benz AG firmiert unter dem Decknamen „Norton Motor Company". Offiziell treiben die BRD-Imperialisten weder Handel, noch sind sie offiziell an irgendwelchen Investitionen in Rhodesien beteiligt. Über südafrikanische Tochtergesellschaften tummelt sich das westdeutsche Finanzkapital in Zimbabwe. So die *Hoechst AG* als „AerosoCompany of Rhodesia". Hinter dem Minenkonzern RISCO versteckt sich neben australischem Kapital die *Klöckner AG, die Deutsche Bank AG und die Neunkircher Eisenwerk AG,* mit einer Kapitalanlage von mindestens 12 Millionen Pfund Sterling. Die „Rhodesian-German-Graphit-Company" verbirgt den Krupp-Konzern, der sich so Rohstoffe zum Billigstpreis sichert.

Rhodesien ist im Besitz des internationalen Finanzkapitals. An diesem sind die rhodesischen Siedler nicht beteiligt.

Ausbeutung in Zimbabwe: Von den 7 Millionen Afrikanern leben 64% in den Stammesgebieten, 14% werden bei den weißen Farmern ausgebeutet, und 20% sind in den Städten als Industriearbeiter, Dienstboten oder Arbeitslose.

Grundsätzlich sind die Afrikaner keine Arbeiter, sondern „Beschäftigte". Werden sie vom Staat ausgebeutet, so haben sie weder das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, noch das Streikrecht. Für die Industriearbeiter gibt es schwarze und weiße Gewerkschaften. Streikrecht gibt es nicht und auch keine Tarifverträge. Der Lohn wird staatlich festgesetzt und liegt gegenwärtig bei 23 rhodesischen Dollar (1 rhodesischer Dollar: 3,80 DM). Die Arbeitszeit in den Fabriken dauert von Montag bis Freitag von 8 bis 17 Uhr mit einer halbstündigen Mittagspause, samstags von 8 bis 13 Uhr. Überstunden werden meist nicht bezahlt, sondern mit der Begründung angeordnet, man habe die letzten 8 Stunden nicht gut gearbeitet.

Die Dienstboten haben kein Kündigungsrecht, kein Streikrecht, kein Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Sie bekommen 12 rhodesische Dollar im Monat. Sie wohnen bei den Siedlern und müssen dauernd verfügbar sein. Kinder werden von den Müttern getrennt und in die Stammesgebiete geschickt.

Die Landarbeiter werden zusammen mit ihren Familien ausgebeutet. Sie werden wöchentlich mit Bohnen, Mehl, Salz und getrocknetem Fisch entlohnt.

Lebenshaltungskosten: Die Miete für einen Raum beträgt 12 rhodesische Dollar im Monat, 500 Gramm Schweinefleisch kosten 30 Cents, 500 Gramm Brot 18 Cents, ein Liter Milch 12 Cents. Jeder erwachsene Mann muß im Monat 4 Dollar Steuern bezahlen.

Versicherung: Für die zimbabweschen Arbeiter gibt es weder eine Krankenversicherung noch Arbeitslosenversicherung noch Rentenversicherung. Für die durch Arbeitsunfälle entstehenden Kosten müssen sie selbst aufkommen.

Medizinische Versorgung: In Salisbury steht ein großes Krankenhaus mit Ärzten und Schwestern. In den Städten gibt es kleinere Krankenhäuser ohne Ärzte, in den Stammesgebieten dürftige Ambulanzen. Eine ambulante Behandlung kostet 50 Cents. Eine normale Entbindung kostet 7 Dollar, eine Entbindung mit Kaiserschnitt 15 Dollar. – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 1/78: 32000

Positionsentwicklung Israels seit dem Sinai-Krieg 1967

1967 Nach dem dritten Aggressionskrieg gegen die arabischen Staaten im Juni *1967* und der Besetzung der Sinai-Halbinsel bis zum Suez-Kanal, dem Gaza-Streifen, Westjordaniens einschließlich der Altstadt von Jerusalem und der syrischen Golan-Höhen verlangt das von den US-Imperialisten aufgerüstete Kolonialregime die Anerkennung folgender „Prinzipien für einen Frieden in Sicherheit" von den arabischen Staaten:

„1. Kein Rückzug von den gegenwärtigen Waffenstillstandslinien am Suez und Jordan ohne einen ordentlichen Friedensvertrag.

2. Einzig und allein im Wege direkter Verhandlungen zwischen den arabischen Staaten und Israel wird ein tragfähiges Friedensarrangement zustande kommen.

3. Die von Israel erstrebten ‚sicheren und anerkannten Grenzen' werden weder mit den Grenzen vom 4. Juni 1967 (d.h. vor der Juni-Aggression, d. Red.) noch mit den jetzigen Waffenstillstandslinien identisch sein."

1969 Am *17. März* erklärt Golda Meir in ihrer Regierungserklärung: „Wir werden niemals wieder zu den Waffenstillstandslinien vom 4. Juni 1967 zurückkehren; denn wir wollen sichere Grenzen, das heißt Grenzen, die den Leuten keine topographischen Vorteile bieten, die uns 20 Jahre lang von ihren Höhenstellungen beschossen haben."

In den besetzten Gebieten und gegenüber den Palästinensern betrieben die Israelis eine terroristische Besatzerpolitik.

1973 Kurz vor dem Gegenangriff der arabischen Staaten im Oktober 1973 erklärt Dajan als Verteidigungsminister offen die expansionistischen und aggressiven Ziele dieser Kolonialpolitik:

„Unsere Väter haben die Grenzen erreicht, die der Teilungsplan 1947 anerkannte. Unsere Generation hat die Grenzen von 1949 erreicht; die Generation des Sechs-Tage-Krieges hat den Suez-Kanal, Jordanien und die Golan-Höhen in Syrien erreicht. Doch das ist nicht das Ende; denn hinter den Waffenstillstandslinien von heute gibt es neue Linien, die sich jenseits des Jordan bis in den Libanon und bis in das Herz Syriens erstrecken."

Nach dem erfolgreichen Gegenangriff der arabischen Staaten:

„Wie Yitzhak Rabin und Yigal Allon erklärt haben (3.12.1974), ist es das Ziel Israels, Zeit zu gewinnen, die bevorstehenden ‚sieben mageren Jahre' zu überstehen, bis sich der Westen aus seiner Abhängigkeit vom arabischen Öl befreien könnte. Einmal von der ‚arabischen Erpressung' erlöst, würde er vermutlich wieder aktiver den israelischen Verbleib in den 1967 eroberten Gebieten und die Ablehnung eines palästinensischen Staates unterstützen." (Europa Archiv, März 1975)

1977 In seiner Regierungserklärung proklamiert Begin am 21.6. erneut das zionistische „historische ewige Recht auf Eretz Yisrael, das Erbe unserer Väter – ein Recht, das unveräußerlich ist", und droht mit der vollständigen Annexion der besetzten Gebiete:

„Die Knesset hat durch Gesetz die Regierung ermächtigt, durch Verordnung das Recht, die Hoheitsgewalt und die Verwaltung des Staates auf das gesamte Territorium von Eretz Yisrael ... auszudehnen ... Dies wird Gegenstand der Wahl des geeigneten Zeitpunkts, der politischen Überlegungen der Regierung sowie einer speziellen Debatte der Knesset und ihrer Zustimmung sein ..."

1977 Am Donnerstag letzter Woche hat Begin vor der Knesset den mit Carter vereinbarten Plan zur Absicherung des zionistischen Kolonialregimes auf dem Boden des Landraubs und der Unterdrückung der Palästinenser als „Friedensplan" vorgestellt:

„In den besetzten Gebieten Westjordaniens und Gazastreifen löst Israel die Militärverwaltungen auf. Die Bewohner dort wählen 11 Mitglieder eines Verwaltungsrates mit Sitz in Bethlehem ... Der Verwaltungsrat ist für die zivilen Belange der arabischen Einwohner zuständig. Für Sicherheit und öffentliche Ordnung bleibt Israel verantwortlich. Die Bewohner der besetzten Gebiete können sich für die israelische oder die jordanische Staatsbürgerschaft entscheiden. Danach erhalten sie entweder das Wahlrecht zur israelischen Knesset in Jerusalem oder zum jordanischen Parlament in Amman ... Für die heiligen Stätten der drei Religionen in Jerusalem soll eine Garantie auf freien Zugang für alle erarbeitet werden. Israelische Siedlungen auf der Sinai-Halbinsel sollen bestehen bleiben und von israelischen Soldaten geschützt werden. Die ägyptische Armee darf nach den Plänen nur bis zu den Pässen Gidi und Midla (sie befinden sich gegenwärtig in dem entmilitarisierten Streifen zwischen der Sinai-Front, d. Red.) vorrücken. Israelische Einheiten sollen zunächst auf der Mitte der Halbinsel eine Verteidigungslinie beziehen." (Zweites Deutsches Fernsehen, „heute", 28.12.1977) – (Z-Red.)

Schmidt unter Pyramiden – An Ägypten hat sich schon mancher Imperialist die Zähne ausgebissen

Wenige Tage vor Aufbruch des US-Imperialisten-Häuptlings Carter zu seiner „kleinen Weltreise" unter anderem in den Nahen Osten haben die BRD-Imperialisten ihren politischen Geschäftsführer Schmidt nach Kairo geschickt. Von dort aus hat Schmidt über Fernsehen die großen Erwartungen der BRD-Imperialisten mitgeteilt. Schmidt brachte die Absicht der BRD-Imperialisten, ihre Expansion über Ägypten im Nahen Osten voranzutreiben, in DM zum Ausdruck:

„... ich war in der Lage, für 1978 erneut eine Viertelmilliarde Mark Kapitalhilfe für Ägypten zuzusagen plus einer Erhöhung um rund ein Viertel für 1978. Ich war außerdem in der Lage, die Summe der Bürgschaften für deutsche Exporte nach Ägypten auf drei Viertel Milliarden zu erhöhen, beinahe um 50% zu erhöhen ..." (Zweites Deutsches Fernsehen, 28.12.77)

Den Besuch Carters im Nahen Osten würdigte er mit keinem Wort. Indirekt triumphierte Schmidt. Er deutete unmißverständlich an, daß die BRD-Imperialisten die ununterbrochenen Anstrengungen der US-Imperialisten, sich durch „Vermittlung" im Nahen Osten im Geschäft zu halten, für gescheitert betrachten:

„Ich glaube, daß zwischen Jerusalem und Kairo gegenwärtig eine Vermittlung nicht notwendig ist, bei einem so direkten Gespräch, wie man sich nur wünschen kann ..."

Die BRD-Imperialisten, die mit dieser Schmidt-Reise ihren Führungsanspruch für die Politik der EG auch im Nahen Osten unterstreichen, wähnen sich vor einem großen Coup.

Seit der zurückgeschlagenen Suez-Intervention der britischen und französischen Imperialisten 1956 hatten diese ehemaligen Kolonialisten des Nahen Ostens und mit ihnen das gesamte imperialistische Europa im Kampf um die Vorherrschaft im Nahen Osten und im Mittelmeerraum nichts mehr zu melden. Das Mittelmeer wurde zum Tummelplatz der 6. US-Flotte und der im zügigen Aufbau begriffenen Flotte der Sozialimperialisten; die Länder des Nahen Ostens wurden gegen den Widerstand ihrer Völker zum Kampfplatz der Supermächte um die Vorherrschaft.

Schmidts Auftreten am Nil als Repräsentant des BRD-Imperialismus demonstriert den Versuch der EG-Imperialisten, wieder selbständig in den Kampf um die Rohstoffe, Warenmärkte und Kapitalanlagen im Nahen Osten einzugreifen. Dieser Versuch ist berechnet und seit langem von den EG-Imperialisten vorbereitet:

– Im November 1970 beschlossen die Außenminister der westeuropäischen Imperialisten unter Vorsitz von Scheel im Rahmen der „Europäischen Politischen Zusammenarbeit", eine gemeinsame Politik gegenüber dem Nahen Osten zu verfolgen.

– Die US-Imperialisten und Sozialimperialisten traten gegen diese Pläne auf. Sie blieben liegen. Stattdessen einigten sich die EG-Imperialisten zunächst auf eine gemeinsame Mittelmeerpolitik, den sogenannten „approche globale". Das Ziel dieser Politik besteht seitens der EG-Imperialisten in dem Versuch der „Annäherung" der Mittelmeer-Anliegerstaaten an die Politik der EG durch Handels- und Kooperationsabkommen. Durch Erweiterung der EG im Süden Europas zum Mittelmeer begannen die EG-Imperialisten, an der Erweiterung ihres direkten Einflußbereichs zu arbeiten als Kern dieser Mittelmeerpolitik.

1973 wurde die inzwischen eingetretene Änderung im Kräfteverhältnis zwischen den Völkern des Nahen Ostens und in Nordafrika auf der einen Seite und den um die Vorherrschaft in diesem Gebiet kämpfenden Imperialisten schlagartig sichtbar: Das von den US-Imperialisten aufgerüstete Kolonial- und Besatzerregime Israel wurde von den arabischen Staaten erfolgreich angegriffen. Die arabischen Staaten stoppten die Öllieferungen, um die Imperialisten zur Respektierung ihrer Souveränität und Anerkennung ihrer nationalen Forderungen zu zwingen. Bereits ein Jahr zuvor mußten die Sozialimperialisten ihr Militärpersonal aus Ägypten abziehen. Die US-Imperialisten waren bloßgestellt auf Grund ihrer mit Hilfe des Brückenkopfes Israel betriebenen aggressiven Politik gegen die arabischen Staaten.

– Durch diese Erfolge im Kampf um die Kontrolle ihrer nationalen Ressourcen und ihre nationale Souveränität gegen die Supermächte gestärkt, und um ihre Position gegenüber den Supermächten zu stärken, beschlossen die Staaten der Arabischen Liga im Dezember 1973, der Europäischen Gemeinschaft Verhandlungen über Fragen der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Arabischen Liga und der Europäischen Gemeinschaft vorzuschlagen: als ersten Schritt die Aufnahme des „Dialogs" zwischen Delegationen beider Staatenzusammenschlüsse.

– In der Konkurrenz zu den Supermächten und ohne eigene sichere Energiebasis sieht sich die „Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG" am 13./14. Dezember 1973 gezwungen, auf den verhandlungsvorschlag der Arabischen Liga einzugehen. Die Vorverhandlungen des „Euro-Arabischen Dialogs" werden aufgenommen.

Nach rund zweieinhalbjähriger Vorbereitung tritt im Mai 1976 die „Generalkommission" der Arabischen Liga und der Europäischen Gemeinschaft zum ersten Mal zusammen. Die unterschiedlichen Interessen, die in diesen Dialog eingehen, werden in den Erklärungen der beiden Delegationen wie im Kommuniqué festgehalten. Für die Delegation der Arabischen Liga erklärt ihr Generalsekretär Mahmoud Riad:

„Die arabische Welt befindet sich in einem großen Prozeß des Aufbaus und der Entwicklung: Unlängst sind in der Arabischen Liga wichtige Entscheidungen im Bereich der arabischen Wirtschaftszusammenarbeit getroffen worde O‹sich die Staaten der Arabischen Liga zunehmend an einem Prozeß internationaler Zusammenarbeit im Rahmen der afro-arabischen Zusammenarbeit ... und auch im Rahmen des euro-arabischen Dialogs. Damit befinden sich die arabischen Länder heute in einem Stadium des umwälzenden historischen Wandels. Es steht außer Zweifel, daß Europa bei dieser großen Aufgabe eine wichtige Rolle spielen kann ..." Die Arabische Liga hebt gegenüber den EG-Imperialisten als entscheidende Forderung und Notwendigkeit hervor, „den vollständigen Rückzug Israels aus den besetzten arabischen Gebieten zu bewirken, die Souveränitätsrechte des arabischen Volkes zu unterstützen und die palästinensische Befreiungsorganisation als Vertreter dieses Volkes und Führer seines gerechten Kampfes anzuerkennen."

Auf der anderen Seite versuchen die EG-Imperialisten, diesen gerechten Forderungen der arabischen Staaten auszuweichen. Ihre Interessen, die sie mit Hilfe des „Dialogs" verwirklichen wollen, erklärt der stellvertretende Generalsekretär der EG-Kommission:

„Es steht außer Frage, daß es bei einem sehr großen Teil des euro-arabischen Handels weiterhin um Energie gehen wird, und ein gesicherter und zuverlässiger Zugang zu diesen traditionellen Versorgungsquellen wird nach wie vor für die wirtschaftliche Gesundheit der Gemeinschaft wichtig sein." Weiter haben die EG-Imperialisten brennendes Interesse an dem Kapital, das sie für die Beschaffung des Erdöls zu zahlen gezwungen sind. Die EG-Imperialisten schlagen vor, „die Vorteile einer Beteiligung an einer konzertierten industriellen Zusammenarbeit in Europa zu erwägen". Für die „dicht bevölkerten Länder" empfehlen sich die Imperialisten mit dem Vorschlag zum „Ausbau arbeitsintensiver Industrien, ... die weitgehend für den arabischen Markt produzieren, der dann von ihnen anstatt durch Importe aus anderen Ländern mit diesen Waren beliefert würde ... "

Das nächste Ziel, das die EG-Imperialisten im Rahmen dieser Politik zu erreichen suchen, ist die Festigung und der weitere Ausbau der beherrschenden Stellung, die sie sich im Kampf um den Warenmarkt der Staaten des Nahen Osten geschaffen haben (s. Grafik)

Zur Absicherung dieses Marktes schlossen die EG-Imperialisten noch 1976 Handelsabkommen mit Tunesien, Marokko und Algerien mit einem Kredit von knapp einer Milliarde DM. 1977 wurden Handelsabkommen mit Ägypten, Jordanien, Syrien und dem Libanon geschlossen mit einem Kreditvolumen von rund einer Dreiviertel Milliarde DM. Gleichzeitig errichteten die EG-Staaten mit dem Kolonialstaat Israel eine Freihandelszone, in der das gilt, was die Imperialisten gegenüber den Staaten des Nahen Osten noch nicht durchsetzen konnten: Fall der Zölle und Einfuhrbegrenzungen, Gewährleistung des umfassenden Schutzes für ihre privaten Kapitalanlagen.

Dieses ist das nächste Ziel, um das es den BRD-Imperialisten in den Verhandlungen mit den Staaten der arabischen Liga geht. Nachdem die „Generalkommission" im Oktober zum dritten Mal getagt hat, wird die Klage der Imperialisten nach der nach wie vor fehlenden Garantieerklärung für ihre Kapitalanlagen ständig lauter.

Die Imperialisten wissen die Position, die sie auf den Märkten des Nahen Ostens gegenwärtig innehaben, zu schätzen. Und sie wissen vor allem, daß



Quelle: Statistical Yearbook 1976, United Nations
Nahost-Staaten: Saudi-Arabien, Bahrain, Zypern, Vereinigte Arabische Emirate, Iran, Irak, Jordanien, Kuwait, Libanon, Oman, Syrien, Katar, Türkei, Arabische Republik Jemen, Demokratische Volksrepublik Jemen.

diese Position schon binnen kurzem dahinschmelzen kann, wenn es ihnen nicht gelingt, durch Kapitalexport den direkten wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu verschaffen und diese Länder in Halbkolonien zu verwandeln. Entsprechend gewinnt der Konkurrenzkampf vor allem zwischen den EG-Imperialisten und den USA-Imperialisten weiter an Schärfe.

Die EG-Imperialisten suchen nach einem schwachen Glied in der Kette der arabischen Staaten, um von hier aus ihnen ihre Politik aufzwingen zu können. Die Begeisterung, mit der sich Schmidt am Nil rumsuhlt, zeugt davon, daß die BRD-Imperialisten in Ägypten den Schwachpunkt gefunden zu haben glauben, um darüber in den arabischen Staaten alle Hindernisse für den neokolonialen Zugriff zu beseitigen.

Ägypten ist mit – im Februar '77 geschätzt – 15 Milliarden Dollar das am höchsten verschuldete arabische Land. Gleichzeitig ist es mit seinen bald 50 Millionen Einwohnern das volkreichste Land und verfügt über die quantitativ größte und industriell am vielseitigsten ausgebildete Arbeiterklasse. Dazu seine geographische und strategische Lage für die Verbindungen zwischen Asien und Afrika einerseits und Europa bis hin zu Südost-Asien, Japan und Australien andererseits.

Entsprechend heftig ist der Druck, den die Imperialisten auf Ägypten ausüben:

– Ende August preßten sie der ägyptischen Regierung eine Novelle zum Investitionsgesetz ab, nach der das Austauschverhältnis des ägyptischen Pfundes bei Kapitaleinfuhren auf fast die Hälfte gegenüber dem gewöhnlichen Kurs gesenkt wurde, eigene Devisenkonten für die Kapitalanleger zulässig sind, die Steuerbefreiungen ausgedehnt werden, die Gewinnrückführung erleichtert wird, die Anstellung der Arbeitskräfte nicht mehr über das Arbeitsamt zu geschehen braucht und die Höchstbegrenzung der Löhne auf bisher 5000 Ägyptische Pfund (etwa 1700 DM) für die Angestellten der ausländischen Kapitalisten aufgehoben wird.

Im September erklärte der Nah- und Mittelost-Verein in Hamburg, daß Ende Oktober/Anfang November Verhandlungen mit der ägyptischen Regierung über Entschädigungen des enteigneten Kapitals aufgenommen würden.

– Der von den Imperialisten kontrollierte Internationale Währungsfonds verlangt von der ägyptischen Regierung weiterhin die Streichung der Subventionen für die Lebensmittelpreise, die von den Arbeitern und Studenten zu Anfang des letzten Jahres bereits durch Streiks und Demonstrationen zurückgewiesen worden war.

– Am 19. Oktober 1977 feierten die „Nachrichten für den Außenhandel" die „offizielle Eröffnung einer Fabrik für Aluminiumprodukte ... als erste bedeutende Industriegründung mit ausländischer Kapitalbeteiligung." Die BRD-Imperialisten preisen diese Unternehmensgründung als Modell der Zukunft an: „Den ägyptischen Anteil (des rein privaten Unternehmens) von 49% halten die Municipalität Ismailia und eine Gruppe von Privatpersonen, die fast alle miteinander verwandt sind. In die übrigen 51% teilen sich der kuweitische Geschäftsmann ..., die Arab Investment Co. (Luxemburg) und die RMC Management and Technology Co. in Little Rock (Arkansas)." „Dreiecksgeschäfte" nennen die Imperialisten diese Methode der Ausplünderung und Ausbeutung: Ägypten liefert die Arbeitskraft, aus den ölproduzierenden Staaten wird ein Teil ihrer Verkaufsergebnisse wiederum in Kapital für die Imperialisten verwandelt und die Imperialisten sichern sich die Kontrolle und die entsprechenden Extraprofite. Daß die BRD-Imperialisten mit diesen Plänen in Begeisterung schwelgen und Schmidts Blicke glänzend werden, wenn die ägyptische Regierung sie als „Freunde" empfängt, ist leicht zu verstehen. Daß die ägyptischen Volksmassen sich der nach Extraprofit gierenden Freundschaft der Imperialisten bereits mehrfach erfolgreich erwehrt haben – zunächst gegenüber den Franzosen und Briten, dann gegenüber den US-Imperialisten und schließlich gegenüber den Sozialimperialisten – ist eine Tatsache.

Die Hoffnungen der westdeutschen und westeuropäischen Imperialisten, im Rahmen des „Dialogs" und durch wirtschaftliche Erpressung den arabischen Staaten ihre Vorschriften über „ausgewogene Nahost-Politik" aufzwingen zu können, sind bereits zunichte gemacht. Die Vertreter der arabischen Staaten benutzen den „Dialog", um eine klare Sprache zu sprechen und die EG-Imperialisten wegen der Doppelzüngigkeit ihrer Politik im Nahen Osten – Unterstützung Israels und Forderung der „ausgewogenen Lösung", „allseitiger Kompromisse" usw. – zur Rede zu stellen. So erklärte Ammed Seaki el Dajani für die Arabische Liga im Mai 1976:

„Sie sprachen in Ihrer Erklärung von der Notwendigkeit, die Souveränität von Nationen und ihr Recht auf ein Leben in Frieden und Sicherheit zu wahren. Wir fanden aber keinen Hinweis auf das Recht des palästinensischen Volkes, unter den gleichen Bedingungen wie andere Völker in Frieden und Sicherheit zu leben.

Sie sprachen in Ihrer Erklärung ausführlich über die Rolle aller Parteien bei der Errichtung des Friedens, aber auch hier fanden wir keinen Hinweis auf die Anerkennung der PLO ...

Ist nicht der Zeitpunkt gekommen, daß die Europäische Gemeinschaft das Recht des palästinensischen Volkes auf ein Leben in Frieden und Sicherheit und auf Errichtung seines Nationalstaates in seinem eignenen Land erklärt?

Ist nicht der Zeitpunkt gekommen, daß die Europäische Gemeinschaft die PLO anerkennt, die das Volk der Palästinenser vertritt und ihre Revolution führt?" – (Z-Red.)

Ab 1. Januar 1978: Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11 auf 12%

Am 1.1.78 tritt die im letzten Jahr beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11 auf 12 Prozent, bei Lebensmitteln und Büchern von 5,5 auf 6 Prozent, in Kraft. Die Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft erhöht sich von 6 auf 6,5 Prozent. Vor 14 Tagen haben die Mineralölgesellschaften vorsorglich Benzinpreiserhöhungen von 1 Pfennig, aber nicht auf über 99,9 Pfennig pro Liter angekündigt. Zweifellos werden die Kapitalisten, in deren Eigentum sich die Reproduktionsmittel der Arbeiterklasse befinden, versuchen, die angespannte Reproduktionslage zu nutzen und die Mehrwertsteuererhöhung und mehr als diese auf die Preise und damit auf die Lohnabhängigen zu überwälzen.
Vorbereitet werden die geplanten Preissteigerungen, die den Konsum der Lohnabhängigen um ein weiteres beträchtliches Stück beschneiden würden, durch Dutzende von Statistiken, Rechnungen, „Durchschnitts"zahlen, sei es über die Preissteigerungen von 1977 oder Löhne oder den Konsum der Volksmassen. Wie verträgt sich die Erfahrung jeder einzelnen Arbeiterfamilie, daß der Lohn für das zum Leben Notwendige immer weniger ausreicht und jeder Groschen dreimal gedreht und gewendet werden muß, bevor er schließlich ausgegeben wird, wie verträgt sich diese tägliche Erfahrung mit den in 100 Variationen ausposaunten Behauptungen von Bourgeoispolitikern und -ideologen über den „wachsenden Wohlstand der Arbeitnehmer"? Ist dieser nicht aber statistisch erwiesen? Beweisen nicht die alljährlich liebevoll aufbereiteten Angaben über den statistisch ermittelten Durchschnitts-„4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen", daß kraß abweichende Erfahrungen schlicht persönlichem Pech geschuldet sein müssen?

Als persönliches Pech des einzelnen soll in der Tat erscheinen, was Erfahrung einer ganzen Klasse und vorläufig Ergebnis des Klassenkampfes: Daß es nämlich der Bourgeoisie gelungen ist, durch nicht einmal die Inflation ausgleichende Lohnabschlüsse und heftig wachsende Steuerausplünderung den Konsum der Arbeiterklasse niederzuschrauben und beträchtlichen Teilen direkt Lebensnotwendiges vollständig zu entziehen. Heerscharen von bürgerlichen Wissenschaftlern sind angesetzt, diese nackte Tatsache zu verdrehen und mit einem „Durchschnittshaushalt" das Gegenteil zu beweisen.

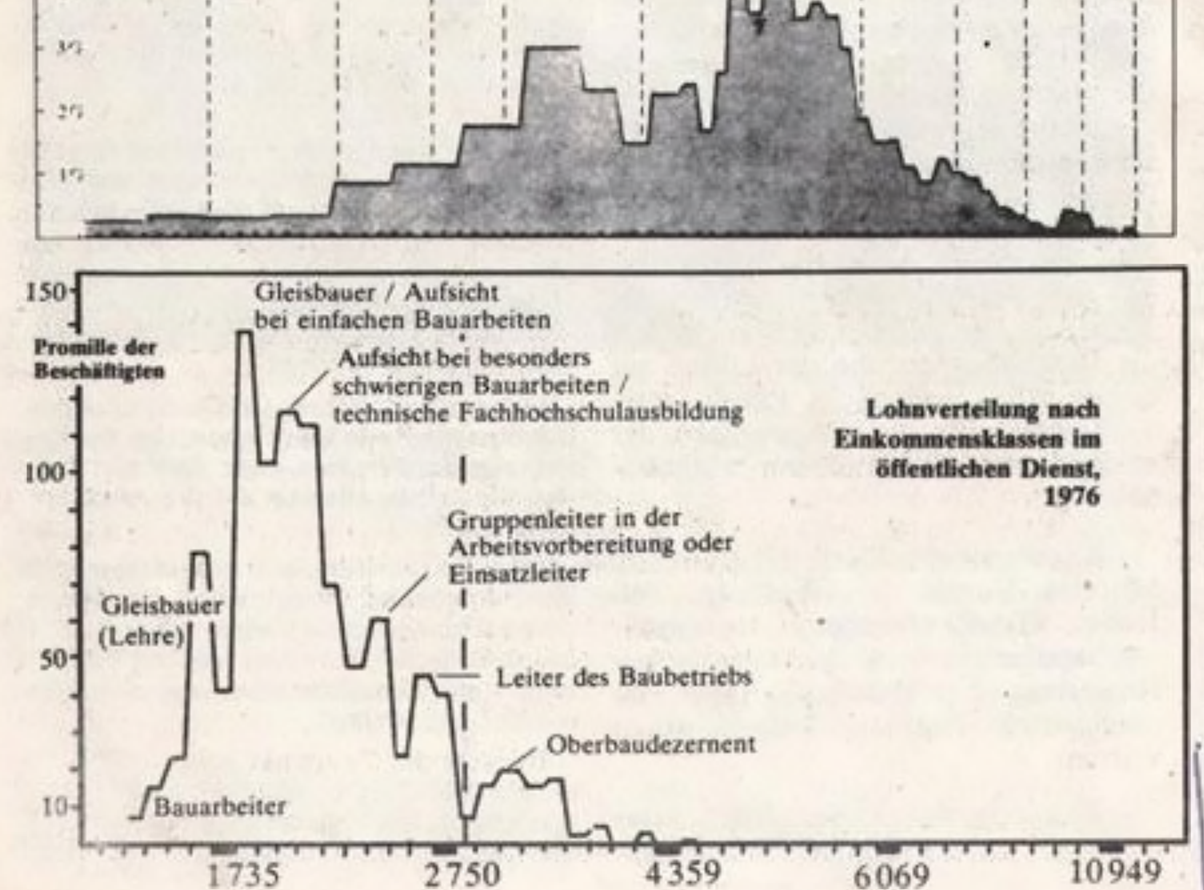
Dieser „4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen" verfügte 1976 über ein „ausgabefähiges Einkommen" von 2351,90 DM. Ermittelt wurde er aus 387 Haushalten – „Ehepaar mit zwei Kindern ... Haushaltsvorstand sollte als Angestellter oder Arbeiter tätig und alleiniger Einkommensbezieher sein ... sein monatliches Bruttoarbeitsentgelt sollte zwischen 1800 und 2700 DM liegen." Der – laut Statistischem Jahrbuch 1977 – durchschnittliche Bruttoverdienst der Industriearbeiter lag 1976 zwischen 2063,60 DM (Männer) und 1927,20 DM (Männer und Frauen) einschließlich Überstunden. Wie die Konstrukteure des „4-Personen-Arbeitnehmer-Haushaltes" auf ein durchschnittliches Bruttoeinkommen von 3202,38 DM und ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 2351,90 DM kommen, mögen sie vorerst im einzelnen alleine wissen – ein eigener Artikel wäre notwendig, das Lügengewebe über das Zustandekommen des Einkommens zu zerreißen. An dieser Stelle jedoch interessiert uns, was die Bourgeoisie als für einen 4-Personen-Arbeiter/Angestelltenhaushalt durchschnittlichen Konsum angibt und wie es sich in Wirklichkeit damit verhält. Wir vernachlässigen deshalb nicht nur die Einkommensseite, sondern auch die 267,89 DM, die monatlich gespart werden, und gehen von den angegebenen Ausgaben in Höhe von 2048,01 DM aus.

Mittleres Einkommen? Eingetragen in die Netto-Lohnverteilung, die in der KVZ Nr. 37/77 als Ergebnis einer Lohnumfrage vom 4.9. veröffentlicht ist, eingetragen also in eine Lohnkurve von *1977*, lassen die amtlichen monatlichen Lebenshaltungskosten eines „mittleren 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes" hinter sich: die Nettolöhne eines Assistenzarztes, eines Maschinenschlossers, eines Transportarbeiters, eines Bauarbeiters, eines Krankenpflegers, eines Verkäufers, von den Lehrlingen ganz abgesehen.

Für den, dem diese Lohnverteilung unzureichend erscheint oder der gerne die Steuerklasse exakt berücksichtigt wissen möchte, ziehen wir die Brutto-Lohnverteilung nach Einkommensklassen (1976) im öffentlichen Dienst hinzu. Um 1976 bei zwei Kindern (Kindergeld 120 DM) und Steuerklasse III/2 2084,01 DM netto zu haben, mußte der „Haushaltsvorstand" rund 2800 DM verdient haben, mehr als ein Bauarbeiter, ein Gleisbauer mit Lehre, ein Angestellter mit technischer Fachhochschulausbildung und Aufsichtsfunktion, ein Leiter eines Baubetriebes, mehr als 85% der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verdient haben. Erst der Oberbaudezernent könnte diesen „4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen" überhaupt unterhalten (und dann noch sparen).

Die Binsenweisheit, daß nicht 2084,01 DM zum Leben ausgeben kann, wer sie nicht hat, stellt jede Arbeiterfamilie Monat für Monat, Woche für Woche, Tag für Tag vor schwere Entscheidungen: Wo „sparen"? Denn wer will behaupten, daß die amtlich „errechneten" Ausgaben unverhältnismäßig hoch sind, mit

583,13 DM	für Nahrungsmittel
176,61 DM	Kleidung, Schuhe
306,88 DM	Wohnungsmiete
102,46 DM	Elektrizität, Gas, Öl, Zentralheizung
184,27 DM	übrige Haushaltsführung (Möbel, Elektrogeräte, usw.)
280,21 DM	Verkehr, Nachrichten (Kfz, Telefon, usw.)
58,35 DM	Körper- und Gesundheitspflege
185,44 DM	Bildung- u. Unterhaltung
83,41 DM	Persönliche Ausstattung (einschl. Urlaub)
123,27 DM	Übrige Ausgaben (Kfz-Steuern, Versicherungen, Zinsen usw.)



Jeder unserer Leser weiß selbst, wie es zugeht, wenn das Geld für Notwendiges einfach nicht da ist: Das Buch, das man gern lesen möchte, wird nicht gekauft, der Kauf der Waschmaschine noch ein Jahr zurückgestellt, die Schuhe halten notfalls noch ein weiteres Jahr, die Kleidung kann ausgebessert werden usw. usf., je nach Höhe des wirklichen „ausgabefähigen Einkommens" wird – gegenüber diesem amtlichen Haushalt – ein Posten nach dem anderen gestrichen, bis es wirklich nicht mehr geht. Grundlegende Bedürfnisse der Reproduktion bleiben – in unterschiedlichem Maße – für den Großteil der Arbeiter und Angestellten, schließlich auch für einen beträchtlichen Teil der Beamten – unbefriedigt, ja selbst dann, wenn beide Eheleute arbeiten, was ab einer bestimmten Lohnhöhe unvermeidlich wird. In der Tat haben – weiterer Beweis für die Lügenhaftigkeit des „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts" – die bürgerlichen Statistiker zugeben müssen, daß 1,5 Mitglieder von vierköpfigen Arbeiterfamilien arbeiten und auch arbeiten müssen, um wenigstens annähernd auf das amtliche „verfügbare Einkommen" zu kommen.

Trotz allen Strebens gelingt es den bürgerlichen Wissenschaftlern nicht, die Wirklichkeit völlig aus ihrem „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen" zu verbannen. Was sie nämlich nicht verbergen können, ist die Tatsache, daß, trotz absolut sprunghaft steigender Ausgaben für Nahrungsmittel, der Lebensmittelkonsum teilweise erheblich zurückgegangen ist oder/und sich ihre Zusammensetzung qualitativ verschlechtert hat.

– Der *Milch*konsum z.B. ist danach von 36,02 Liter 1950 auf 19,2 Liter 1976 zurückgegangen, während die Ausgaben dafür von 12,52 DM auf 16,98 stiegen.

– *Butter* aß die amtliche „Durchschnittsarbeitnehmerfamilie" 1962 2,213 kg, heute 1,490 kg.

– Der Verbrauch von *„Fleisch und Fleischwaren"* ist zwar seit 1958 um gut 3 kg auf ca. 15 kg gestiegen (die Ausgaben gleichzeitig um mehr als 250% auf 139,22 DM), die Zusammensetzung hat sich dabei jedoch zugunsten minderwertigerer Fleischarten verändert. In den letzten 18 Jahren ist etwa der Rindfleischverzehr um 200 g monatlich pro vierköpfige Familie gestiegen. Und dann, was sind schon 98 g Kalbfleisch, 1,512 kg Rindfleisch, 3,158 kg Schweinefleisch, 1,479 kg Geflügel, 1,033 kg Hackfleisch für vier Personen in 30 Tagen, dabei noch höchst zweifelhafte Durchschnittswerte: jeden zweiten Tag Fleisch, Knochen mitgerechnet.

– *Gemüse:* 1950 waren es 11,081 kg pro Haushalt (5,48 DM), 1958 14,04 kg (11,61 DM), 1976 war mit 11,658 kg fast wieder der Stand von 1950 erreicht, nur, daß das Gemüse jetzt 14,80 DM kostet und zu zwei Fünfteln aus Gemüsekonserven besteht. Mit *Obst* verhält es sich gerad ebenso.

– 1976 wurde an *Kartoffeln* rund ein Viertel des Verbrauchs von 1950 konsumiert, dafür aber das Doppelte gezahlt.

Die amtlichen Zahlen spiegeln, deutlich abgeschwächt und auf höherem Konsumniveau, aber dennoch, reale Tendenzen wider. Seit 1950, teilweise auch etwas später, sinkt der Nahrungsmittelverbrauch, verschlechtert sich die Ernährung. Bei den anderen Angaben haben sich die Statistiker wohlweislich gehütet, Mengenangaben zu machen, so daß anhand des amtlichen „4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes mit mittlerem Einkommen" der absolute Konsumrückgang nicht nachgewiesen werden kann. – (Z-Red.)

Mehrwertsteuer: „... wie weicher Mörtel in alle Fugen und Risse des Wirtschaftskörpers" und „dem des Hungers sterbenden Kind die letzte Brotkruste vom Munde ..."

Wie alle großen von den Ausbeuterklassen neu erschlossenen Steuerquellen ist auch die Umsatzsteuer – wovon die Mehrwertsteuer eine spezielle Form ist – ein Kind des Krieges. 1916 wurde im Deutschen Reich ein Warenumsatzstempel von 0,1% und schon 1918 eine allgemeine Umsatzsteuer von 1% eingeführt. Die Bourgeois anderer Länder folgten: 1917 in Frankreich, 1919 in Italien 1929 in den USA, im Zweiten Weltkrieg in Großbritannien, Schweden und der Schweiz. Erst mal durchgesetzt, befanden die Finanzwissenschaftler der Bourgeoisie: „Wir finden die Umsatzsteuer als völlig legitimes Glied geordneter Finanzsysteme". Im Jahre 1951 wurde der Steuersatz in Westdeutschland auf 4 Prozent angehoben. 1968 wurde die alte Brutto-Umsatzsteuer, bei der der volle Verkaufsumsatz eines jeden Kapitalisten besteuert wird, durch die Mehrwertsteuer ersetzt. Bei ihr wird nicht der Umsatz, sondern der jeweils neuproduzierte Warenwert – also Umsatz abzüglich des Material- und Maschinenverbrauchs – für die Steuerberechnung herangezogen.

Unausweichlicher noch als den Lohnarbeiter – der im Lohnkampf von den Reproduktionskosten ausgeht, die er wirklich zahlen muß – trifft die indirekte Steuer die Bauern, kleinen Handwerker, Gewerbetreibenden und Händler. Denn sie belastet den kleinen Profit ungleich stärker als den wirklichen Profit und scheidet so die unteren Mittelklassen von den Kapitalisten.

Zur Verdeutlichung ein einfaches Rechenbeispiel. Ein Kapitalist habe für einen Produktionszyklus Materialkosten von 200 DM netto, plus Mehrwertsteuer von 24 also von 224 DM brutto. Weiterhin angenommen, er müsse Löhne für 100 DM zahlen, rechne einen Nettoprofit von 50 DM, so kommt er auf einen Verkaufspreis von netto 350 DM plus 42 DM Mehrwertsteuer, also von brutto 392 DM. Von den darin enthaltenen 42 DM Mehrwertsteuer hat er 24 DM bereits bei Bezahlung seiner eigenen Einkäufe entrichtet und kann sie als Vorsteuer abziehen; daher muß er noch an die Staatskasse abliefern: 42 DM minus 24 DM gleich 18 DM. Diese 18 DM entsprechen einer 12% Besteuerung des neuproduzierten Wertes von 150 DM (Netto-Umsatz von 350 DM minus Netto-Materialkosten von 200 DM).

Diese Rechnung ist zwar im einzelnen nur dem buchhalterischen Schein nach richtig, denn sie klärt nicht die Herkunft des Wertes, der als Mehrwertsteuer weggezahlt wird, für unseren Zweck genügt sie vorerst. Nehmen wir z.B. an, ein Kapitalist produziert unterhalb der durchschnittlichen Produktivität, so daß er mehr Arbeiter für dasselbe Produktionsergebnis arbeiten lassen und auch bezahlen muß, so schwindet sein Profit. Das Verhältnis zwischen seinem Profit und den für die verbrauchte Arbeitskraft zu zahlenden Löhnen sinkt, das heißt, seine individuelle Ausbeutungsrate sinkt. Trotzdem muß er denselben Geldbetrag für Umsatzsteuer abliefern, den der Kapitalist entrichten muß, der im oder über dem gesellschaftlichen Durchschnitt produziert. Hatte er zuvor bei einem Netto-Profit von 50 DM 36% Umsatzsteuer zahlen müssen, so beträgt der Steuersatz bei einem Netto-Profit von z.B. 25 DM bereits 72%. *Der Steuersatz steigt bei sinkendem Profit.* Die Umsatz-bzw. Mehrwertsteuer ist eine Strafsteuer für alle Kapitalisten, die die durchschnittliche Ausbeutungsrate nicht erzielen können, sie spornt sie an, im Ausbeutergeschäft nie unter den Durchschnitt ihrer Klasse nachzulassen.

Bedrohlich wird die Situation für einen Kapitalisten, wenn sein Brutto-Profit weniger wird, als er an Umsatzsteuer entrichten muß. Zwar sind die Kapitalisten im Durchschnitt in dieser Lage nie, aber regelmäßig droht sie den kleinen Produktionsmittelbesitzern wie Handwerkern, usw. Niemals können sie zum Durchschnittsprofit produzieren. Vom großen Kapital an die Wand gedrückt, wird für sie die Umsatzsteuer zum Vollstrecker ihres Ruins bzw. zur Peitsche, die ihnen als einzigem Ausweg die noch schroffere Ausbeutung ihrer paar Lohnarbeiter anbietet. Diese Wirkungen finden statt, ob nun die Mehrwertsteuer aus dem Profit der Kapitalistenklasse gezahlt wird, oder sie als Preisaufschlag durchgesetzt wird und so vom realen Lohn abgezogen wird. Auch ändert sich prinzipiell nichts durch die Sonderregelung des § 19 Umsatzsteuergesetz, wonach Unternehmer mit weniger als 60000 DM Jahresumsatz mit 4% von ihrem Umsatz ohne Vorsteuerabzug besteuert werden können.

Natürlich ist es das Bestreben der Kapitalisten*klasse*, die Umsatzsteuer aus dem Lohn der Arbeiter und nicht aus ihrem Profit zahlen zu lassen. Da sie die Steuer abliefern müssen, kann ihnen das nur gelingen, wenn sie beim Verkauf einen Preisaufschlag in Höhe der Umsatzsteuer über den Warenwert hinaus gegenüber den Volksmassen durchsetzen können.

Einer der Päpste der Steuertheoretiker der Weimarer Republik, J. Popitz, nannte 1927 folgende Vorzüge der Umsatzsteuer: „Ihre Grundlage ist die weitaus allgemeinste. Denn verbrauchen muß jeder, der leben will, auch der ohne Vermögen, ja ohne Einkommen ist. Eine Steuer, die jeden Verbrauch, welcher Art immer und bei wem immer ergreift, umfaßt nahezu die Gesamtheit der Güter, die in einer Volkswirtschaft zur Erhaltung ihrer Mitglieder zur Verfügung stehen; eine solche Steuer muß daher, selbst bei geringem Steuersatz, gewaltige Summen erbringen." Schumpeter, die Gallionsfigur der bürgerlichen Ökonomen, hob hervor, daß sie sich „wie weicher Mörtel in alle Fugen und Risse des Wirtschaftskörpers schmiegt." Auch Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, die der Lohnsteuer entgehen, entkommen hier nicht, und es bleibt – so Popitz – „der Teil des Aufkommens, der aus dem notwendigen Verbrauch des Volkes stammt, so gut wie immer gesichert." Noch unverblümter rühmte sich Pitt der Jüngere, englischer Premier zu Beginn des 19. Jahrhunderts, mittels der indirekten Steuern „dem Bettler den letzten Lumpen vom Leibe ... und dem des Hungers sterbenden Kind die letzte Brotkruste vom Munde zu ziehen, ohne daß sie sich dessen bewußt werden." Hans Apel und Konsorten kennen diese Gutachten ihrer Professorenschaft, die wir aus dem „Handbuch der Finanzwissenschaft" zitieren natürlich. Diese Leute wissen *genau*, was sie tun.

Die bürgerlichen Steuerfachleute haben die Steuerüberwälzung zur Kardinalfrage, ja zum „Wesen der Umsatzsteuer als allgemeine Verbrauchssteuer überhaupt" erklärt. Mit der Mehrwertsteuer haben sie die Steuertechnik gefunden, und eingeführt, die „in hohem Maße überwälzungsfördernd" ist. Da die Kapitalisten bei jeder Ware, die sie kaufen, die im Bruttopreis enthaltene Mehrwertsteuer als Vorsteuer abziehen können, zahlen sie untereinander tatsächlich zu Nettopreisen. Für alle Waren, die in den Konsum der Volksmassen eingehen, gelten aber Brutto-Preise. So kostet ein Auto, für das der Kapitalist 7000 DM rechnet, den Arbeiter 7840 DM. Bei Waren, mit denen die Kapitalisten auf den Weltmarkt treten, erläßt ihnen ihr Staat die Zahlung von Mehrwertsteuer, bei importierten Waren wird sie draufgeschlagen. Alle diese Vorzüge hatte die alte Brutto-Umsatzsteuer nicht. „Unmerklich" soll diese Steuer wirken, die Preise hochtreiben ehe der Arbeiter die Entwertung seines Lohngeldes wettmachen kann.

Damit die Steuerüberwälzung gelingen kann, muß die Kapitalistenklasse das Monopol über die Reproduktionsmittel der Arbeiterklasse erlangen. Treibt sie's zu wild, fängt der Arbeiter das Heimwerken an, baut sich – so er Grund hat – Gemüse an, und vor allem verkauft der Bauer gerne auch ohne Steuer, wenn er direkt verkaufen kann. So erhält die zerstörerische Wirkung, die die Umsatzsteuer für die Lage der Volksmassen hat, ihre wirkliche Schärfe durch die andere Seite dieses Steuersystems: Instrument der Enteignung des Kleineigentümers zu sein. Die breite Wirkung der Grausamkeiten des Steuersystems macht auch ein breites Bündnis der Volksmassen notwendig und möglich. Die indirekten Steuern, die die Lebensmittel verteuern und die Bauern, Handwerker, Kleingewerbe und -handel in den Ruin treiben, müssen beseitigt, die öffentlichen Ausgaben, soweit sie aus Steuern finanziert werden, dürfen ausschliesslich aus der stark progressiven Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft bezahlt werden. – (Z-Red.)

Luft raus?

Voraussetzung für den westdeutschen Gummikonzern: mehr Profit durch gesteigerte Ausbeutung

Hannover. „Der Reifen-Union ist die Luft ausgegangen. Corona GmbH aufgelöst“, so kommentiert die bürgerliche Presse die neueste Entwicklung des westdeutschen Gummimonopols, das die Finanzbourgeoisie seit 1972 versucht aufzubauen. Erst vor drei Monaten war die Fusion von Continental und Phoenix über die Umwandlung der Corona GmbH (über die die Deutsche Bank, Bayer und die Münchner Rückversicherung Conti und Phoenix in der Hand haben) in die Corona Deutsche Kautschuk AG angepackt worden.

Die Luft ist ausgegangen, weil das Konzept der verschärften Ausbeutung auf den Kampf der Arbeiter getroffen ist und weil sich die Belegschaften von Conti und Phoenix nicht gegeneinander haben ausspielen lassen. Zudem gibt es Krach um die Führung in dem Gummimonopol. Die Vorstände der Conti und der Phoenix geben „Uneinigkeit“ untereinander als Grund für die Auflösung der Corona an. Im Hintergrund lauert Bayer, der als erster die Auflösung gefordert hatte und selbst mit 33 1/3 Prozent an der Corona beteiligt ist. Bayer, selbst mit 1,2 Mrd. DM Umsatz großer Synthesekautschuk-Kapitalist, hat sich bessere Startlöcher für den Kampf um die Führung eines westdeutschen Gummikonzerns geschaufelt, indem er die Chemischen Werke Hüls für 500 bis 600 Mio. DM verkauft hat.

Was als Hin und Her erscheinen mag, ist nichts anderes als die Schaffung von Voraussetzungen zur Bildung eines westdeutschen Gummikonzerns, der in der Lage ist, es im Kampf um die Höchstprofite mit den amerikanischen und europäischen Reifenkonzernen wie Goodyear und Michelin aufzunehmen. Wer die Führung in diesem Gummikonzern bekommen wird, hängt davon ab, welchem Kapitalisten es am besten gelingt, die Ausbeutung der Arbeiter ins Immense zu steigern.

Auf der Conti ist seit 1972 ein Drittel der Belegschaft auf die Straße geworfen, der Lohn durch die Streichung der Drei-Schicht-Zulage so weit gesenkt, daß z.B. ein Reifenwickler heute statt mit 1500 DM mit 1300 DM nach Hause geht, die Akkordhetze bei den Reifenwicklern ist bis an das Sechsfache gesteigert worden. Das reicht den Conti-Kapitalisten nicht aus.

Seit fast zwei Jahren, als die Arbeiter trotz eines dreitägigen Streiks die Streichung der Drei-Schicht-Zulage nicht verhindern konnten, plant der Conti-Vorstand die Einführung des sogenannten Pufferlohns, der, so der Vorstand, durch Überhängen oder Nacharbeiten in der Akkordleistung, von Monat zu Monat, zu einem quasi „Gehalt“ führen soll und durch die Heruntersetzung der Akkordhöchstgrenze die Schinderei mildern soll. Daß mit dem Pufferlohn weiterer Lohnraub betrieben werden soll, errechnete der Vorstand selbst in einer Studie. Demnach werden Reifenwickler bis zu 140 DM weniger kriegen, wenn die Akkordhöchstgrenze nach den Vorstellungen des Vorstandes gesenkt wird. Daß mit der Senkung das Stoppen einhergeht, ist den Arbeitern klar.

Die Rechnung des Vorstandes, den Pufferlohn am 1.1.78 in fast allen Abteilungen einzuführen, ist nicht ganz aufgegangen. Im Werk Vahrenwald haben die Vertrauensleute schon lange gegen den Pufferlohn gestimmt. Durch die Politik des sozialdemokratischen Betriebsrats jedoch ist die Lage unklar.

Dieser konnte von der Belegschaft noch nicht gezwungen werden, die Unterschrift unter der Betriebsvereinbarung zum Pufferlohn zurückzunehmen. Die Betriebsräte wollen auch am liebsten gar nicht über die „Probeläufe“, die in einigen Abteilungen seit einem halben Jahr stattfinden, reden und wenn man sie dennoch dazu zwingt, dann kriegt man zu hören, daß noch nichts raus sei. Dort, wo die Arbeiter die Zurückschlagung des Pufferlohnes organisieren, wie in der Reifenfabrik im Werk Stöcken, sagt der Betriebsrat, daß der Pufferlohn nun doch nicht kommen soll.

Daß die Reifenwickler den Pufferlohn jetzt nicht zulassen, schmerzt den Vorstand besonders. Denn gerade im Reifensektor richtet er die Produktion neu aus und versucht, in der Konkurrenz verlorenen Boden wieder gutzumachen und Marktanteile zu gewinnen. Dazu haben sie fünf Lkw-Reifenwickelmaschinen hingestellt in Stökken, jede mehr als drei Mio. DM wert; gebaut von Arbeitern in der eigenen Formmaschinenfabrik. Gerade im letzten Monat haben die Stopper an den neuen Wickelmaschinen die Werte hochgesetzt. Statt 48 müssen die Arbeiter jetzt 58 Reifen wickeln.

Wie sie diese Rationalisierungen der Belegschaft verkaufen wollen, das wissen die Conti-Kapitalisten noch nicht genau. Vorstandsvorsitzender Hahn auf der letzten Betriebsversammlung in ein und derselben Rede: „Rationalisierung dient der Arbeitsplatzerhaltung“, und „Rationalisierung und Straffungen werden zu Personaleinsparungen führen“ (z.B. wären bei Conti und Phoenix mindestens 400 Angestellte zuviel).

Der Widerstand der Belegschaft macht ihn nervös. Da nützt es auch nichts, wenn er die Sozialdemokraten betteln hört, wie den Betriebsratsvorsitzenden vom Werk Stöcken Bentlage auf der Betriebsversammlung: Der Vorstand solle doch nicht die „sozialen Momente vergessen“, oder der die Arbeiter anfleht, sie sollen „Vertrauen in der Vorstand haben“. Denn geredet haben Arbeiter auf den letzten Betriebsversammlungen, die klargelegt haben, daß es den Conti-Kapitalisten nur darum geht, noch mehr aus unseren Knochen zu pressen. Und der Beifall dafür ist wie Nadelstiche für die Finanzbourgeoisie mit ihrem nationalen Gummikonzern. – (Zelle Conti, Bezirk Hannover)

Zwangsurlaub oder Kurzarbeit?

Auf der letzten Betriebsversammlung hat die Geschäftsleitung schon durchblikken lassen, daß eventuell Kurzarbeit anstehen wird. Diese Ankündigung hat jetzt konkrete Formen angenommen. Auf der Branchenversammlung der Schweißer wurde jetzt der Vorschlag gemacht, daß jeder 6 Wochen Urlaub bekommen soll, wobei der größte Teil unbezahlter sein soll (das genaue Verhältnis ist uns noch nicht bekannt). Wird dieses Angebot nicht in großem Umfang angenommen (150 Arbeiter müssen es mindestens sein), ist die Kurzarbeit nicht zu vermeiden.

Hinter diesem Vorschlag, der in erster Linie an die türkischen Arbeiter gerichtet ist, denen ein kostenloses Charterflugzeug gestellt werden sollte, steckt der Versuch, die Schweißer in deutsche und türkische Arbeiter zu spalten. Sie setzen dabei an der Tatsache an, daß türkische Arbeiter oftmals ihren Urlaub von zwei Jahren zusammenlegen, weil sich sonst die Reise in die Türkei nicht lohnt und zu teuer ist. Laufen soll das unter dem Motto: Du fährst doch sonst auch immer länger in Urlaub und weil Du jetzt nicht willst, müssen wir Kurzarbeit machen. Es soll der Eindruck entstehen, die Türken seien schuld an der Kurzarbeit, denn nur fünf Arbeiter haben sich dazu bereit gefunden. Im Gespräch mit Schweißern ist man schnell auf die Ursache gekommen, weshalb so wenige das Angebot von sechs Wochen Urlaub angenommen haben. Reicht das Geld doch bei allen Einschränkungen höchstens bis zum nächsten Zahltag. Wie soll man da mit dem Geld hinkommen, wenn es unbezahlten Urlaub gibt? Einige Betriebsräte sind auf der letzten Betriebsversammlung für vollen Lohnausgleich bei Kurzarbeit eingetreten. Dafür können sich deutsche und ausländische Arbeiter zusammenschließen. – (Betriebszelle Bremer Vulkan)

Mercedes verlangt „ordentlichere und gründlichere Arbeit“ von den Arbeitern in den Zulieferbetrieben

Peine. Bei der Firma Kast, bei der Teile der Innenausstattung für Mercedes, VW und Ford von 100 Arbeiterinnen hergestellt werden, ist bei mehreren Arbeiterinnen der Akkord neu abgesteckt worden. Begründung des Kapitalisten Kast auf der Betriebsversammlung: Mercedes verlange ordentlichere und gründlichere Arbeit.

Hauptthema „Einkommenssicherung“? – Ein Hohn auf die Lage der Stahlarbeiter

der Innenausstattung für Mercedes, VW und Ford von 100 Arbeiterinnen hergestellt werden, ist bei mehreren Arbeiterinnen der Akkord neu abgesteckt worden. Begründung des Kapitalisten Kast auf der Betriebsversammlung: Mercedes verlange ordentlichere und gründlichere Arbeit.

Hauptthema „Einkommenssicherung“? – Ein Hohn auf die Lage der Stahlarbeiter

Am 27.12. läßt das „Handelsblatt“ den IGM-Verhandlungsführer in der Stahltarifrunde auf der ersten Seite verkünden: „Die Stahlarbeitgeber haben das Junktim aufgegeben, über die von uns geforderte Einkommenssicherung nur im Zusammenhang mit den von ihnen geforderten Null-Monaten zu verhandeln. Wir haben also bei unserer letzten Begegnung vor allem über die Sicherung des Einkommensniveaus der Stahlarbeiter gesprochen. Und dieses Thema hat für uns einen hohen Stellenwert.“

Als ob nicht schon zwei Monate ohne Lohnerhöhung für die Stahlarbeiter verstrichen wären. Aber eine Lohnerhöhung hat Kurt Herb sowieso nicht im Sinn. Er macht die „Einkommenssicherung“ zur Hauptforderung, wofür er bei den Lohn- und Gehaltserhöhungen gern bereit ist, sich der Nullmarke anzunähern: „Das Verhandlungsergebnis werden wir in der Gesamtbetrachtung dieser beiden nicht isoliert zu verstehenden Forderungen werten.“

Wir haben uns mit einem Schlosser von der Klöckner Hütte und seiner Frau über diese „Einkommenssicherung“ unterhalten. Der Arbeiter hat Lohngruppe 8 und eine der höchsten Punktzahlen (47), was nichts anderes heißt, daß er in Dreck und Hitze Schwerstarbeit verrichtet. Im Monat bringt er durchschnittlich 1500 bis 1600 DM netto nach Hause. Die ursprünglich von der Verhandlungskommission geforderten 7% würden für ihn 36 DM netto mehr bedeuten. Die würden allein durch die Erhöhung der Straßenbahntarife wieder aufgefressen. Schöne Einkommenssicherung, zumal der Verhandlungsführer schon die halbe Prozentzahl für das Höchstmaß hält.

Die Frau des Arbeiters erhält am Steckband bei Nordmende ca. 700 DM netto. „Mit den zusammen etwas über 2000 DM kommen wir gerade hin“, sagt der Arbeiter. Sie haben ein fünfjähriges Kind, und die Schwägerin wohnt noch bei ihnen. Sie zahlen zwar „nur“ 120 DM Miete (kalt) für eine Wohnung mit Ofenheizung im 3. Stock und ohne Dusche und Bad. „Beim Einkaufen geht es immer: 100 gr. Fleisch, 100 gr. Wurst, 100 gr. Käse usw. Hose, Jacke und Schuhe trage ich schon mehrere Jahre. Aber so können wir ein bißchen sparen.“ 1000 DM haben sie von den Weihnachtsgeldauszahlungen aufs Sparkonto gebracht. „Und dann haben wir noch das Auto.“ Gerade ein paar Tage zuvor hatte der Arbeiter eine Rechnung erhalten: Keine Großreparatur, sondern „normale“ Verschleißerscheinungen. Der Rechnungsbetrag: Ein Nettomonatslohn seiner Frau. „Streik? Ja, unbedingt! Wir brauchen mehr!“

Wir haben zusammen ausgerechnet, daß er bei 220 Mark 100 Mark mehr Abzüge haben würde, aber 120 Mark netto mehr auf der Hand. In der Abteilung des Arbeiters haben fast alle Arbeiter Lohngruppe 8 und ein paar haben Lohngruppe 9, was nicht heißen muß, daß sie mehr verdienen als er.

Der Sozialdemokrat Herb verhöhnt die Arbeiter, wenn er die „Einkommenssicherung“ zum Hauptthema seiner Verhandlungen macht. Ein Streik der Stahlarbeiter wird ihm Hauptthemen für die Verhandlungen diktieren. – (Betriebszelle Klöckner, Bremen-Unterweser)

Trotz Völlerei wird der Bourgeois nicht fett

Professor Dr. med. Holtmeier vom Lehrstuhl für Ernährungswissenschaften in Stuttgart-Hohenheim empfiehlt sein Buch „Diät bei Übergewicht und gesunde Ernährung“ der Bourgeoisie folgendermaßen:

„Man darf sich nicht der Einsicht verschließen, die Bewahrung von Gesundheitsschäden infolge unverantwortlicher Ernährungsweise als eine *ernste Pflicht* gegenüber Untergebenen und *sich selbst* als Grundbedingung für die Erhaltung von Gesundheit und Arbeitskraft eines Volkes anzuerkennen.“ Warnend und mit wohlmeinender Geste hebt daraufhin der Bourgeois den Zeigefinger, deutet auf seinen schlanken, drahtigen Körper als Zeichen der Pflichterfüllung gegenüber sich selbst, dann auf einen dicken Arbeiter: „Wenn ihr zuviel Geld in der Tasche habt, dann freßt ihr euch doch nur voll. Es ist in eurem ureigensten Interesse und eurer Gesundheit zutiefst förderlich, wenn der Lohn gekürzt wird und die Völlerei somit ein Ende hat.“

Wir haben eine Tabelle zusammengestellt, die an einem Beispiel zeigt, was sich der Bourgeois alles leisten kann, ohne fett zu werden. Seine Energiebilanz ist ausgeglichen, d.h. er nimmt weder zu noch ab. Warum, obwohl er es sich doch offensichtlich gut munden läßt?

Seine Nahrung enthält zweieinhalb mal soviel Eiweiß wie die der Bevölkerung im Durchschnitt und nur je die Hälfte an Kohlehydraten und Fetten. Fett hat pro Gramm fast doppelt soviele Kalorien wie Eiweiß oder Kohlehydrate. Eiweiß kann im Gegensatz zu Kohlehydraten nur schwer zu Fett umgebaut werden. Der Bourgeois futtert sich wohlschmeckend satt und wird doch nicht fett. Das ist die eine Seite. Die andere ist, daß er genügend Zeit für spaßmachenden Müßiggang, sei es Reiten, Tennis oder Golf aufbringt, die ihm die Kalorien ganz nebenbei entscheidend wieder nehmen und ihn gleichzeitig körperlich trainieren. Die wenigsten Kalorien verbraucht er in Tätigkeiten, die mit seiner Profitscheffelei zu tun haben, die meisten noch dabei durch den Ärger, mit dem die Arbeiterklasse ihm regelmäßig das Ausbeutergeschäft als schwierige und verantwortungsvolle Tätigkeit erscheinen läßt.

Eine Ernährung wie die des Bourgeois kann sich die Arbeiterklasse nicht leisten, sie ist zu teuer; schlank bleiben ist teuer.

Die Volksmassen, die gezwungen sind, ihr Essen in Kantinen einzunehmen, die vom bürgerlichen Staat oder dem jeweiligen Kapitalisten kontrolliert werden, bekommen ein an Eiweiß minderwertiges und fettes Essen. Weil die Zeit zum Kochen fehlt, werden Konserven verzehrt, die wiederum zuviel Fett und zuwenig Eiweiß enthalten. Und weil die Kapitalisten den Volksmassen für den Verzehr „vieler kleiner Mahlzeiten“ keine Zeit lassen, sind sie gezwungen, viele Kalorien auf einmal zu sich zu nehmen, was sie rein von der Nahrungsmenge her nur durch hochkalorische, also fettreiche Kost erreichen können. – (Z-Red.)

Kalorische Energiebilanz eines Bourgeois, Ähnlichkeiten mit einem leibhaftigen Bourgeois sind mit Sicherheit zu erwarten

Zeit	Energiezufuhr	kcal	Energieverbrauch	kcal
			Grundumsatz* bei 70 kg Gewicht	1750
7.30			leichte Morgengymnastik	70
8.00	*1. Frühstück*			
	Pfirsichquark	200		
	Orangensaft	100		
	Bohnenkaffee mit Milch und Zucker	30		
	Brötchen mit Lachsschinken	115		
8.30			Spaziergang mit Hund, 2 km	70
9.00			Besprechung mit Vermögensverwalter	50
9.30			Betriebsbesichtigung	100
10.15	*2. Frühstück*			
	Tartar	200		
	2 Scheiben Knäckebrot	50		
10.30	Krimsekt	80	Empfang des Oberbürgermeisters	30
11.30			Konferenz mit den Direktoren der Auslandsvertretung	80
13.00	*Mittagessen*			
	Bouillon mit Ei	120		
	Lendensteak	200		
	Champignons	180		
	Portion Kroketten	300		
	Eis-Cocktail	140		
	0,25 l Roséwein Côtes-de-Provence	180		
	2 cl Cognak	45		
13.45	Mittagsschlaf	0	Mittagsschlaf	0
14.45	*Kaffee* mit Milch und Zucker	30		
	Erdbeertörtchen	150		
15.30			Treffen mit Betriebsräten, die die Abschaffung der Überstunden und Wechselschichten fordern	150
17.30			1 Stunde Tennis	550
19.30	*Abendessen* mit Freunden von der Presse			
	Steak	300		
	Tomatensalat	130		
	0,25 l Weißwein Auslese Riesling	180		
22.00	0,5 l Weißwein Franken Silvaner	310	Fortführung des Pressetreffs im Hilton-Nachtclub mit Tanz	300
	4 cl Scotch Whisky	100		
2.00	Französische Zwiebelsuppe	110		
	Gesamt	3250	Gesamt	3250

* Grundumsatz: Energieverbrauch in Ruhe / 24 Stunden

VW Wolfsburg will Ausbau der Dieselproduktion durch Druck auf die Zulieferbetriebe beschleunigen

Wolfsburg. Bosch, der bisher einzige Zulieferbetrieb für Einspritzpumpen für die Golf-Dieselmotor, hatte VW nicht die geforderte Anzahl Pumpen liefern können. Jetzt soll die britische Firma Cav Ltd. täglich 350 Dieselmotorpumpen liefern. Dieser Konkurrenzdruck soll gleichzeitig dazu führen, daß Bosch die Kapazitäten erhöht.

Kleinteile für Golf jetzt auch aus der DDR

Wolfsburg. Im Rahmen der Golflieferungen in die DDR wollen die VW-Kapitalisten jetzt elektronische Kleinteile aus der DDR kaufen.

Gegen Einbeziehung der Zuschläge in die Sozialversicherung

Baunatal. In einer Resolution haben sich Schichtarbeiter des VW-Werks Baunatal gegen „die geplante Einbeziehung bisher abgabefreier Zuschläge in die Renten- und Beitragspflicht“ gewandt. In der Resolution heißt es: „Unmißverständlich und mit Nachdruck fordern wir deshalb von der Bundesregierung: Keine weitere Erhöhung der Rentenbeiträge! Finger weg von den abgabefreien Zuschlägen!“

Entlassung bei „Bremer Nachrichten“ und „Weser Kurier“ zurückgeschlagen

Bremen. Am letzten Mittwoch wurde bekannt, daß Druckkapitalist Meyer einen Ressortchef der Redaktion Politik entlassen wollte. Der Redakteur hatte sich während des Juni-Streiks offen auf die Seite der Arbeiter und Angestellten gestellt und in einem Panorama-Interview erklärt, daß Meyer seine Maschinen pfleglicher behandelt als seine Arbeiter. Nachdem Meyer dem Redakteur 100000 DM angeboten hatte, damit dieser selbst kündigte, der Redakteur aber ablehnte, kündigte Meyer ihm wegen geschäftsschädigenden Verhaltens.

Ein Streik gegen die Entlassung wurde diskutiert. Betriebsratsvorsitzender Kammering schlug dagegen auf Abteilungsversammlungen vor, eine Resolution für die Zurücknahme der Entlassung dem Meyer zu überreichen. Bei einer Unterschriftensammlung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit Kammering. Am nächsten Tag stimmten die Beschäftigten auf einer Versammlung mit überwältigender Mehrheit gegen Kammerings Vorschlag, für: Übergabe der Resolution und solange Streik bis zur Durchsetzung der Forderung. Um 15.45 Uhr legten die Arbeiter die Arbeit nieder. Gegen 20.00 Uhr, als die Arbeiter sich schon auf einen längeren Arbeitskampf vorbereiteten, nahm Meyer die Kündigung zurück.

Kfz-Steuerreform: eine zusätzliche Überstunde für dieses Jahr

Kurz vor Weihnachten haben ein paar Finanzministerialdirigenten, genauer eine Kommission, eine extra Weihnachtsgratifikation angeschafft: sie haben eine Steuerreform beschlossen. Diesmal für die Kraftfahrzeuge. 100 ccm Hubraum waren bisher mit 14,40 DM belastet. Jetzt sollen sie 15,00 DM pro Jahr kosten. Das ist eine Erhöhung um 4,2%. Für die Speditionskapitalisten gibt es bei den Anhängern auch „Erleichterungen". Das ist die „konjunkturelle Seite" der Reform. An die „Zivilgeschädigten" sei auch gedacht worden. Das gibt die „soziale Seite" der Kraftfahrzeugsteuerreform. Zusammengenommen letzter „Baustein" der „sozialliberalen Steuerreform '77". „Mickrig", sagt das „Handelsblatt" zu dieser Finanzdirigentenleistung. Zusammengenommen soll die Reform ungefähr 180 Millionen DM mehr einbringen ab Herbst 1978. In diesem Jahr kassiert der Staatsapparat der Kapitalisten über 6 Milliarden DM allein an Kfz-Steuern. Das „Handelsblatt" benutzt die Gelegenheit, um die Finanzdirigenten daran zu erinnern, daß auch von der Erhöhung der Mineralölsteuer um zwischen drei und zehn Pfennig je Liter die Rede war und von der Einführung einer Auto-Ankaufsteuer. Schließlich betrifft die Mehrwertsteuer ja doch alle Waren. Auch das Auto und den Autokauf. Warum also nicht noch eine besondere Steuer für den Autokauf? Auf all dieses ist die Kommission der Finanzdirigenten aus Bonn den Kapitalisten die Antwort schuldig geblieben – und das angesichts des „Autobooms" und des florierenden Gebrauchtwarenmarktes.

Wer einen Golf fährt, muß bei knapp 1600 ccm Hubraum nach der Reform also etwa 10 DM mehr Steuer bezahlen im Jahr, insgesamt 240 DM. Das kommt zu der Mehrwertsteuer, den TÜV-Gebühren, der Mineralölsteuer, der Kfz-Versicherung, den Beträgen an Bußgeldern usw. usw.: Die Tage, die die Arbeitskraft jetzt schon im Monat hergegeben werden mußte, werden durch dies Werk der Finanzdirigenten um eine Überstunde verlängert.

Der ganze Betrag konnte bisher in vier Vierteljahresraten beim Finanzamt bezahlt werden. Jetzt muß die jährliche Kfz-Steuer am Jahresanfang für das ganze Jahr entrichtet werden. „Verwaltungsvereinfachung" heißt es in der Sprache der Finanzdirigenten. „Gerichtsvollzieher und Beugehaft jetzt schneller", heißt es als Ankündigung für die Praxis. Jahrelang hat sich die Kapitalistenklasse schon darüber aufgeregt, daß kaum einer die Steuer freiwillig zum Finanzamt trägt und viele überhaupt nicht gezahlt haben. Hier wollen die Finanzdirigenten aus Bonn für andere Sitten sorgen. Es geht ja auch um ihre Bezüge. Insgesamt also doch ein erweiterungsfähiges Steuerreform '77-Schlußprojekt, wenn auch den Kapitalisten im Augenblick nicht genügend. – (ZRed.)

„Fälschungssichere Kfz-Kennzeichen – bürokratische Schikane und teuer

Am 7. September hatte die Bundesregierung beschlossen, ab 1. September 1978 alle 23 Mio. Kraftfahrzeuge auf „diebstahl- und fälschungssichere Kennzeichen" umzurüsten. Weil riesige Profite winken, ist seither ein heftiger Streit innerhalb der Bourgeoisie entflammt. Regierung und Bundeskriminalamt favorisieren eine Kunststoffolie, die fest auf die Heckfront geklebt werden soll.

Dagegen laufen die ca. 800 Schilderfirmen, die um die Zulassungsstellen angesiedelt sind, Sturm. „Das Geschäft", so der Vorsitzende des Bundesverbandes der Auto-Schilder-Firmen Helmut Matz, „machen dann die Großen." (Wirtschaftswoche 28.10.) Als Gegenmaßnahme haben sich die traditionellen Schilderfirmen Gutachter der TU Hannover und des chemischen Materialprüfungsamtes der Landesgewerbeanstalt Bayern in Nürnberg gekauft. Und die konnten leicht nachweisen, daß die Folie mit Geschick und Chemikalien gelöst werden kann, daß man aus einem F ein E machen oder die ganze Folie überkleben kann. Die „Kleinen" ihrerseits unterbreiten den Vorschlag, künftig die Nummernschilder mit Sicherheitsschranken zu befestigen, die beim Entfernen abbrechen und ein „fünfmarkstückgroßes" Loch ins Nummernschild reißen, sowie den Stempel statt aufzukleben künftig zusammen mit der Fahrgestellnummer in das Schild einzuprägen.

Damit zeichnete sich auf dem Hearing des Verkehrsamtes ein „Kompromiß" ab: „Als Maximum gilt eine Kombination von Alu-Schild mit Kunststoffolie beschichtet, die noch ergänzt wird durch eine kleinere Plastikfolie an der Innenseite der Heckscheibe." (Süddeutsche Zeitung, 18.11.)

Das „Maximum" besteht darin, daß es die teuerste Lösung ist. Sollten schon bei den ersten Vorschlägen der Arbeiterklasse und dem Volk ca. 50 DM für die Um- und Neuausrüstung aus der Tasche gezogen werden (bisher ca. 20 DM), so liegt der „Kompromißpreis" noch höher. Allein die Umrüstung der 20 Mio. Fahrzeuge wird 1 Mrd. kosten. Wird bei einem Unfall oder bei einer Reparatur das Schild beschädigt: wieder 50 DM und mehr. Wechselt man die Stadt, muß bei der Folienlösung „auf Eigenkosten" das beschädigte Loch neu gespritzt werden. Dazu kommen gewaltige Verwaltungskosten und bürokratische Schikanen, die von den Volksmassen über die Steuern bezahlt werden müssen. – Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Gegen kapitalistische Rationalisierung, für den 7-Stundentag! Die Druckarbeiter wehren sich und entwickeln hohes Klassenbewußtsein

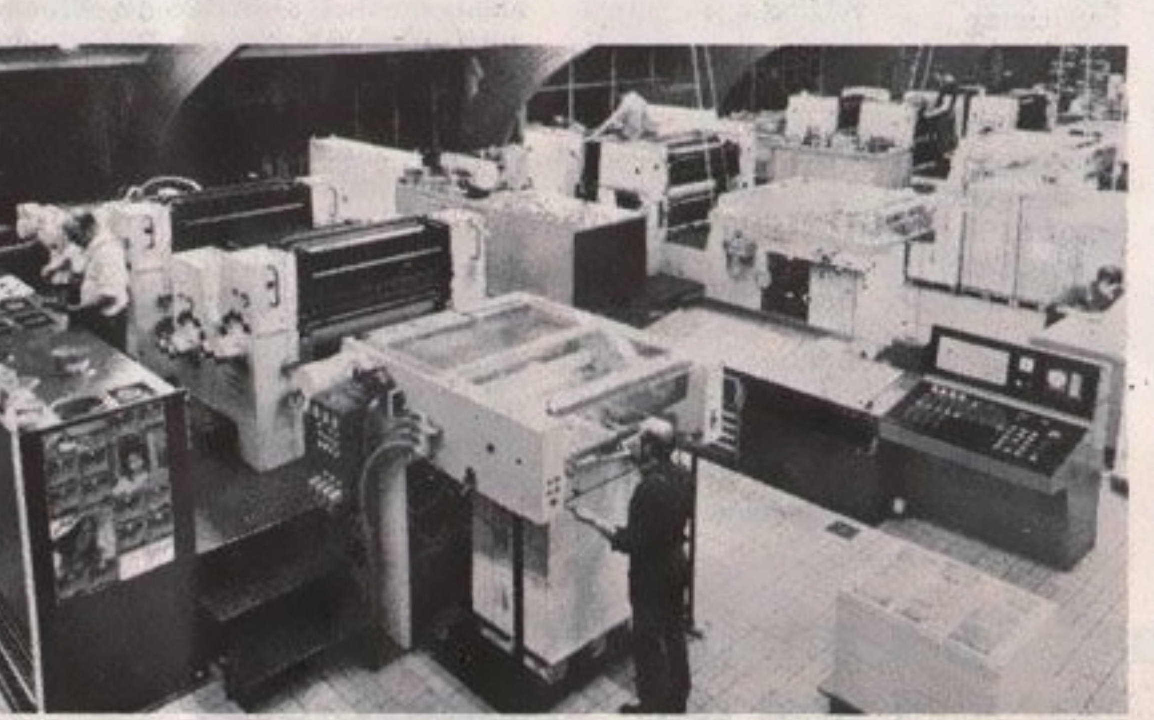
Seit dem Tarifstreik 1976 sind die Kämpfe in der Druckindustrie nicht abgerissen. Die Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Angestellten auf der einen Seite und Druckkapitalisten auf der anderen Seite flammt immer erneut wieder auf. Die Arbeiter und Angestellten in der Druckindustrie haben Grund zu Kampf und Streik. Sollen die Arbeiter zulassen, daß durch das Werk ihrer eigenen Köpfe und Hände einer nach dem anderen auf die Straße geworfen wird? So aber wirkt sich jeder Fortschritt der Produktivkraft der Arbeit unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen aus. Gegen diese Wirkung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse kämpfen die Druckarbeiter.

Alle fünf Jahre veranstalten die Druckmaschinenbaukapitalisten eine Maschinenschau für die graphische Industrie, die DRUPA. Die letzte Ausstellung fand in diesem Sommer statt, wir berichteten darüber. „Es steht heute schon fest", schrieb die Bourgeoisie, „die DRUPA '77 führt weltweit zu einem Investitions- und Rationalisierungsschub in der Druckindustrie." Die technische Entwicklung hat in den letzten Jahren in der Druckindustrie dazu geführt, daß sich in der Satz- und Formherstellung, im Druck und in der Buchbindeproduktion neue Produktionsverfahren durchsetzten. Die Druckindustrie ist gemessen an allen Industriezweigen von der Elektronik am stärksten erfaßt worden. Im Reproduktionsbereich werden durch elektronisch gesteuerte Farbauszugsgeräte (die Farbauszüge werden damit in Sekundenschnelle ausgesteuert, wo sie früher in manuellen Verfahren oft stundenlang oder tagelang bearbeitet werden mußten), Reprophotographen, Lithographen und Retuscheure überflüssig und eingespart. Fast ganze Abteilungen werden aufgrund von Rationalisierung und Standardisierung auf die Straße geworfen. In der Bildherstellung bei den „Bremer Nachrichten", wo vor zwei Jahren noch 50 Arbeiter gearbeitet haben, sind es heute noch sechs. Von weniger Arbeitern wird das wohlfeilere Produkt in erheblich kürzerer Zeit abgepreßt. Die Anzahl der Arbeiter in der Druckindustrie hat sich von 1970 an um 21% verringert, von ca. 180000 Arbeiter auf 143000 Arbeiter. Der Umsatz pro Arbeiter hat sich im gleichen Zeitraum von 63196 DM auf 103380 DM fast verdoppelt. Die Lohnstückkosten bei Gruner und Jahr in Hamburg sanken von 1974 auf 1975 von 31,8% auf 31,1%.

Die Vorteile des Rationalisierungsschubs, der Flexibilität und Mobilität des Arbeiters lassen sich kaum in Geld ausdrücken

Auf dem XIV. Internationalen Kongreß der Druckindustrie im Juni 1972 in München legten die Kapitalisten ihr Modell „Ausbildung für die Zukunft" vor: „Für die Wirtschaft, insbesondere auch die Unternehmen der Druckindustrie ist es erfreulich, daß sich die Diskussion und Realisierung von Bildungsfragen unter Einbeziehung der Wirtschaft vollzieht." Das Modell soll erstens die „inhaltliche Deckung in Kenntnissen und Fertigkeiten der jetzigen Ausbildungsberufe" feststellen, zweitens die „von der Technik an die Mitarbeiter gestellte Forderung der *Flexibilität*" einbeziehen. Nach diesem Modell konnten die Ausbildungsberufe von 24 (1963 waren es noch 29) auf 16 verringert werden, die Zwischenprüfungen von 24 auf 9 und die Abschlußprüfungen von 24 auf 19. Der Kongreß stellte fest:

„Flexibilität und Mobilität des Facharbeiters sind heute wichtig!" Worin sich die Vorteile der „Flexibilität und Mobilität" des Arbeiters und der „weltweite Rationalisierungsschub" auszeichnen, schildert der belgische Druckkapitalist Jan Lannoo: „Die zahlreichen Vorteile der Standardisierung lassen sich kaum in *Zentimeter* oder in *Geld* ausdrücken, der Rationalisierungseffekt ist sehr groß im Vergleich zu jener Zeit, in der wir noch in allen Betriebsbereichen mit vielen Formaten gearbeitet haben. Die Beschränkung auf ein Maschinenfabrikat ermöglicht es außerdem, die Drucker und Hilfskräfte auszuwechseln bzw. ohne Einarbeitung an jeder beliebigen Maschine zu jeder beliebigen Zeit arbeiten zu lassen." Die Einführung der „neuen Techniken" in der Druckindustrie gefährdet jetzt die Existenz von 30000 Setzern und 20000 Druckern und Druckarbeitern. Die Druckkapitalisten äußern in der Fachzeitschrift „Polygraph" ihre Vorstellungen: „Die Devise lautet heute, mit Billigung der Gewerkschaften gesundschrumpfen und der vorhersehbaren Entwicklung entsprechend planen."



Die Auswirkungen neuer Techniken im Kapitalismus hat Karl Marx in „Lohnarbeit und Kapital" 1849 wie folgt beschrieben:

„In demselben Maße, wie die *Teilung der Arbeit* zunimmt, *vereinfacht* sich die Arbeit. Die besondere Geschicklichkeit wird wertlos. Er wird in eine einfache, eintönige Produktivkraft verwandelt, die weder körperliche noch geistige Spannkräfte ins Spiel zu setzen hat. Seine Arbeit wird allen zugängliche Arbeit. Es drängen daher Konkurrenten von allen Seiten auf ihn ein, und überdem erinnern wir, daß je einfacher, je leichter erlernbar die Arbeit ist, je weniger Produktionskosten es bedarf, um sich dieselbe anzueignen, desto tiefer der Arbeitslohn sinkt, denn wie der Preis jeder anderen Ware, ist er durch die Produktionskosten bestimmt." Dies kapitalistische Zwangsgesetz exekutieren die Druckkapitalisten nicht nur an den Maschinensetzern, sondern genauso an den Druckern. Wenn die Schreibkraft durch den Kapitalisten in Konkurrenz zu den Maschinensetzern, wenn die Hilfsarbeiter in Konkurrenz zu den Ecklöhnern, wenn alle Arbeiter in stumpfsinnige Konkurrenz untereinander getrieben werden, um sie für möglichst niedrigen Lohn möglichst heftig auszubeuten, was sollen sie tun, als die Konkurrenz zu überwinden, sich gemeinsam zu erheben und den Kampf gegen die Kapitalisten zu führen?

Nicht Verkürzung des Arbeitstages um eine Stunde für Schichtarbeiter, sondern 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich!

Im Herbst 1975 hat die IG Druck und Papier einen Entwurf für einen Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen an den OCR-Maschinen vorgelegt. (OCR: Optical Character Recognition – Optische Buchstabenerkennung bzw. computergesteuerte Satzherstellung) Gefordert wurde in diesem Entwurf: Bezahlung der Arbeiter an den Bildschirmgeräten nach Maschinensetzertarif. Beschränkung der Arbeitszeit an diesen Geräten auf vier Stunden am Tag bzw. zwanzig Minuten Pause pro Stunde. Am 1. Januar 1977 wurden die Spartenanhänge zum Manteltarifvertrag in der Druckindustrie gekündigt. Auf zahlreichen Ortsvereinsversammlungen der IG Druck wurde in den darauffolgenden Monaten als wichtigste Forderung, um der steigenden Ausbeutung Schranken zu setzen, die Forderung nach der 35-Stundenwoche an fünf Arbeitstagen und bei vollem Lohnausgleich verabschiedet, so in München, Mannheim, Stuttgart und Konstanz. Ebenso der Bezirkstag der IG Druck Stuttgart und die Landesbezirke Baden-Württemberg, Niedersachsen und Westberlin.

Der sozialdemokratische Vorstand der IG Druck versuchte, diese Forderungen abzubiegen. Er stellte als Forderung auf: Verkürzung des Arbeitstages um eine Stunde für Schichtarbeiter. Anstatt nun über die Spartenanhänge zum Manteltarifvertrag zu verhandeln – wo die Forderung nach dem 7-Stundentag auf dem Tisch lag – haben die sozialdemokratischen Verhandlungsführer „über die Arbeitsbedingungen an den OCR-Maschinen" verhandelt, von denen nur ein kleiner Teil der Arbeiter in der Druckindustrie betroffen ist, weshalb die Einheit der Belegschaften nur schwer hergestellt werden kann. Mahlein distanzierte sich dafür offiziell von dem dreiwöchigen Streik der Belegschaften des „Weser Kurier" und der „Bremer Nachrichten" im Juni dieses Jahres, der sich gegen die Kürzung der übertariflichen Zulagen richtete und auf der Forderung: 30 DM für alle mehr, die Belegschaften vereinheitlichte. Der Streik endete mit einer Niederlage für die Druckarbeiter. Am 11. Juli streikten rund 200 Arbeiter des Süddeutschen Verlages in München. Sie wollten auf die seit über einem Jahr laufenden Verhandlungen zwischen Betriebsrat und SV-Kapitalisten Druck ausüben. Die SV-Kapitalisten tragen sich mit dem Gedanken, nach der vollständigen Einführung des integrierten Datenverarbeitungssystems 50% der 1860 Arbeiter zu entlassen. Sie wollen verstärkt Heimarbeit einführen und den Fotosatz zusehends von Frauen machen lassen.

Gegen die Spaltungsmanöver von seiten der Kapitalisten haben die Arbeiter im Süddeutschen Verlag am 15. Juli erneut gestreikt unter der Forderung, die die Einheit herstellt: „100 DM mehr Leistungszulage für alle". Am 18./19. August fanden in Münchner Verhandlungen zwischen der IG Druck und den Druckkapitalisten über die Einführung neuer Satzverarbeitungstechniken in der Druckindustrie statt. Verhandlungsbasis ist der sogenannte „Rastertarifvertrag", den die IG Druck vorgeschlagen hat. Bei Gruner & Jahr und beim Heinrich-Bauer-Verlag in Hamburg wird der vorgelegte Entwurf für den Rastertarif abgelehnt, weil er hinter das Aktionsprogramm der IG Druck zurückfällt. In einem Brief des Vertrauensleutekörpers bei Bauer mit Unterschriften der Belegschaft wird die Tarifkommission aufgefordert, den Rastertarif-Entwurf fallenzulassen und sich unter anderem für die Forderungen: Beschränkung der Arbeitszeit an Bildschirmgeräten auf vier Stunden, 35-Stundenwoche für alle, auf jeden Fall an Bildschirmgeräten, einzusetzen. Der Hauptvorstand wird darauf hingewiesen, daß für den Rastertarifvertrag keine Kampfbereitschaft besteht, wohl aber für diese Forderungen. Die Verhandlungen über den Rastertarifvertrag werden von der Tarifkommission der IG Druck am 23. September für gescheitert erklärt. Der geschäftsführende Hauptvorstand wurde von der Tarifkommission beauftragt, das „Schieds- und Schlichtungsverfahren" einzuleiten. Mehrere Betriebe in Frankfurt erklären ihre Streikbereitschaft. Die Arbeiter der Frankfurter Union-Druckerei haben in einer Entschließung erklärt, daß sie streiken werden, wenn die Mindestforderungen nicht durchgesetzt werden. Die Satzabteilung der „Frankfurter Rundschau" streikt eine dreiviertel Stunde.

Die Druckarbeiter wollen die Einheit im Kampf gegen die steigende Ausbeutung herstellen



Die Verhandlungsführung der IG Druck wird von den Belegschaften immer häufiger kritisiert. Im Gewerkschaftsorgan „Druck und Papier" haben sich die Belegschaften von der Rheinisch-Bergischen Druckerei Wuppertal, des Münchner Zeitungsverlages Münchner Merkur, der Hessischen Allgemeinen in Kassel, der Union-Druckerei in Frankfurt und der Süddeutschen Zeitung in München in Entschließungen geäußert. In der Entschließung der Arbeiter vom Süddeutschen Verlag heißt es u.a.: „Uns kommt es darauf an, daß die Betriebe gezwungen werden, bei Einführung neuer Techniken alle Arbeiter und Angestellten zu übernehmen und ohne Lohnverlust weiter zu beschäftigen, die Bezahlung der am Bildschirm Beschäftigten in der Höhe des Maschinensetzerlohns, Verbot von Leistungskontrollen und Leistungslohnsystemen sowie eine allgemeine Verkürzung des Arbeitstages auf 7 Stunden für die Beschäftigten der Industrie durchzusetzen." Die Forderungen nach gesetzlichen Schranken gegen steigende Ausbeutung werden immer stärker.

Am 14. November begannen die Schlichtungsverhandlungen über den Rastertarifvertrag, die Ende November scheiterten. In zahlreichen Betrieben wurden Streiks durchgeführt. Wie im Druckhaus Tempelhof in Westberlin, wo Aktionen vom Betriebsrat und den Vertrauensleuten in Zusammenhang mit den gescheiterten Verhandlungen durchgeführt werden, ist es auch in den meisten anderen Betrieben. Auf der Delegiertenkonferenz des Ortsvereins Hamburg kritisieren die Arbeiter, daß die Warnstreiks uneffektiv seien und die Herausgabe der Zeitungen praktisch nicht verhindert wurde.

Am 10.12. tagt der erweiterte Hauptvorstand und die Zentrale Tarifkommission in Frankfurt, um weitere Maßnahmen im einzelnen festzulegen. Zu dieser Sitzung wurden 300 Betriebsräte zusammengerufen. Der Hauptvorstand wurde „ermächtigt, weitere Kampfmaßnahmen zu beschließen, einzuleiten und durchzuführen". Am Dienstag, dem 13.12., fanden weitere Verhandlungen statt. Angepeilt wird, nicht vor Mitte Januar zu Ergebnissen zu kommen. Bis dahin soll die Spaltung wirken, die durch den Forderungskatalog des Hauptvorstandes bewußt zur Taktik erhoben wurde. Die Linie der Sozialdemokratie ist es, die Forderungen nach dem Siebenstundentag zu unterdrücken durch solche Formulierungen wie „Arbeitszeitverkürzung, aber nur für Schichtarbeit" und „Novellierung der Arbeitszeitordnung". Entscheidend ist der Zusammenschluß aller Druckarbeiter, die Überwindung ihrer Spaltung nach Berufsgruppen und Sparten, nach Maschinensetzern, Korrektoren, Ecklöhnern und Hilfsarbeitern. Streichung der unteren Hilfsarbeiterlohngruppen ist notwendig. Die Kämpfe der Druckarbeiter reißen nicht ab. Am 22.12. verhindert der Streik in den Münchner Zeitungsverlagen das Erscheinen sämtlicher Münchner Zeitungen. Einmal mehr hat sich gezeigt, welche Waffe die Arbeiter mit dem Streik in Händen halten. Nicht die Maschinen schaffen dem Kapitalisten Profit, sondern die Arbeiter. Sie produzieren. Keine Rationalisierung kann das ändern. Die Arbeiter sind zur Herrschaft berufen. Dann hört die Maschine auf, sich gegen die Arbeiter, ihre Produzenten, zu wenden. – (Z-Red.)

„Rekordjahr im Hafen“ - Ob aus den optimistischen Prognosen was wird entscheiden die Hafenarbeiter

Vorbereitung von Warnstreiks im Hamburger Hafen

„Rekordjahr im Hafen – Hamburger Wirtschaft zufrieden“, lautet eine der Schlagzeilen des „Hamburger Abendblattes“ kurz vor Jahresende. Der Hamburger Wirtschaftssenator Nölling gibt sich optimistisch für das kommende Jahr, wenn er auch nicht wagt, sich auf Prognosen festzulegen. Allzuviel Risikofaktoren. Die knapp 54 Mio. Tonnen, die im letzten Jahr umgeschlagen wurden, mußten von den Hafenarbeitern transportiert werden, die Rekorde wurden unter den übelsten Ausbeutermethoden und zu niedrigem Lohn abgepreßt.

Die Hafenarbeiter stehen im Lohnkampf. Die Hamburger Hafenarbeiter haben teilweise hohe Prozentforderungen beschlossen, verschiedentlich wurden Festgeldforderungen erhoben, so am Burchardkai und am Überseezentrum.

Beim Gesamthafenbetrieb hatten bereits vor Wochen 22 Schauerleute 220 DM gefordert sowie Streichung der Lohngruppe II. Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung waren auf eine Prozentforderung eingeschworen, mußten sie jedoch in einer solchen Höhe verabschieden, die ihnen die Versöhnung mit den Kapitalisten und den Marsch auf ca. 5% äußerst schwer, wenn nicht unmöglich macht. Die Hafenkapitalisten haben sich bis heute überhaupt noch nicht öffentlich zum Tarifkampf geäußert.

Ende Oktober hat die Bundestarifkommission der ÖTV-Abteilung Seehäfen als Forderung beschlossen: 9% auf den Lohn, Änderung des Eingruppierungsvertrages (d.h. Aufspaltung der Lohngruppen VI in LG VI/1 und LG VI/2), Erhöhung der Schichtzuschläge für die 2. und 3. Nachtschicht. Seitdem verhandeln sie. Mehrmals hat sich die Verhandlungskommission mit den Kapitalisten getroffen und vermeldet auch nach dem 5. Mal: „Zu einer Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte ist es trotz eingehender Bemühungen von beiden Seiten nicht gekommen.“

Der Tariflohn beträgt z.Z. zwischen 1630 DM brutto (LG II) und 2318 DM brutto (LG VIII). Von dem, was netto übrig bleibt, ist keine Familie zu ernähren. Der Zwang zu Doppelschichten besteht in hohem Ausmaß.

Modernste Umschlaganlagen sind in Dienst gestellt. Was fehlt, ist eine noch schärfere Ausbeutung, bis auf die Knochen, bei jedem Wetter, mit dem Tod im Nacken. So, als noch am Heiligabend bei starkem Sturm am Schuppen 43 ein Schiff entladen werden sollte. Das Schiff war von Rotterdam nach Hamburg beordert worden, weil dort kein Arbeiter mehr einen Finger krumm gemacht hatte, um es zu löschen. Die Kranfahrer am Schuppen 43 brachen die Arbeit ab, weil die Kräne durch den Wind ziemlich hin- und herschwankten und die Paletten kaum mehr unter Kontrolle zu halten waren.

Kein Tempoverlust ist die Devise der Kapitalisten. Dazu brauchen sie einen Lohnraubabschluß, daher auch keine „Annäherung“ seitens der Kapitalisten. Genausowenig, wie die Kapitalisten den Kampf um Lohnraub scheuen, genausowenig können die Arbeiter den Kampf gegen Lohnraub vermeiden.

Neue Umschlagverfahren – an sich großartige Weiterentwicklung der Produktivkräfte – wirken unter der Knute der Kapitalisten allemal als Mittel zur Verschärfung der Arbeitshetze. Ständige Unfallmeldungen und sich häufende tödliche Unfälle sind drastischer Beweis. Lohnraub würde den Zwang zu Doppelschicht und Pensumarbeit nur vergrößern. Kein Arbeiter will das. Es sind Klasseninteressen, die schroff aufeinanderstoßen und die das Auffinden einer „Kompromißlinie“ nicht möglich gemacht haben.

Hohe Investitionen gehen auf die Profite. Dies soll wettgemacht werden durch noch größere Aussaugung der Arbeitskraft, die zu billigsten Löhnen verschlissen werden soll. Die Hafenarbeiter können die scharfe Konkurrenz unter den Hafenkapitalisten für sich nutzen. Ein Streik ist ein bedeutender Risikofaktor für die Pläne, durch Vorantreiben des Hafenausbaus noch mehr Tonnen in kürzerer Zeit umzuschlagen.

Die Arbeiter beginnen, sich darauf zu konzentrieren, den Kapitalisten ein Angebot abzufordern. Bereits auf einer Betriebsversammlung des Gesamthafenbetriebs wurde unter großem Beifall von einem Schauermann ein Brief an den Hafenkapitalistenverband verlesen, in dem es heißt: „Wir fordern Sie auf, sofort ein Angebot vorzulegen, welches nicht mehr als ein Prozent unter der 9%-Forderung der ÖTV liegt. Alternativ legen Sie bitte ein Festgeldangebot vor.“

Am 29.12. tagte erneut die Bundestarifkommission. Es ist überhaupt nicht ausgeschlossen, daß die Sozialdemokraten während oder kurz nach dieser Sitzung Warnstreiks initiieren, um ihrem Gerangel mit den Kapitalisten um einige Promille etwas Nachdruck zu verleihen. Wie immer sie sich das auch denken, die Arbeiter werden sofort die Gelegenheit nutzen, um gegen den drohenden Lohnraub Front zu machen. – (Hafenzelle, Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Hamburg: Drehscheibe der imperialistischen Konkurrenz

Hamburg. 53,7 Mio. Tonnen wurden 1977 im Hamburger Hafen umgeschlagen. Mehr als ein Viertel des Überseeaußenhandels lassen die westdeutschen Kapitalisten über Hamburg verschiffen. (1974 35 Mio t) Im gleichen Jahr wurden Fertigwaren von fast 21 Milliarden DM verschifft. Der Anteil an Maschinen betrug allein 13,37 Mrd. DM.

Stark profitierten die Hamburger Hafenkapitalisten vom Vordringen der westlichen Kapitalisten in die Länder des Comecon. Der Transitverkehr (der größte Teil geht in diese Staaten) wuchs von 9,7 Mio. t (1974 und 1975) auf 12,47 Mio. t 1976. Von der „Liberalisierung im Ostblock“ erhoffen sich die Hamburger Hafenkapitalisten weitere Steigerung.

Scharf ist die Konkurrenz zu den Hafenkapitalisten in Rotterdam und Antwerpen, die günstiger zum Ruhrgebiet und zum Rhein/Main-Industriezentrum liegen. Z.B. 1965 exportierte Nordrheinwestfalen nur 36% aller Güter über Hamburg und Bremen, aber 64% über Rotterdam und Antwerpen. Der bürgerliche Staat in Westdeutschland erhebt eine um 30 Pfennig höhere Mineralölsteuer pro Liter, so daß die Hamburger Hafenkapitalisten über einen starken Einbruch des LKW-Verkehrs aus den Niederlanden und Belgien nach Westdeutschland klagen. Die BAB-Hansalinie, die Hamburg und Bremen mit dem Ruhrgebiet verbindet, sollte die westdeutschen Kapitalisten im allgemeinen und die Hamburger und Bremer Hafenkapitalisten im besonderen in der Konkurrenz zum Rotterdamer und Antwerpener Hafen nach vorne bringen.

1965 wurde der Bau des Elbe-Seiten-Kanals beschlossen. Damit wollen die Hamburger Hafenkapitalisten den Binnenumschlag von 1974 10 Mio. t auf 1985 20 Mio. t steigern. Schubverbände bis zu 3300 t Tragfähigkeit können den Kanal befahren. Der Salzgitter-Peine-Stahlkonzern wird auf diesem Weg die Transportkosten für Erz, das über den Hansaport umgeschlagen wird, erheblich verringern. Am Hansaport können Erzfrachter mit einer Leistung von 1000 Tonnen pro Stunde und Kran gelöscht werden, bei 100 Arbeitern und Angestellten.

Über die Köhlbrandbrücke sind die Containerterminals im Freihafen Waltershof direkt an die BAB-Westumgehung (Elbtunnel) angeschlossen, um den Umschlag vom Schiff auf Lkws so schnell wie möglich, also profitabel zu betreiben.

Im Sommer ist der erste Teil des Rangierbahnhofes Maschen in Betrieb genommen worden. Über ihn sollen schließlich 11000 Güterwagen pro Tag bewegt werden, wovon sich die Kapitalisten eine „entscheidende Beschleunigung der Waggonzustellung“ versprechen.

Der bürgerliche Staat hat die Hafenkapitalisten im Konkurrenzkampf hoch gerüstet aus Milliarden Steuergeldern, die er zuvor der Arbeiterklasse abgepreßt hat. Allein von 1967 bis 1974 hat der Hamburger Senat 714 Mio. DM für den Ausbau des Hafens locker gemacht. Für den Ausbau des Tiefseehafens Scharhörn kostete allein die Planung bisher 17 Mio. DM. Die SPD drängt jetzt darauf, mit dem Ausbau loszulegen. 714 Mio. DM soll der Tiefseehafen kosten (nach Preisen von 1976). Die Realisierung würde gegenüber anderen Häfen einen unschätzbaren Konkurrenzvorteil bedeuten. Der Inselplatz Scharhörn/Neuwerk ist der einzige Platz in der Nordsee, an dem in Küstennähe Kaianlagen mit 20 Metern Wassertiefe gebaut werden können. „Bei dem deutlichen Trend zu Schiffen bis zu 250000 t Tragfähigkeit dürften nur wenige europäische Häfen folgen können.“ Dahinter steht der Zwang der Konkurrenten in Rotterdam und Antwerpen. Die Hamburger Hafenkapitalisten liegen zurück. Um jede Tonne müssen sie kämpfen. Sie sind verwundbar. Ebenso die industriellen Kapitalisten, die auf den Umschlag der hochwertigen Maschinen angewiesen sind.

Unverschämtes Angebot der Seehafenkapitalisten

Bremen. Die Bundestarifkommission der deutschen Seehafenbetriebe hat die Verhandlungen mit den Kapitalisten für gescheitert erklärt. Das Angebot der Kapitalisten steht bei 5% Gesamtbelastung. Das heißt auf keinen Fall, daß für alle Hafenarbeiter 5% mehr bezahlt werden sollen. Gleichzeitig haben die Kapitalisten sich bereit erklärt, den Vorarbeitern im Hafen und den Spezialhandwerkern eine gesonderte Lohnerhöhung von 0,30 DM bzw. 0,54 DM mehr die Stunde zu zahlen. Damit sind sie der Forderung der Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung nachgekommen, die eine Anhebung der Vorarbeiterlöhne im Hafen um 5% forderte. Mit der praktischen Einführung der neuen Lohngruppen VI/1 und VI/2 sollen die Hafenarbeiter weiter gespalten werden und wird von seiten der Gewerkschaftsführung versucht, die Vorarbeiter mit den gesonderten Lohnerhöhungen aus der Kampffront abzuspalten und insgesamt zu einem niedrigen Abschluß zu kommen. In den ersten Tagen im Januar wollen die Sozialdemokraten in die Schlichtung gehen. Es ist nötig, die Lage jetzt erneut in den Schuppen zu beraten, um Anfang Januar Kampfaktionen einzuleiten. – (Hafenzelle Bremen-Unterweser)

Schwestern vom Cecilienstift Hannover verhindern Rationalisierungsmaßnahme

Hannover. Durch einen Brief, der von allen Schwestern einer der beiden Intensivstationen des Cecilienstifts vor einigen Wochen unterschrieben wurde, wandten sich die Schwestern gegen die Absicht der Klinikleitung, sie als „Springer“ auf beiden Intensivstationen einzusetzen. Trotz der massiven Einschüchterunsversuche der Klinikleitung, die die betroffenen Schwestern zu sich zitierte und drohte, der Brief könne als „Arbeitsverweigerung“ angesehen werden, haben die Schwestern ihre Unterschrift nicht zurückgezogen. Die Rationalisierung wurde fallengelassen.

Nach Entlassungsdrohung durch den Dienstherren unterstützen sieben weitere Kollegen Brief an Maihofer

Aurich. Nachdem Beschäftigte der Tagesbildungsstätte der Lebenshilfe für geistig Behinderte e.V. Aurich einen Brief an Minister Maihofer geschrieben haben, worin sie zu einigen wesentlichen Punkten in dieser Tarifauseinandersetzung seine Stellungnahme forderten, rief der Amtsleiter die gesamten Angestellten zu einer Versammlung in die Turnhalle. Hier forderte er die fünf Beschäftigten, die den Brief unterschrieben haben, auf, ihre Unterschrift zurückzuziehen, andernfalls drohte er mit fristloser Entlassung. Ein Beschäftigter sagte: „... es ist unser Recht, für mehr Lohn einzutreten, und das ist eine Angelegenheit, die den Amtsleiter nichts angeht.“ Nach der Versammlung unterschrieben sieben weitere Angestellte den Brief und schickten ihn an Minister Maihofer.

nister Maihofer.

Die Streikfront der englischen Feuerwehrleute steht

Der Streik der Feuerwehrleute in England und Nordirland steht auch nach der siebten Woche fest. Sieben Wochen Streik, und dies ohne Streikgeld, das ist nur möglich durch die große Kampfentschlossenheit der Feuerwehrleute und durch die Unterstützung des Streiks durch die gesamte Arbeiterbewegung. Immer deutlicher zeigt sich der Schaden, den die sozialdemokratische Führung des TUC der Arbeiterbewegung zugefügt hat, indem sie die Unterstützung des Kampfes gegen die Zehnprozentlohnleitlinie durch den zentralen Gewerkschaftsverband verweigerte. So standen die einzelnen Bereiche des öffentlichen Dienstes, die zur gleichen Zeit verhandelten, den staatlichen Dienstherren nicht einheitlich gegenüber.

In mehreren Bereichen – bei den Arbeitern der kommunalen Behörden und bei den Busfahrern und Lokführern in einzelnen Landesteilen – konnte die Bourgeoisie Lohnraubabschlüsse innerhalb der Zehnprozentlinie durchsetzen. Dabei enthält der Abschluß der Arbeiter der Kommunalen Behörden deutliche Zeichen des Aufweichens der Zehnprozentlinie unter dem Druck des Feuerwehrleutestreiks. Eine bisherige Prämie wurde zum Lohnbestandteil gemacht – und nicht gezählt bei der Berechnung auf die Zehnprozentlinie – und wird weiterhin als zusätzliche Prämie gezahlt.

Insgesamt aber haben die Abschlüsse in diesen Bereichen des öffentlichen Dienstes, vor allem aber der Beschluß des TUC-Generalrats (siehe KVZ 52) die Bourgeoisie zu Siegesgeheul veranlaßt. Der Streik werde jetzt abbröckeln, über die Weihnachts- und Neujahrsferien, hieß es.

Die Sitzung des Vorstandes der „Fire Brigades Union“ (FBU) am 29.12. werde die Streikmüdigkeit der Feuerwehrleute feststellen und werde eine nationale Delegiertenkonferenz einberufen (die allein kann den Streik beenden). Gestützt hat sich die Bourgeoispresse dabei auf den Beschluß der Führung des Bezirks Kent, Surrey und Sussex, die für Abbruch des Streiks durch Annahme des letzten Angebots (10 Prozent, weitere Erhöhungen im November '78 und '79, Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 42 Stunden) eintrat und für die Einberufung einer Delegiertenkonferenz zu diesem Zweck. Ihr Antrag wurde mit 15 zu einer Stimme im Vorstand abgelehnt.

Nach der Sitzung erklärte das Vorstandsmitglied aus diesem Bezirk, David Shephar: „Ich bin zuversichtlich, daß die Mitglieder den Streik völlig unterstützen, wenn ich ihnen von der heutigen Diskussion berichte.“ Der FBU-Generalsekretär Parry hatte vorher erklärt, der Streik stehe fest, das hätten alle Berichte aus den Bezirken ergeben.

Die FBU-Führung hat weiterhin beschlossen, den Dienstherren – den Gemeindeverwaltungen – Gespräche vorzuschlagen, an denen sich auch die Regierung beteiligen soll, sogenannte „Dreiergespräche“. Schließlich sei die Regierung durch ihre Zehnprozentlinie in den Fall verwickelt. Der Beschluß des Vorstandes, den Kampf um die einheitliche Antwort der Gewerkschaftsbewegung gegen die Lohnleitlinienpolitik keineswegs aufzugeben, hat große Bedeutung. Die FBU wird einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß beantragen. Die FBU erklärte außerdem. daß der TUC-Generalrat, der im Dezember äußerst knapp mit 20 zu 17 Stimmen die Aufnahme einer einheitlichen Kampagne gegen die Zehnprozentlinie abgelehnt hatte, gegen die Politik des letzten Gewerkschaftskongresses handele.

Unterdessen deckt die Bourgeoisie ihre Pläne für neue Lohnraubabschlüsse auf. Der Schatzkanzler der Labour-Regierung Healey kündigte am 28.12. in einem Interview mit einer Parteizeitung an, die Regierung werde weitere Lohnleitlinien oder sogar gesetzliche Lohnhöchstgrenzen festsetzen. Hohe Arbeitskosten und hohe Produktionskosten würden den Verlust von Arbeitsplätzen bedeuten. Die Regierung könne sich nicht damit begnügen, nur eine Vorstellung für die Löhne im öffentlichen Dienst zu haben.

In der Arbeiterbewegung sind diese Lohnraubabsichten erkannt. Die Feuerwehrleute geben ein ausgezeichnetes Vorbild mit ihrer Kampfkraft und Zähigkeit und werden stark unterstützt.

Der Londonder Bezirk plant einen Marsch vor das Parlament am 16.1., andere Bereiche der FBU und andere Gewerkschaften unterstützen diesen Plan. In Liverpool beispielsweise werden zwischen den einzelnen Gewerkschaften Verhandlungen darüber geführt, am 16.1. in allen Bereichen gegen die Zehnprozentlinie einen Warnstreik durchzuführen. – (Korrespondentenbericht London, 30.12.)



Über 1000 iranische Studenten haben am Donnerstag in der Hamburger Innenstadt demonstriert unter revolutionären Forderungen gegen das Schah-Regime, gegen den Imperialismus, insbesondere den US-Imperialismus und den Carter-Besuch in Teheran, für die nationale Befreiung des iranischen Volkes. Die Demonstration fand statt im Rahmen des Jahreskongresses der CIS (Conförderation iranischer Studenten).

Kostendämpfender Apotheker in Braunschweig legt Unterricht an Krankenpflegeschule nieder

Braunschweig. Der Apotheker Rothe der Krankenhausapotheke hat in einem Kurs der Kinderkrankenpflegeschule den Unterricht niedergelegt, nachdem in dem Kurs heftige Auseinandersetzungen geführt wurden. Rothe ist als Kostendämpfer bekannt, der z.B. den Stationen nur die Hälfte der bestellten Medikamente schickt mit Hinweis auf die hohen Preise. Er verbreitet auch, daß die Hälfte aller Medikamente sowieso nutzlos seien und nur aus Jux und Tollerei damit herumgeaast wird. Zuguterletzt seien auch die Schwestern zu dumm, sie überhaupt richtig anzuwenden. Der Kurs wird jetzt eine Erklärung herausgeben, worin gefordert wird, daß dieser Apotheker, der bestrebt ist, das Kostendämpfungsgesetz durchzusetzen, überhaupt nicht mehr an der Krankenpflegeschule unterrichten darf.

Streik gegen Fünfen und Sechsen

Bochum. Am Dienstag vor Weihnachten streikten geschlossen die 32 Schüler des Mathematik-Kurses am Heinrich-von-Kleist-Gymnasium. Mit Transparenten und Wandzeitungen zogen sie in der fünften und sechsten Stunde zum Lehrerzimmer. „Unsere Lehrerin Rowell wollen wir nicht länger. Woher kommen die vielen Fünfen und Sechsen. Wir streiken.“

Dieser Streik ist der bisherige Höhepunkt der Auseinandersetzung in den Grundkursen. Fünfen und Sechsen gibt es am laufenden Band. Von einem Kurs stehen von 17 Mann 12 unterm Strich. Mit Eintragungen werden jedes Zuspätkommen und nichtgemachte Hausaufgaben geahndet. Meist gibt es auch noch eine Sechs dazu. Bisher wurden jede Kritik und jeder Protest abgewiegelt. Vor zwei Monaten hatten die Schüler deshalb schon einmal eine Kursarbeit verweigert. Jetzt war endgültig Schluß. Auch jetzt am Dienstag versuchte die Schulleitung abzuwiegeln. Als erstes müßten die Plakate mit der Feststellung „Wir streiken!“ verschwinden, dann könnte man weitersehen. Am übernächsten Tag sollte prompt ein dicker Test in Mathe geschrieben werden. Dieser offene Angriff der Schulleitung erzielte aber das Gegenteil. Die Arbeit wurde von allen erneut verweigert.

Westeuropäische Bourgeoisie bastelt Arbeitshaus für arbeitslose Jugendliche

Am 15. und 16. Dezember beratschlagten Minister und hohe Regierungsbeamte im Rahmen der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) unter Vorsitz des amerikanischen Arbeitsministers Ray Marshall, wie sie die riesige Reservearmee der jugendlichen Arbeitslosen am effektivsten und billigsten in ihrer Profitproduktion verheizen können.



Allein in den Ländern der EG sind von den insgesamt sechs Millionen Arbeitslosen mehr als zwei Millionen unter 25 Jahren. Am schlimmsten sieht es in Italien aus, wo eine Million Jugendliche unter 25 Jahren keine Arbeit oder keine Lehrstelle haben, in Frankreich 560000. In England sind in diesem Jahr bisher mehr als 73000 Schulabgänger ohne Ausbildungsplatz. In Westdeutschland hatten die Arbeitsämter im November 95700 Jugendliche unter 20 Jahren, das sind 4,5% der Jugendlichen dieses Alters, registriert.

„Ein weites Feld" umfassen die Maßnahmen der Regierungen, die sie bisher getroffen haben: direkte Bezahlung des Lohns oder eines Teils des Lohns aus der Staats- oder Versicherungskasse (Frankreich, England, BRD), Übernahme der Kosten für die Sozialversicherung durch den Staat (Frankreich), Verkürzung und Dequalifizierung der Berufsausbildung, wie das Berufsgrundbildungsjahr, Abschaffung von Jugendschutzbestimmungen (BRD, Frankreich), Lehrverträge ohne Anspruch auf Weiterbeschäftigung und keine Garantie auf Beendigung der Lehre (Schweiz, Italien).

Ein ausgefeiltes System zur Erfassung für den Arbeitsdienst hat Italien entwickelt. Die Jugendlichen müssen sich auf Sonderlisten des Arbeitsamts eintragen. Danach werden Ranglisten aufgestellt nach Punkten. Zum Beispiel bekommt ein Jugendlicher ohne Familienangehörige, die er versorgen muß, 0 Punkte; wenn er unter 18 Jahre ist und beide Eltern Arbeit haben, minus 4 Punkte; wenn er Familie hat und die Frau auch arbeitslos ist, plus 10 Punkte und für jedes Kind plus 6 Punkte usw. In der Reihenfolge dieser Liste, die alle halbe Jahre aufgestellt wird, werden die Jugendlichen den Kapitalisten oder sogenannten „Arbeitsgenossenschaften" der „Konventionen für die Realisierung von Arbeiten mit gemeinnützigem Interesse" zugeteilt, wozu auch die ..Kooperativen zur Urbarmachung von Land" zählen. Im öffentlichen Dienst wird die Bezahlung des Mindestlohns dadurch unterlaufen, daß die Jugendlichen zu 20 Wochenstunden Arbeit und zum Besuch von Kursen, die angeblich der Berufsausbildung dienen, verpflichtet werden. Bezahlt werden nur die 20 Stunden. Die Revisionisten von der KPI haben dieses „Gesetz zur Förderung der Beschäftigung von Jugendlichen" im Mai 1977 mitbeschlossen und gleichzeitig eine Kampagne für das „Recht auf Arbeit" eingeleitet. Es ist die Verpflichtung zum Arbeitsdienst, die sie eingeführt haben.

Ähnliche Programme existieren bereits in England, Dänemark und der Schweiz. Portugal hat schon einen „Zivildienst", die westdeutschen Kapitalisten sind mit der Kasernierung der Zivildienstleistenden und den Zwangsmaßnahmen des Arbeitsförderungsgesetzes auf dem Weg dahin. Das Ideal des Bourgeois ist eh das Arbeitshaus, wo er die Peitsche schwingen kann, und unter „Recht auf Arbeit" versteht er die Verwirklichung dieses Ideals. Das gerade beweisen die Programme zur „Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit" in Westeuropa. – (Z-Red.)



Osnabrück. Der „Verein für heilpädagogische Hilfe" hat in Osnabrück-Sutthausen eine „Beschützende Werkstatt" eingerichtet. Höchtsprofit wird dort aus behinderter Arbeitskraft für über 50 Kapitalisten geschunden, sechs Stunden am Tag. Z.B. Karmann läßt unter Aufsicht eines werkseigenen Kontrolleurs Scirocco-Teile zusammenbauen. Die Kapitalisten kostet die Arbeitskraft dort, mit Unterstützung der Stadt, nicht einen Pfennig. Höchstens ein paar Beiträge an den Verein sind bei Gelegenheit fällig.
In diese Werkstatt kommen die Behinderten, wenn sie Prüfungen auf Ausbeutbarkeit bestanden haben. Die Arbeit ist schlimmer als Akkord. Die Kapitalisten liefern oft die Maschinerie. Zwischen 30 und 200 DM kann der Lohn betragen. Die Werkstattleitung kontrolliert und rechnet ab. Die Gruppenleiter legen die Löhne fest. Die Höhe des Lohnes hängt von der Leistung ab, von den Stückzahlen. Monatlich darf höchstens um 20 DM gesteigert werden. Werden die Zustände und Elendslöhne angegriffen, so wird einfach der Lohn gesenkt. Jede Herabstufung des Lohnes kann höchstens durch eine monatelange Schufterei und Kriecherei wieder aufgeholt werden.
Die Bourgeosie hat ungeheure Angst, daß diese Zwangsarbeitslager in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Vor einiger Zeit wurde ein Beschäftigter entlassen, weil er enthüllt hatte, was in dieser Werkstatt vorgeht. – (Kromschröder Zelle, Osnabrück-Emsland)

„Wachsendes Lehrstellenangebot"? – Wachsende Ausbeutung der Jugend!

28000 Jugendliche suchen gegenwärtig nach einer Lehrstelle. Das sind rund 6% der Schulabgänger der Haupt-, Sonder- und Realschulen, die schon ein halbes Jahr oder viel länger vergeblich suchen. Das ist offensichtlich „normal"! Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung": „Das Lehrstellenproblem ist gelöst."

Im Januar 1977 waren 110083 offiziell arbeitslos. Im Dezember 1977 zieht Bildungsminister Rohde Bilanz: 555300 Ausbildungsverträge wurden 1977 abgeschlossen, 28000 suchen noch eine Lehrstelle, 26800 offene Ausbildungsplätze gibt es noch – ein Teil der Jugendlichen wird also noch „untergebracht". Bei seiner „Rechnung" bleiben 17000 arbeitslose Jugendliche offiziell in der Statistik übrig.

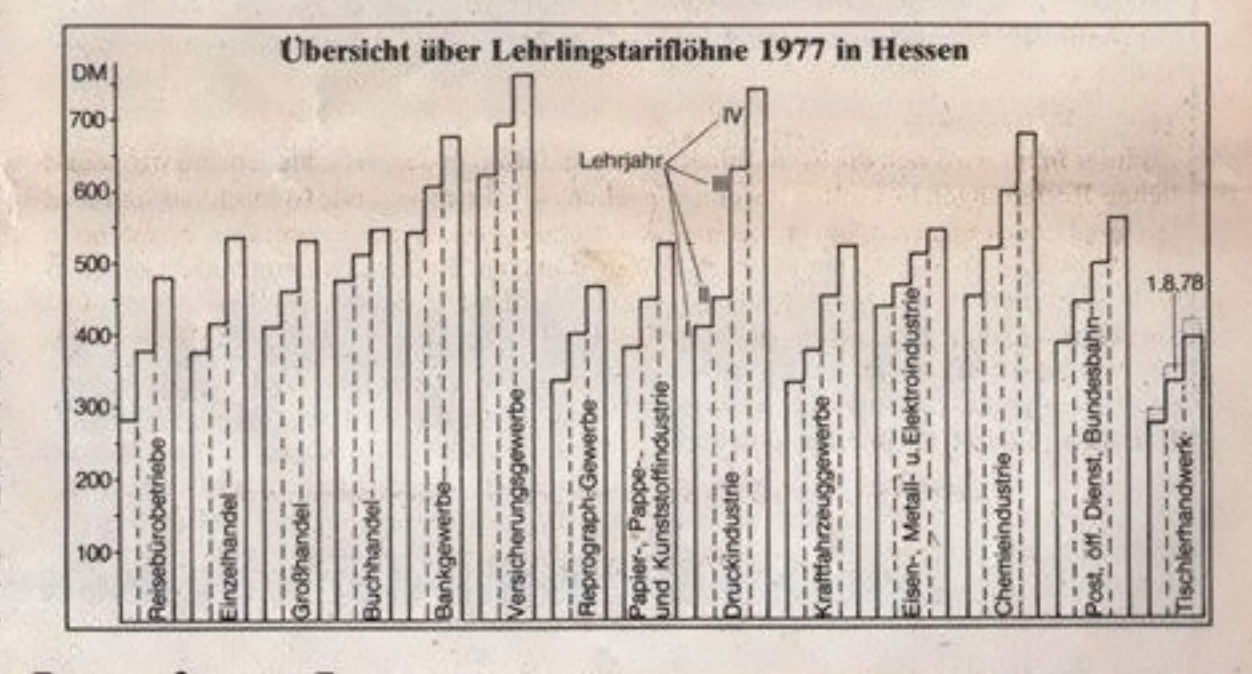
Das „Arbeitsbeschaffungsprogramm" und die „Maßnahmen zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit" werden das übrige dazu beigetragen haben, die Arbeitslosenstatistik „auszugleichen" und die Jugend als billige Arbeitskraft in die Fabriken zu pressen.

Die Bourgeoisie frohlockt über diese billige Arbeitskraft und meldet, die abgeschlossenen Lehrverträge seien gestiegen um: 16,4% im Handwerk, 15,2% im Handel, Banken und Versicherungen und 15,1% im öffentlichen Dienst.

Im Jugendarbeitsschutzgesetz hat sie sich die schrankenlose Ausbeutung der Jugend in Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit gesichert.

Im ersten Lehrjahr liegen die Tariflöhne in fast allen Gewerken unter 400 DM. In der Druckindustrie bet.agen sie 25% vom Facharbeiterecklohn, im Tischlerhandwerk in Hessen nur 15,4%. 270 DM erhält ein Tischlerlehrling im ersten Lehrjahr. Die Sozialdemokraten haben für sie folgenden Tarifvertrag ausgehandelt:
1. Lehrjahr: 27 mal Facharbeiterecklohn pro Monat (1977: 10,01 DM; ab 1.8.78: 10,64 DM)
2. Lehrjahr: 33 mal Facharbeiterecklohn pro Monat
3. Lehrjahr: 39 mal Facharbeiterecklohn pro Monat.
Dreieindrittel Tage eines Facharbeiterecklohns zahlt der Kapitalist also an den Lehrling im ersten Lehrjahr. Das lohnt sich!

Der KBW fordert für Lehrlinge 60% vom Facharbeiterecklohn. 1048 DM kämen für den Tischlerlehrling dabei heraus. Dies richtige Prinzip, von Sozialdemokraten mit „kleinen Korrekturen" angewandt, bringt einen Hungerlohn, von dem kein Lehrling leben kann. – (Z-Red.)



„Als kleiner Hopfenbauer, da wirst du zwischen Brauereien und Banken zerdrückt!"

Interview mit zwei Hopfenbauern in der Hallertau

Die Hallertau ist das größte Hopfenanbaugebiet der Welt. Seit mehr als zehn Jahren sinkt der Hopfenpreis um durchschnittlich 10 DM je Zentner (ztr). Wie wirkt sich das auf die Pflanzer aus?

„Beim Hopfen gibt es zwei Preise. Zwei Drittel des Hopfens werden unter Vorvertrag angepflanzt. Beim Vorvertragshopfen hast du garantierten Absatz und bei Durchschnittsqualität festen Preis mit geringen Steigerungsraten. Dafür mußt du dich dann aber auf Jahre oder auf Jahrzehnte an den Aufkäufer binden. Solche Vorverträge können nur geändert oder gekündigt werden, wenn beide Seiten zustimmen. Bei uns in der Hallertau laufen die Vorverträge zur Zeit bis 1985. Je nach Qualität hat der Vorvertragshopfen zwischen 300 DM und 350 DM je Ztr. gebracht.

Wer nicht von den Aufkäufern abhängig werden will, baut freien Hopfen an. Dafür ist heuer rund 150 DM je ztr. gezahlt worden. Wer wie ich vor allem freien Hopfen angebaut hat, den hat's voll erwischt. Bei uns hat die ganze Familie, das sind sieben Arbeitskräfte, von morgens fünf Uhr bis abends acht oder neun Uhr im Hopfen gearbeitet, außerdem noch ein Bruder, der acht Stunden in einer Möbelschreinerei arbeitet, nach seiner Arbeit. Trotzdem haben wir Verluste von 9000 DM. Meine 6 Hektar Hopfen, die geb' ich jetzt auf. Bei mir geht's noch, weil ich noch 8 Hektar Felder, Wiesen und Wald habe."

„Wir müssen jetzt ganz aufhören. Wir stecken in die 4 Hektar Hopfen mehr Arbeit und Geld, als rauskommt. Die Kinder haben ihren Beruf, und für die Alten ist es zuviel. Mit dem freien Hopfenpreis kochen uns die Hopfenhändler weich. Uns bezeichnen sie als Spekulanten, weil wir uns die Hände nicht binden lassen."

Im „Haus des Hopfens" in Wolnzach rechnet man mit einer Rodung von 4% der bisherigen Hopfenanbaufläche in der Hallertau. Wieviele sind das hier am Ort?

„Genau weiß das noch keiner. Viele müssen aufhören oder überlegen sich, ob sie nicht auf andere Pflanzen gehen. Im Hopfenpflanzerverband ist die Rede von 10 bis 15% der Pflanzer, die in der Hallertau aufhören. Es sind halt vor allem die kleinen Pflanzer mit weniger als 5 Hektar, die es getroffen hat."

Durch Rodungsprämien von 6100 DM je Hektar gerodetes Hopfenland fördert die Bundesregierung noch das Bauernlegen.

„Und wie! Die Rodungsprämie wird nur gezahlt, wenn die Hopfengärten vollständig abgebaut werden. Stangen, Laufdraht – alles muß runter. Drei Jahre lang darf auf dem gerodeten Gebiet kein Hopfen mehr gepflanzt werden. Im Frühjahr werden's die Polizei schicken zum Nachkontrollieren. Gleichzeitig gibt's noch den Anbaustop in der EG: Bis 1979 darf kein neuer Hopfengarten angelegt werden. Das gibt den kleinen Pflanzern, die weitermachen würden, den Rest. Manche hätten gern Land, auf dem sie bisher Getreide hatten, zum Hopfenpflanzen genommen, um es im nächsten Jahr noch einmal zu versuchen – aber der Anbaustop läßt das nicht zu."

Die Hauptabnehmer für den Hopfen sind die Brauereien. Wie versuchen sie, den Preis für den Hopfen zu drücken und die Pflanzer in noch größere Abhängigkeit zu bringen?

„Früher, so bis 1960, da haben die Bauern direkt an die Brauereien verkaufen können. Damals war der Hopfen höchstens ein Jahr haltbar. Bei der Ernte waren die Lagerhäuser der Brauereien und der Hopfenhändler leer und sie mußten nachkaufen. Seitdem aber gibt's eine Verarbeitungsindustrie. Jetzt wird der Hopfen auf seine braufähigen Stoffe reduziert. Die Hopfensäure ist bis zu fünf Jahren lagerfähig, außerdem brauchen die braufähigen Stoffe viel weniger Platz beim Lagern, vielleicht ein Hundertstel des gezupften Hopfens, wie er früher gelagert wurde.

Die Verarbeitungsindustrie tritt heute als Aufkäufer des Hopfens auf. 90 bis 95% der Hopfenproduktion in der ganzen Bundesrepublik wird von vier Handelsgesellschaften und Verarbeitungsfabriken aufgekauft. Das sind Bart und Co, Hopstabil, Dr. Müller und Steiner. Die vier haben den Hopfenhandel im Griff. Und wer steht hinter denen? Die Brauereien. Schon seit Jahren drücken die den freien Hopfenpreis nach unten und senken dadurch auch den Preis für den Vorvertragshopfen."

Die Hopfenpflanzer sind in Genossenschaften zusammengeschlossen. In der Hopfenverwertungsgenossenschaft Hallertau zum Beispiel sind 95% der Pflanzer aus dem Gebiet. Gibt das keinen Schutz?

„Die HVG ist viel zu schwach. Sie hat zwar selber Verarbeitungsbetriebe, aber sie kann nie mehr als 5 bis 7% des Hopfens kaufen. Außerdem – verkaufen muß auch sie an die Brauereien, also ist sie auch von denen abhängig."

„Dann gibt es den Maschinenring Pfaffenhofen, der leiht die Pflückmaschinen und Spritzgeräte aus. In diesem Jahr haben wir in drei Wochen einen Tag gehabt, wo die Witterung die Schädlingsbekämpfung zugelassen hat. Versuch' da mal, ein Spritzgerät zu bekommen. Aussichtslos. Wer sich selber eines gekauft hat, sitzt jetzt auf den Raten für den Bankkredit und weiß nicht, woher nehmen."

„Die Hallertau ist vom Hopfen abhängig. Industrie haben wir kaum, einige Maschinenbaufabriken für die Landwirtschaft, und die gehören auch einem, dem Wolf, Arbeitsplätze gibt's da auch keine. In dem System ist die Zukunft für die kleinen Hopfenpflanzer ein Dreck." – (Zelle Ingolstadt, Bezirk Regensburg/Mitte

Lage der Hopfenbauern in Westdeutschland

	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Anzahl der Betriebe	9972	9506	9186	8936	8606	8132	7667	7073
Anbaufläche (ha)	11777	12792	15391	18172	19845	19986	20035	19500
Anbaufläche pro Betrieb (ha)	1,181	1,346	1,675	2,034	2,306	2,458	2,613	2,757
Ertrag pro ha (t)	19,3	20,9	15,8	16,7	18,7	16,8	16,2	14,2
Preis (1970: 100)	70,9	100	120,3	101,3	75,6	63,5	56,3	76,9
Umsatz pro ha (1970: 100)	65,47	100	90,94	80,94	67,64	51,04	43,64	52,25

2899 Betriebe (29,1%) sind in der kurzen Zeit von 1969 bis 1976 gelegt worden. Die Anbaufläche hat sich fast, die Betriebsgröße mehr als verdoppelt. Zunächst wurden also die Kleinbauern gelegt. Die mittleren Bauern versuchten, sich durch Ausweitung der Anbaufläche zu halten. Doch der Umsatz pro ha ist weiter gesunken, im wesentlichen wegen des Preisverfalls des Hopfens. Gleichzeitig sinkt seit 1973 auch der Pro-Hektar-Ertrag.

Das Legen der Hopfenbauern tritt in seine nächste Runde. Bis auf geringe Verkäufe an die pharmazeutische Industrie geht die gesamte Hopfenernte an die Brauereien. Hier beherrschen vier Konzerne den Markt: DUB-Schultheiss (im Mehrheitsbesitz der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank und der Dresdner Bank), Oetker, Reemtsma, die Holsten-Gruppe in Norddeutschland. Die Hopfenbauern bekommen das zu spüren: Obwohl die Ernten knapper werden, sinken die Preise weiter. Die DUB-Schultheiss-Gruppe ist schon dazu übergegangen, selbst Hopfenanbau zu betreiben. Ruinierte Bauern als Lohnarbeiter auf ihren Farmen, so wünschen es sich die Brauereikapitalisten. – (Z-Red.)

Koschnicks Taktik „Arbeiter gegen Bauern" soll den Kampf gegen das Superkohlekraftwerk verhindern

„Mittelsbüren und Osterort aber könnten in ihrer friedlichen Abgelegenheit bestehen bleiben, wenn nicht ihre Feldmark an der seeschifftiefen Weser und im Erweiterungsgebiet des Hafens läge." Mit dem Pech der geografischen Lage will die Bremer Bourgeoisie erklären, warum seit 1945 die Bauern aus den Dörfern an der Weser gegen deren heftigen Protest vertrieben wurden. Mittelsbüren und Osterort lagen dort, wo heute die Klöckner-Hütte steht, ihnen gegenüber liegen Seehausen und Hasenbüren, an die das Bremer Kapital seit 1960 ranzukommen versucht. Nicht die seeschifftiefe Weser ist es, die den Bauern ihre Existenzgrundlage raubt, sondern der lockende Profit, den sich die Kapitalistenklasse von weiterer Industrieansiedlung erhofft.

Laut „Weserkurier" vom 7.12. will die Bremer Stadtwerke AG ein Superkraftwerk in Seehausen errichten mit einer Leistung von 2000 Megawatt, doppelt soviel wie das geplante Atomkraftwerk Esensham. Die Stadtwerke AG besitzt derzeit in Bremen vier eigene Kraftwerke (Weserwehr, Vahr, Hastedt und Hafen), das Klöckner-kraftwerk Mittelsbüren liefert ebenfalls Strom für die Stadtwerke AG, außerdem sind die Stadtwerke durch Verbundnetz an der Nutzung des der NWK gehörenden in Bremen liegenden Kraftwerks Farge angeschlossen. Derzeit beläuft sich die öffentliche Versorgung der Stadtgemeinde auf 1100 MW, die Kraftwerke Hafen und Mittelsbüren werden noch ausgebaut.

Ein Kraftwerk in Niedervieland ist schon länger geplant mit einer Leistung von 300 MW. Schon diese Größe würde zu einer erheblichen Aufwärmung der Weser führen. Der Wärmelastplan von 1974, den die niedersächsische Landesregierung außer Kraft gesetzt hat, hält eine Betriebnahme von Niedervieland nur bei erheblichen Kühlauflagen für möglich, die eine Erwärmung der Weser im Hafenbereich ausschließen müssen.

Das Superkraftwerk solle Kohlekraftwerk werden, denn sein Bau läßt sich nach dem 3. Verstromungsgesetz über Bundeszuschüsse, sprich Steuergelder der Werktätigen, zu 1/6 (360 Millionen von 2 Milliarden) finanzieren. 10 Jahre lang soll die teure Ruhrkohle abgenommen werden. So wie der Wärmelastplan geändert wurde, spekuliert die Bourgeoisie, könnte auch hier eine Umstellung auf Atomenergie möglich sein.

Der Realisierung des fetten Brokkens steht einiges im Wege. Selbst der „Weserkurier" muß von einem Baubeginn nicht vor 1980/81 sprechen: Das nötige Land ist zwar schon in den Händen der Stadt, auch ist das gesamte Gebiet Seehausens als Industriegebiet im Flächennutzungsplan ausgewiesen, aber von diesen Plänen konnte außer dem Hafenbecken des Neustädter Hafens noch nichts realisiert werden.

Seehausen, Hasenbüren, Strom sind Dörfer, in denen die Menschen noch zu 50% von der Landwirtschaft leben. Seehausen hatte 1975 734 Einwohner, 25 der ansässigen Bauernfamilien können ihre Vorfahren ununterbrochen als in Seehausen ansässig bis in die Jahre 1720/30 zurückführen, die 35 landwirtschaftlichen Betriebe nutzen die vorhandene landwirtschaftliche Nutzfläche zu 99% aus, und zwar fast vollständig als Weideland für 1609 Stück Rindvieh (Fleischzucht) und 321 Milchkühe. Seit Jahren verteidigen die Seehauser ihr Dorf erfolgreich trotz aller Behinderungen, wie z.B. die Kläranlage, der Ausbau des Neustädter Hafens, durch den sie von dem Bremer Nachbarstadtteil Rablinghausen abgeschnitten wurden und die Verkehrsverbindungen sich verschlechterten. Die Auflösung der Primarstufe im Zuge der Schulreform haben sie verhindert.

„. . . das Wohnen in Seehausen (wird) weiter gewährleistet sein" (Gesundheitssenator)

Nach den Studien des Senators für Außenwirtschft und Gesundheit ist die Lärmbelastung durch die gegenüberliegenden Klöcknerwerke schon so hoch, daß bei neuer Industrie keine zusätzliche hinzukommen darf. Geplant sind aber: Autobahn, pharmazeutische und kunststoffverarbeitende Industrie, Feinmechanik, metallverarbeitende Betriebe insgesamt 60 bis 80.

Die Belastung durch das Kraftwerk ist nach Aussagen der Studie bei einer Planung für 300 MW ein Ausstoß von 2 t Stickstoffoxide und 200 kg Staub pro Stunde. Bei schlechter Witterung verzehn- bis tausendfacht sich die daraus entstehende Belastung für die Bevölkerung und erreicht die Stadtteile Gröpelingen und Walle. Außerdem ist der Bau eines Kohlekraftwerkes mit 300 MW, (der jetzige Plan sieht das sechsfache vor!) nur möglich bei Einbau einer modernsten Rauchgasentschwefelungsanlage. Heute wehren sich die Klöckner-Kapitalisten, z.B. auf der letzten Betriebsversammlung, gegen den Einbau von Umweltschutzmaßnahmen. Dazu versuchen sie die Arbeiter und Angestellten gegen die Bauern von Seehausen auszuspielen. Der sozialdemokratische Arbeitsdirektor Sporbeck: Wenn in der gegenwärtigen Lage der Bau von Umweltschutzvorrichtungen verlangt würde, gefährde das Arbeitsplätze. Man müsse schon entscheiden, entweder 800 in Seehausen oder 30 bis 40 Tausend Arbeitsplätze, die von Klöckner abhingen. der Senat keine guten Erfahrungen mit den Seehausenern gemacht und ihre Hartnäckigkeit und Entschlossenheit kennt er. Er versucht es mit politischem Druck durch Drohung mit noch größerer Arbeitslosigkeit und in den gegenwärtigen Prozessen gegen KKW-Gegner und mit Isolierung der Bauern von den Arbeitern. Die Rechnung braucht überhaupt nicht aufzugehen. – (Bezirk Bremen-Unterweser/N-Red.)

„Immer ungleicher wird die Verteilung des Arbeitsprodukts zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer größer wird die Zahl der Proletarier . . .
Die Bourgeoisie – revolutionäre Klasse gegenüber dem Feudalismus – wird durch und durch reaktionär. Ihr Interesse an bedingungsloser Aufrechterhaltung des Profits stellt sie in Widerspruch zum gesellschaftlichen Fortschritt, der mit der schrankenlosen Entfaltung der Produktion verknüpft ist . . .

Der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion bei Fortexistenz des kapitalistischen Privateigentums entspricht das ständige Anwachsen des Staatsapparates . . . Der Druck des bürgerlichen Staates auf die ihm unterworfenen und mit seiner Hilfe ausgeplünderten Massen wächst." (Programm des KBW)

***

1900 bis zum Ersten Weltkrieg

1905 – Wilhelm II:
„Erst die Sozialisten abschießen, köpfen, unschädlich machen – wenn nötig per Blutbad – und dann Krieg nach außen, aber nicht vorher und nicht a tempo. Mit herzlichen Grüßen zum neuen Jahr, welches uns gesegnete Arbeit bringen möge." (Brief an Bülow, Dezember 1905)

1907 – E. Bernstein:
„Immer mehr wird sich die Menschheit ihrer Solidarität in den verschiedensten wirtschaftlichen Beziehungen bewußt . . .; wenn wir sehen, wie die arbeitende Menschheit sich in allen möglichen Formen heute immer mehr zusammenschart in der Erkenntnis ihrer gemeinsamen Interessen, so können wir doch hoffen, daß auch die Zeit kommen mag, wo das soziale Empfinden in der Menschheit so gestärkt ist, daß alle die anderen Antriebe dagegen zurücktreten, eine Zeit, wo das soziale Pflichtbewußtsein zu einer solchen Stärke gediehen ist, daß jeder von selbst freiwillig dasjenige tut, was er tun kann, um das allgemeine Ganze zu fördern und die Wirtschaft des Gemeinwesens in Gang zu halten und zu heben." (E. Bernstein, „Die Grundbedingungen des Wirtschaftslebens")

Anteil eines Arbeiters am jährlichen Nettoindustrieprodukt
(in Prozent)
Anteil eines Arbeiters am jährlichen Nettoindustrieprodukt
(in Prozent)
1900 : 0,0000072
1913 : 0,0000058

***

1918/19 Revolution und Konterrevolution

1918 – Bosch:
„Das nationale Bewußtsein und die materielle Wertung des Staates fehlt bei uns bei weiten Schichten . . . Man wird vielleicht Leute hinausschicken müssen, die sehr seit links stehen. Vielleicht ist es doch möglich, die Verteidigung des Vaterlandes als ein Ziel hinzustellen, für das man sich noch erwärmen wird . . .; wenn wir kleingemacht werden, bekommen wir ganz unzweifelhaft eine soziale Revolution nach Art der bolschewistischen in Rußland . . ., nur das Öffnen weiterer Sicherheitsventile kann uns vor einer Katastrophe bewahren . . ." (Oktober 1918, Brief an den württembergischen Fraktionsvorsitzenden der Demokraten Hausmann)

1919 – Ebert:
„Sobald das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, kehrt es zurück auf den Weg der Gesetzmäßigkeit. Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung lassen sich die unaufschiebbaren Veränderungen auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet vorwärtsbringen. Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität, nicht Eigenmächtigkeit, Egoismus und Zerstörung." (Weimar, Februar 1919)

***

1927-1933 Vorbereitung der faschistischen Diktatur und des Zweiten Weltkrieges

1929 – Wittke, Vorsitzender des sächsischen Industriellenverbandes:
„Mit Halbheiten ist uns aber nicht mehr gedient . . . um die Not unseres Volkes und unserer Wirtschaft, die heute hier mit Ernst und Deutlichkeit geschildert worden ist, zu beheben . . . Ist das Parlament seiner Aufgabe nicht gewachsen, kann es sie nicht meistern, dann wird gar nichts anderes übrig bleiben . . . Ich stehe nicht isoliert da, wenn ich sage: ein Ermächtigungsgesetz kann vielleicht noch die einzige Hilfe sein, die aus diesem Elend herausführt." (Dezember 1929, Beitrag auf der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie)

1927 – F. Naphtali:
„. . . glauben wir, daß von dieser Entwicklung zum organisierten Kapitalismus in letzter Linie ein großer Auftrieb in der Richtung der Entwicklung zur Demokratisierung der Wirtschaft ausgehen wird und bereits auszugehen beginnt . . . Gegenüber der höchsten Form autokratischer Wirtschaftsbeherrschung durch die einzelnen Unternehmergruppen erwächst die Gegenbewegung, die den Ruf nach Unterordnung der Führung der großen Unternehmerorganisationen unter das Gemeinschaftsinteresse, vertreten durch den Staat." (F. Naphtali, „Wirtschaftsdemokratie")

Anteil eines Arbeiters am Nettoindustrieprodukt
(in Prozent)
1929 : 0,0000088
1938 : 0,0000057

***

1945-1955 Nach der Niederlage, Wiederaufbau zu imperialistischer Größe, Reaktion, Expansion und Kriegsvorbereitung

1947 – Oberst Dr. James R. Newmann, US-Gouverneur:
„Wie schon gesagt, nehme ich an, daß sich die Mehrzahl des Volkes von Hessen als gute Bürger betragen und den Gesetzen ihrer Regierung ebenso wie den Forderungen der Militärregierung gehorchen wird . . . Ich will ihrer Regierung in jeder möglichen Weise bei der
Bürger betragen und den Gesetzen ihrer Regierung ebenso wie den Forderungen der Militärregierung gehorchen wird . . . Ich will ihrer Regierung in jeder möglichen Weise bei der
Durchführung der Maßnahmen unter dem Motto ‚keine Arbeit – kein Brot' gegen Parasiten und Müßiggänger helfen . . . Während es in gewissen Gegenden notwendig werden könnte, den Belagerungszustand zu erklären oder sogar den gesamten Staat unter völlige militärische Aufsicht zu stellen, falls die Haltung des Volkes sich nicht bessert." (Mai 1947, Rundfunkansprache in Hessen)

1955 – Carlo Schmidt:
„Einer der Gründe, weswegen die SPD im Jahr 1949 bewußt in die Opposition gegangen ist, war, daß wir der Meinung gewesen sind, daß die parlamentarische Demokratie bei uns in Deutschland nur dadurch funktionsfest gemacht werden könne, daß eine starke Partei in die Opposition geht, die den Staat bejaht. Nur so könne verhindert werden . . ., daß die Unzufriedenen, die es ja immer wieder gegeben hat, sich radikalen Parteien anschließen müssen, die den Staat verneinen. Die Unzufriedenen haben so die Möglichkeit, sich einer Partei anzuschließen, die sich zwar gegen die jetzige Regierung stellt, die aber bereit ist, den Staat und seine Grundordnung zu erhalten und zu verteidigen." („Der Wähler" Nr. 11, 1955)

Anteil eines Arbeiters am Bruttosozialprodukt (in Prozent)	1 Polizist auf Lohnabhängige
1950 : 0,0000017	1933 : 147
1976 : 0,0000013	1974 : 135

***

Heute

1977 – Schleyer:
„Die soziale Marktwirtschaft setzt freie Unternehmer unabdingbar voraus. Der Staat muß Schutzmacht der Freiheit werden . . . Die Wahrheit lautet, daß heute gerade die Schwäche des demokratischen Staates die größte Gefahr für die Demokratie und damit für die Freiheit des Bürgers ist."

1977 – H. Schmidt:
„Ich sage vor allem jungen Menschen, daß Demokratie nicht allein aus dem Prinzip der Bildung von Mehrheiten besteht. Ihre letztlich existenzielle Begründung findet Demokratie in der Humanisierung der Politik . . . in der Humanisierung des unvermeidlichen Umgangs mit der Macht . . . Wer aber aus dieser humanen Geschichte heraustritt, wer an die Stelle des demokratischen Rechts das Faustrecht der Gewalt setzt, der erlebt eine Ausweglosigkeit, in der vermeintliche Macht bis in die Selbstzerstörung umschlagen kann . . . Zu dieser Verantwortung stehen wir auch in Zukunft. Gott helfe uns."

***

„Das größte Hindernis beim Zusammenschluß des Proletariats im Kampf für seine Befreiung ist die Spaltung der Arbeiterklasse durch Reformismus und Revisionismus. Diese bürgerlichen Strömungen in der Arbeiterbewegung, deren Kern die Ablehnung der proletarischen Diktatur und die Idee der Klassenzusammenarbeit und Klassenversöhnung ist, haben ihre Hauptträger und Vorkämpfer in der schmalen Schicht von Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten, die der Imperialismus hervorgebracht hat . . .

In jeder revolutionären Krise treten die Reformisten und Revisionisten offen an die Seite der Bourgeoisie. Von der Predigt der Klassenzusammenarbeit und Klassenversöhnung schreiten sie fort zur direkten Hilfe für die Bourgeoisie bei der blutigen Unterdrückung der revolutionären Teile des Proletariats und des Volkes. Das Proletariat kann die politische Macht nur erobern, wenn es Reformismus und Revisionismus in den eigenen Reihen bekämpft und überwindet."
(Programm des KBW)

Neue Niedersächsische Gemeindeordnung: Leimruten gegen die Volkskämpfe, Ausrichtung der Abgeordneten

Ausgerechnet Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht und sein Polizeihund Groß rühmen sich, „mehr Rechte für die Bürger" in der Niedersächsischen Gemeindeordnung ab 1. November 1977 verankert zu haben.

Was ihnen zu schaffen macht, umschreiben sie mit „Staatsverdrossenheit": Den Kampf der Volkmassen gegen den bürgerlichen Staat, gegen den parlamentarischen Betrug, meinen sie damit. Zu schaffen macht ihnen, daß sich die Volksmassen eigene Organe in diesem Kampf schaffen, Bürgerinitiativen zum Beispiel. Darum haben sie den „Bürgerantrag" neu in die Kommunalverfassung aufgenommen. „Vertreter aller ‚klassischen' Parteien hoffen dabei, daß den manchmal ins Zwielicht geratenen Bürgerinitiativen auf diese Weise der Boden für weitere Vorstöße entzogen wird. Diskussionen über kleine und große Probleme sollen wieder dort gelöst werden, wohin sie nach dem Grundgesetz gehören: In die aus den Wahlen nach demokratischen Gesichtspunkten hervorgegangenen Parlamente" (Kieler Nachrichten, 20.12.)

punkten hervorgegangenen Parlamente" (Kieler Nachrichten, 20.12.)

Der „Bürgerantrag" darf nur gestellt werden zu „Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Gemeinde", „für die der Rat zuständig ist und zu denen innerhalb der letzten 12 Monate nicht bereits ein zulässiger Bürgerantrag gestellt worden ist", er muß einen Vorschlag zur Dekkung der Kosten beinhalten, mit einer vorgeschriebenen Zahl von Unterschriften eingereicht werden. Dann besteht das einklagbare Recht, daß der Rat sich innerhalb einer Frist von drei Monaten äußern und das Ergebnis der Beratung bekannt machen muß. (§22a, NGO)

Was als Leimrute gegen selbständige Massenbewegungen von Albrecht und Groß ausgelegt ist, kann sich für die Bourgeoisie als Kuckucksei entwickeln. Dann nämlich, wenn es nicht um „Bäume statt eines neuen Dienstwagens" (Groß im Handelsblatt, 16.12.) geht, sondern wenn der Bürgerantrag genutzt wird, die Massen gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen.

Was als „mehr Transparenz der Arbeit kommunaler Parlamente" für die Volksmassen verkauft wird, ist in Wirklichkeit nur ein weiteres Instrument zur Ausrichtung der Ratsmitglieder: die „Öffentlichkeit" der Ausschüsse: denn sowohl durch Antrag als auch durch die Geschäftsordnung kann die Öffentlichkeit für bestimmte Gruppen ausgeschlossen werden (§45, §51).

Bisher galt, daß Gemeinden bis 100 Einwohner anstelle eines gewählten Rats eine Gemeindeversammlung abhielten, wo Beschlüsse durch einfache Mehrheit der Anwesenden gefaßt wurden und die auch den Verwaltungsausschuß wählte. Diese Versammlung ist im Zuge „mehr Rechte für die Bürger" ersatzlos gestrichen worden.

Alle anderen neuen Bestimmungen der NGO (Fraktionsbildung schon durch zwei Abgeordnete, Antragrecht für jeden Abgeordneten, Grundmandat ohne Stimmrecht für Fraktionen und Gruppen, die bei der Verteilung der Ausschußsitze leer ausgehen), von der SPD im Zuge der Wahlkampfvorbereitung als Zugeständnis der CDU an die FDP angeprangert, sind tatsächlich Maßnahmen, alle Abgeordneten auszurichten, zu beteiligen und einzuschwören auf eine einheitliche Front gegen die Volksmassen. – (N-Red.)

Die „Sachverständigen“: Gut bestallte Professorenelite im Dienste des Finanzkapitals

Sievert: Kapitalakkumulationstheoretiker und Wachstumsförderer der Profitproduktion

Den Leitfaden des Sachverständigengutachtens gibt Professor Sievert an, Politologe und Nationalökonom der Universität des Saarlands. Er widmet sich als Vorsitzender des Direktoriums des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts besonders den „wachstumsgünstigen regionalen Wirtschaftsstrukturen“ und ist hierbei eng mit den Planungsinstanzen der Landesregierung verbunden. Eingerichtet worden ist diese Abteilung seit dem Wintersemester 76/77. Erste Erfolge hat die Regierung unter seiner stabsmäßigen Beratung bereits im Herbst 1977 vorzuweisen. „Weil ein Strukturwandel versäumt wurde, droht der Stahlindustrie des Landes wachsende Arbeitslosigkeit“, verbreiteten die Zeitungen die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse und Pläne der Planungsinstanzen des Saarlandes, die Saar-Stahlwerke zu fusionieren und kräftig Arbeiter zu entlassen, um die Bedingungen der Kapitalakkumulation in der Region zu verbessern. Für die BRD gleichfalls zu sorgen hat Sievert als Vorsitzender der „Fünf Weisen“, damit den Kapitalisten im ganzen Land diese Bedingungen verbessert werden. Schon bevor das Gutachten ans Tageslicht kam, wurde Anfang September aus dem Saarland die Marschroute dargelegt: „Der Zuwachs der jährlichen Kosten der Beschäftigung müsse kleiner bleiben als der jährliche Zuwachs der Gesamtnachfrage“, anders gesprochen hieß es im Jahresgutachten: „Dies bedeutet Tariflohnsteigerungen von durchschnittlich 3 v.H., einschließlich Nebenleistungen von 3 1/2 v.H.“ Die Regelungen des Kündigungsschutzes müßten überprüft werden, ebenso das System der Arbeitslosenversicherung und der Vermittlung, ließen die Kapitalakkumulationstheoretiker von der Saar ihre Marschrichtung wissen, mit der die Regierung die Bedingungen für die Kapitalisten schaffen soll, um die Expansion kraftvoll voranzubringen.

Fels: Frontbeobachter im Handelskrieg – Einpeitscher gegen den Lohnkampf

Die rechte Hand des Vorsitzenden der Profit-Sachverständigen ist Fels, Honorarprofessor an der Kieler Universität und Stellvertreter des Direktors des „Instituts für Weltwirtschaft“ in Kiel. Er hat eine Schlüsselposition unter den Ratgebern des Finanzkapitals: die Beobachtung der Fronten im imperialistischen Handelskrieg. Dafür arbeitet die unter seiner Leitung stehende größte Forschungsabteilung „Struktur und Weltwirtschaft“. Für die westdeutschen Imperialisten ist er weiter als „Berater“ der OECD (Organisation für wirtschaftliche Entwicklung



und Zusammenarbeit) tätig im Rahmen des „Zukunft-Projekts“, wo sich die Imperialisten über gemeinsame Interessen zur Steigerung der Ausbeutung und Ausplünderung der unterdrückten Völker absprechen.

Damit den westdeutschen Imperialisten selbst nichts entgeht im Konkurrenzkampf um Kapitalanlagen, Rohstoff- und Warenmärkte, hat die Professoren-Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften den Ausschuß „Außenwirtschaftstheorie und -politik“ eingerichtet, dessen Vorsitz er hat. Solche Projekte sind: „Veränderungen internationaler Standortbedingungen und deren Konsequenzen für die Entscheidungen privater Investoren“, oder „Internationale Auswirkungen der Industriepolitiken westeuropäischer Länder“.

Als Frontberichterstatter gehört er zu den Haupteinpeitschern gegen den Lohnkampf der Arbeiter: „Der notwendige Strukturwandel der westdeutschen Wirtschaft läßt sich um so leichter bewältigen, je niedriger die Lohnsteigerungen“, verkündete er im Mai letzten Jahres und mahnte die Kapitalisten, endlich aufzuhören, die „Investitionschancen in Lohnverhandlungen (zu verspielen)“. Vor zwei Wochen hat sein Kieler Institut den Kapitalisten einen Vorschlag zur Durchsetzung der Lohndrückerei gemacht: jetzt sollten sie sich auf Abschlüsse bis höchstens 4% einlassen mit dem betrügerischen Versprechen, „später“ über „Nachbesserungen“ zu reden.

Gutowski: Bankfachmann und Anlageberater

Der Frankfurter Professor „Volkswirtschaftslehre, insbesondere Geld und Währung“, hat sich während seiner Berater-Tätigkeit inzwischen neben einer 800000-Mark-Villa im Taunus Fettpolster zugelegt wie ein Eichhörnchen vor dem Winterschlaf. Im Unterschied zu diesen edlen Tieren wird Gutowski von den Kapitalisten aus dem ausgebeuteten Mehrwert geschmiert wie Professor Fels für eine der Schlüsselfunktionen der Beratertätigkeit für die imperialistischen Bourgeois: er ist der Bankfachmann und Anlageberater des Finanzkapitals, während er an seinem „Seminar für Geld und Währung“ rar ist. Denn er ist vor allem als Chefberater der „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ unterwegs.

Die „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ gehört zu 80% dem Bund und zu 20% den Ländern und hat ein Grundkapital von einer Milliarde DM. Gutowski ist unterwegs in Sachen Kreditgeschäften „für förderungswürdige Vorhaben“ im In- und Ausland. Die Kreditanstalt ist im Leitungsapparat der Europäischen Investitionsbank und im Vorstand der Deutschen Entwicklungshilfe-Gesellschaft vertreten. Den Schliff bekam Gutowski für seine Beratertätigkeit 1969/70 als Vorsitzender und Direktor des „Tropeninstituts“ in Gießen. Seine ganze imperialistische Wissenschaftlichkeit mündet in der profitsüchtigen Stereotype: „Man kann jedoch nicht genug betonen, daß die Diagnose im Prinzip die gleiche ist, wie im vergangenen Herbst: die Kosten und hier insbesondere die Reallöhne, sind zu hoch . . .“, erklärte er in Vorbereitung auf die Tarifkämpfe und die Veröffentlichung des Jahresgutachtens. Als Bankfachmann und Anlageberater ist er glatt und skrupellos, wie es die Finanzkapitalisten brauchen: „(Den weniger Erfolgreichen) muß aber zugemutet werden“, erklärt er, „daß sie sich vorübergehend mit weniger Einkommen begnügen und . . . jene Qualifikationen erwerben, die gesucht sind.“

Schmid: Fachmann für Steuerausplünderung und Sanierung der Staatsfinanzen

Zuständig für den richtig dosierten Einsatz der Steuerschraube gegenüber den Lohnabhängigen ist der Professor Dr. rer. pol. Dipl.-Volkswirt Kurt Schmid, ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaften an der Universität Mainz.

Seine Direktorentätigkeit des Instituts für Finanzwirtschaft führt sein Hauptaugenmerk innerhalb des „Sachverständigenrats“ auf den Hauptkäufer von Arbeitskraft, den kapitalistischen Staatsapparat. Hier werden die wissenschaftlichen Hebel ausbaldowert, die der Kapitalakkumulation vermittels kräftiger Finanzzuschüsse auf die Sprünge helfen sollen. „Der Bereich, in dem auf sehr direkte Weise ein Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung hergestellt werden könnte, ist der öffentliche Dienst. Eine besonders niedrige Steigerung der Verdienste würde es dem Staat erlauben, für dringliche Aufgaben, die der Konsolidierung der Staatsfinanzen wegen nicht genügend berücksichtigt worden sind, nunmehr zusätzliche Stellen zu schaffen.“ Wofür? „. . . die Reform des Steuersystems so voranzutreiben, daß die Abgabenlast weiter von investitionshemmenden zu investitionsfreundlichen Steuern hin verlagert wird und (die Haushaltspolitik) solchen Staatsausgaben hohen Rang zuerkennt, die privaten Investitionen förderlich sind.“ Darauf soll der Staatsapparat seine Tätigkeit ausrichten, um für die Kapitalistenklasse sicherzustellen, daß „tatsächlich ein Mehr an Wachstumsförderung herauskommt“. Gegenüber der Forderung nach Ausgleich der Mehrwertsteuererhöhung in den Tarifabschlüssen rät sein Forschungsinstitut, daß das „mit der Steuererhöhung nicht nur nicht gemeint (ist), sondern sicherlich auch nicht ohne negative Rückwirkungen auf die Beschäftigung durchzusetzen“ sein wird. Angekündigt werden damit Entlassungen. Nicht nur, daß diese Finanzexperten reaktionäre Pläne der Steuerausplünderung ausbraten, sie liefern hier auch gleich die Taktik, mit der die Kapitalisten gegen den Widerstand der Arbeiterklasse vorgehen sollen.

Scherhorn: Marktbeobachter und sozialdemokratische Gallionsfigur

Das fünfte Mitglied des „Sachverständigenrats“ ist der Stuttgart-Hohenheimer Professor Scherhorn. Er sitzt auf dem „Lehrstuhl für Konsumtheorie und Verbraucherpolitik“ und im Verwaltungsrat der „Stiftung Warentest“. Er hat eine „abweichende Meinung“. An der Mehrheit der Sachverständigen hat er „nicht etwa auszusetzen, daß es den Arbeitnehmern Lohnzurückhaltung auferlegt“. Er befürchtet, die Betrugsformel, mit der die Kapitalisten ihr Profitstreben verkleiden – „über Senkung der Löhne zur Vollbeschäftigung“ – könne allzu bald platzen. Er erinnert an den „arbeitssparenden Effekt des technischen Fortschritts“, wie er die kapitalistische Rationalisierung nennt.

Scherhorn hat sich Gedanken gemacht, wie die Linie des Sachverständigenrates abgesichert werden kann: „Im Einzelfall kann es sicherlich sinnvoll sein, . . . aber in vielen Fällen glaube ich persönlich, daß es eher schädlich sein könnte, wenn man die Diskussionen . . . mit konkreten Zahlen beeinflußt. Das gilt jedenfalls für Situationen, in denen man sich ganz gut darauf verlassen kann, daß die Vertragspartner die Beschäftigungssituation bei ihren Lohnverhandlungen in Rechnung stellen, und das ist meiner Ansicht nach in diesem Jahr der Fall.“ Als von den Sozialdemokraten im DGB-Vorstand gefördertes Mitglied des „Sachverständigenrats“ hat er es unternommen, den sozialdemokratischen Klassenversöhnlern im Gewerkschaftsvorstand eine Brücke zu bauen zur Durchsetzung der 3,5%-Linie des „Sachverständigenrates“ mit Hilfe von Spaltung und Betrug. Als „Minderheit“ schlägt er vor: „Verkürzung der Arbeitszeit“, denn „dann ist es auch denkbar, daß die betroffenen Arbeitnehmer sich die Verkürzung ihrer Arbeitszeit auf die Einkommenserhöhung anrechnen lassen, die andernfalls vereinbart würde“.

Prozeß wegen Besetzung des BAFöG-Amtes

Westberlin. Im Januar soll in Westberlin ein Prozeß vor dem Landgericht gegen sieben PH-Studenten stattfinden. Die Studenten waren im letzten Wintersemester auf das BAFöG-Amt gezogen und hatten gefordert, daß ein Geschichtsstudent, der willkürlich nicht zur Prüfung zugelassen wurde, für die restliche Zeit seines Studiums Geld zum Leben bekommt. Dabei wurde der Amtsleiter Eichbaum, gleichzeitig Mitglied im Immatrikulationsausschuß der PH, von den Studenten für einige Stunden festgesetzt. Der wollte die Studenten auf das Sozialamt vertrösten und mußte unterschreiben, daß er sich persönlich dafür einsetzen würde, daß der Student das Geld bekommt.

Jetzt steht in der Anklageschrift, daß das Vorgehen der Studenten einmalig sei und scharf bestraft werden müsse. Dabei ist an der FU der BAFöG-Amtsleiter in den letzten beiden Semestern mehrere Male belagert worden. Die Unterschrift des Amtsleiters ist per Beschluß des Rektorats für ungültig erklärt worden. Die „Berliner Morgenpost“ schreibt in einem Artikel zu den Auseinandersetzungen an den Hochschulen, daß die Tatsache, daß der Prozeß gleich vor dem Landgericht stattfindet, Gefängnisstrafen erwarten läßt. Die Anklage lautet auf Freiheitsberaubung und Nötigung.

BAFöG-Amt will, daß Wohngemeinschaft zahlt

Westberlin. Das BAFöG-Amt hat bei einem Studenten, der BAFöG beantragt hat, nachgefragt, ob er denn nicht von seiner Wohngemeinschaft versorgt werden könnte. Der Zugriff auf den Lohn der Eltern reicht der Finanzbourgeoisie noch nicht, das BAFöG soll zum umfassenden Lohnraub bei den Volksmassen organisiert werden. Gezahlt wird nur, wenn anderweitig nichts mehr „zur Verfügung steht“, und dies „anderweitig“ ist dann nicht nur der Lohn des Ehegatten, der Eltern, Großeltern, sondern auch der Wohngemeinschaftsmitglieder. So sind jedenfalls die Pläne.

Plumpe Spaltungsmanöver des Sozialwerksleiters – der Kampf für 350 DM Abschlagszahlung wird weitergeführt

Bremen. Dreimal sind in den letzten zwei Wochen vor den Weihnachtsferien die Leiter des BAFöG-Amtes und des Sozialwerks von Gruppen von Studenten aufgefordert worden zur Auszahlung von 350 DM Abschlagszahlung für alle BAFöG-Empfänger, die seit Semesteranfang immer noch kein Geld erhalten haben. Eine Studentin berichtete z.B., daß ihr Antrag schon seit Mitte Juli auf dem Amt liegt, die Zahlung soll erst Ende Januar anlaufen. Die Forderung konnte noch nicht durchgesetzt werden.

Rolfink, Leiter des Sozialwerkes, hat sich geweigert, eine Resolution mit der Forderung mit seiner Unterschrift zu unterstützen, sondern hat versucht zu spalten. Er sei auch für Verbesserung des BAFöG-Systems, so daß alle ihr Geld innerhalb des gesetzlichen Limits von 10 Wochen reibungslos erhalten sollten. Die Studenten sollten darauf hoffen, daß er sich dafür beim Bildungsausschuß einsetze. Demgegenüber haben die Studenten klargestellt, daß die Unterdrückung nicht erst bei denen beginnt, die nach 10 Wochen noch kein Geld haben, sondern im BAFöG-Gesetz selbst liegt, das keine sofortige Zahlung vorsieht und so die Studenten noch verstärkt in Abhängigkeit treibt. Selbst, wenn er wolle, könne er die Forderungen nicht unterstützen, meinte Rolfink, da das Sozialwerk keinen Fonds hätte für Abschlagszahlungen. Auf den Einwand, daß aber nach 10 Wochen dieses Geld doch auf einmal vorgesehen sei, mußte er rauslassen, daß es verwaltet wird vom Bildungssenator Thape, der es 10 Wochen zurückhält.

Um die Forderungen durchzusetzen, wird in der ersten Januarwoche ein erneutes Teach-In gegen das BAFöG vom AStA durchgeführt, auf dem über weitere Kampfmaßnahmen beraten werden wird.

„Fällt BAFöG weg, zahlt das Sozialamt“?

Freche Lügen über die Wohltätigkeit des bürgerlichen Staates / Bourgeoisie will Studenten demütig und ver schuldet

„Dies ist ein Feld, das noch nicht ausgereift ist“; daneben ein Bild: „Das studentische Wetterhäuschen“. Wenn das BAFöG aufhört, kommt die Sozialhilfe, 443 DM im Monat, die Studenten schöpfen nur so aus dem Vollen. So jedenfalls die „Welt“ vom 21.12. Die Bourgeoisie verhöhnt die besitzlosen Studenten. Laut Angaben des Studentenwerks Göttingen erhielten im WS 77/78 von den 21407 Studenten überhaupt nur 7040 BAFöG. Das sind 32%, im WS 76/77 waren es noch 39%. Der durchschnittliche BAFöG-Satz liegt bei 415 DM.

Nur 18% der Studenten leben allein von BAFöG, die anderen bekommen Geld von den Eltern oder müssen arbeiten. Daß eventuell noch Studenten Sozialhilfe erhalten könnten, schabt die „Welt“. Das muß sich ändern: „Im Hintergrund des Streits um die Sozialhilfe bei Überschreitung der Höchstförderungsdauer steht indes das Problem: Wer bringt die Kosten auf? Die Träger der Sozialhilfe meinen, dies sei Sache des Bundes, denn es ist doch ein Widerspruch, jemanden das BAFöG zu streichen, ihn aber auf der Hochschule zu lassen“, kritisiert Sozialamtsleiter Kampf und plädiert für neue Richtlinien.

Die Praxis entspricht schon seinen Wünschen. Das BAFöG-Amt und das Sozialamt haben uns übereinstimmend versichert, daß Studenten prinzipiell und unter keinen Umständen Sozialhilfe erhalten, denn sie seien ja durch das BAFöG „versorgt“. Durch Haushaltsstrukturgesetz und einen Beschluß des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg sei das endgültig entschieden.

Noch 1974 konnten die Studenten, die von BAFöG leben müssen, Kohle und Kleidung beantragen beim Sozialamt. Jetzt ist das gestrichen. Überhaupt wird den Studenten zuviel Almosen gewährt „und wir haben ein Recht, die laufenden Leistungen zu kürzen“, meint Theo Kampf. Überhaupt die beste Lösung: „Man“ gewährt den Betroffenen ein Darlehen. Noch tiefere Schuldknechtschaft, Demütigung und Unterdrückung des Kampfes der Studenten für die Bezahlung ihrer Arbeitskraft und Tarifvertrag, ist die Absicht. Widerlich sind die Methoden. Ein Beispiel:

Wenn ein Student das Studienfach wechselt und einen Antrag auf Weiterförderung beim BAFöG-Amt stellt, muß er „unabweisbare Gründe“ vorbringen. Solche Gründe sind „Neigungswandel und die intellektuellen und körperlichen Fähigkeiten reichen nicht aus, um das Studienfach weiterzustudieren“. Eine Studentin, die sich so gezwungen sah, einen Antrag zu schreiben, indem sie sich selbst Dummheit bescheinigt („der Studienfachwechsel ist durch die mangelnde intellektuelle Eignung für die beabsichtigte Berufsausübung bestimmt“) hat jetzt den Bescheid gekriegt: Der Studienfachwechsel ist nicht anerkannt, das BAFöG-Amt zahlt noch zwei Semester, allerdings vollständig als Darlehen, d.h. der Schuldenberg wächst ins Unermeßliche. Gegen dies Zu-Kreuze-Kriechen organisieren die Studenten den Kampf: Im letzten Jahr hatten in Göttingen ca. 100 Studenten einen Tag lang das BAFöG-Amt besetzt und so für die Studenten, die Anträge gestellt, aber noch kein Geld gekriegt hatten, Abschlagszahlungen durchgesetzt. In einem Prozeß gegen 12 der beteiligten Studenten, in dem sie mit ihrem Plan, hohe Geld- und Gefängnisstrafen zu verhängen, nicht durchgekommen sind, stellte BAFöG-Amtsleiter Kreutz fest: „Die Studenten forderten uns auf, den Abschlagszahlungen zuzustimmen, damit sie überhaupt leben können. Wir zeigten unsererseits dazu keine Bereitschaft, weil das mit den bestehenden Gesetzen unvereinbar ist.“

Wollen sich die besitzlosen Studentenmassen an den bestehenden Gesetzen orientieren, bedeutet das für sie Hungerdasein, Unterdrückung und für die Arbeiterfamilie unerträgliche Einengung ihrer Reproduktionsbasis. Ein Göttinger Student bekommt 67 DM BAFöG im Monat. Seine Familie hat ein monatliches Nettoeinkommen von 1540 DM. Das muß reichen für drei Personen. Er erhält 300 DM Unterstüzung. Dazu kommen noch Kleidung, Lebensmittel für gut 50 DM im Monat. Seiner Familie bleiben 1180 DM zum Leben. Das ist das „Füllhorn“, das der bürgerliche Staat ausschüttet. Die laufenden Leistungen, von denen der Unterdrücker Kampf schwätzt, bestehen in nichts als der Anstrengung der Bougeoisie, die Volksmassen zu schröpfen und sie aufeinander zu hetzen.

Die richtige Antwort ist der Kampf für 100 DM mehr und 1500 DM Elternfreibetrag, Bezahlung der Arbeitskraft der Studenten und Tarifvertrag. Warum sollen die Arbeiter und Angestellten das nicht unterstützen? – (KSB Südostniedersachsen / N-Red.)

Interview mit einem Vertrauensmann der Zivildienstlei stenden

Ihr habt einen fünfzehnminütigen Streik an der Kölner Uni-Klinik durchgeführt.

Ja, wir haben an der Kölner Uni-Klinik einen fünfzehnminütigen Streik durchgeführt, und zwar an dem Tage, als der Hans Iven seine acht Punkte dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt hat. Also diese acht Punkte, wo er aufzeigt, wie der Zivildienst in Zukunft gestaltet werden soll, ganz klar als Abschreckung vor der Kriegsdienstverweigerung. Wir waren an der Uniklinik sehr empört darüber und haben uns entschlossen, nachmittags einen fünfzehnminütigen Warnstreik zu machen. Ich glaube, ungefähr 33 Zivildienstleistende waren daran beteiligt, von 45 bis 50, die dort zu der Zeit beschäftigt waren. Der Warnstreik ist aber nicht an die Öffentlichkeit gedrungen, weil keine Presse kam, die eingeladen war, und anscheinend die Klinikleitung versuchte zu vertuschen, daß die Zivildienstleistenden sich gegen die Pläne wehren.

Die CDU hat gegenüber der Presse erklärt, daß ein Streik der Zivildienstleistenden genauso illegal wäre wie ein Streik der Soldaten, und hat die Regierungsparteien aufgefordert, ihre Jugendorganisationen zurückzupfeifen. Was hältst Du davon?

„Illegal" halte ich nicht für einen richtigen Ausdruck. Uns ist grundsätzlich verboten zu streiken. Das steht fest, das ist auch im Zivildienstgesetz so festgelegt, daß Zivildienstleistende kein Recht haben, ihre Interessen durch einen Streik oder eine Arbeitsniederlegung durchzusetzen. Klar, wer keine gewerkschaftlichen Rechte hat, darf nicht streiken. Es ist aber so, daß wir den Streik als einzig mögliche Form sehen, unsere Forderungen durchzusetzen. Man muß das so sehen, daß die Arbeiterklasse sich das Streikrecht erkämpfen mußte, und man kann sagen, daß wir uns dieses Recht jetzt auch erkämpfen müssen. Weil es sonst keine anderen Möglichkeiten mehr gibt, sich irgendwie durchzusetzen gegen diese Bestrebungen.

Ich kann das nicht verstehen, daß diese Leute das als illegal bezeichnen. Was für die Arbeiterbewegung legal ist, das Recht auf Streik, das muß für uns genauso legal sein, weil wir genau wie unsere Kollegen, die fest angestellt sind, die gleichen Interessen haben. Und mit den Leuten auch zusammenarbeiten wollen und müssen.

Ihr plant am 28. Januar eine Demonstration. Um was geht es?

Da geht es um die Abschaffung der einstweiligen Verfügung des Bundesverfassungsgerichtes gegen die Novellierung, die bedeutet hatte, daß man ohne Begründung, ohne Prüfungsausschuß und ohne Gewissensprüfung den Zivildienst ableisten durfte. Darum geht es und um die geplante Kasernierung von Zivildienstleistenden, und die Forderungen zur Selbstorganisation kann ich kurz erwähnen: Das ist einmal die Abschaffung des Gewissensprüfverfahrens, die freie Wahl der Dienststelle, keine Kasernierung von Zivildienstleistenden, keine Versetzung gegen den Willen der Betroffenen, Rücknahme der bisherigen Strafversetzungen, kein Planstellenabbau durch den Einsatz von Zivildienstleistenden, gegen die Verlängerung des Zivildienstes auf 18 Monate. Unter den Forderungen wollen wir am 28. Januar in Dortmund eine Demonstration machen.

Es gibt neben den Forderungen gegen die Kasernierung und den Einsatz der Zivildienstleistenden als Lohndrücker und nicht ausgebildete Kräfte im Pflegedienst zum Beispiel die Forderung nach dem sozialen Friedensdienst. Was soll das sein?

Bisher haben zwei große Weltkriege stattgefunden, die Millionen von Menschenleben gekostet haben. Daraus hat sich der Gedanke des Friedensdienstes entwickelt. Man kann darunter verstehen eine antimilitaristische Arbeit, ständig Information über die Folgen von Kriegen, über Kriegsvorbereitungen, die ausufern in Kriege, und letztendlich dadurch vielleicht die Verhinderung von Kriegen.

Wie stehen die Zivildienstleistenden zum Kampf der Beschäftigten im öffentlichen Dienst?

Wir unterstützen die Forderungen, ich hoffe doch, daß wir sie unterstützen. Man muß sich die Situation vor Augen halten. Die Zivildienstleistenden werden häufig auf Planstellen eingesetzt, verrichten häufig die Arbeit von festangestellten Kollegen, werden aber viel niedriger besoldet für ihre Arbeit. Klar ist, daß wir dadurch einen Lohndrückerstatus haben. Die festangestellten Kollegen wissen genau, daß wir praktisch ihre Arbeit übernehmen und machen können. Das ist natürlich ein geeignetes Mittel, eventuelle Maßnahmen der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, wie Streiks, zu unterbinden. Indem man einfach Zivildienstleistende schlechter besoldet oder bezahlt. Wir erheben auch die Forderung nach Aufnahme in die Tarifverträge – also nicht Lohnfortzahlung –, um damit die Möglichkeit des Einsatzes als Streikbrecher und Lohndrücker auszuschließen.

Wie stehst Du zu dem Brief, den Beschäftigte der Uniklinik an Maihofer geschrieben haben und in dem sie 220 DM Lohnerhöhung gefordert haben?

Diesen Brief finde ich sehr positiv. Er zeigt vor allem Dingen deutlich, daß die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ähnliche Forderungen haben wie wir. Den ständigen Lohndruck endlich aufzuheben und vernünftige Gehälter und Löhne zu bezahlen. Bei uns ist ähnliches. Wir haben die Unterbringung in Kasernen, wir haben gegen Sold, wovon man kaum leben kann, und fordern auch die Übernahme in die Tarifverträge, weil wir im öffentlichen Dienst tätig sind wie auch die festangestellten Kollegen. Man

öffentlichen Dienst tätig sind wie auch

die festangestellten Kollegen. Man kann die Maßnahmen der Beschäftigten gegen den Lohndruck sehen und die Maßnahmen der Zivildienstleistenden gegen den Lohndruck, insofern kann man die Forderungen ohne weiteres unterstützen und sollte in der Richtung auch zusammen Aktionen durchführen und sich zusammenschließen.

Was hältst Du von den Forderungen der Soldaten- und Reservistenkomitees nach dem Recht auf jederzeitige Kündigung und nach dem Recht, jederzeit den Wehrdienst zu verweigern?

Mir scheint die Forderung vielleicht ein bißchen zu illusionär. Weil ich der Ansicht bin, daß man die Forderung sehr schlecht durchsetzen kann. Ich bin eher der Ansicht, daß es Aufgabe der Zivildienstleistenden sein sollte, daß man versuchen sollte, den Versuchen der Regierung, das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung einzuschränken oder abzubauen, daß man solchen Versuchen entgegentreten sollte. Ich sehe mehr Möglichkeiten, indem man das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung wahrnimmt und versucht, eine Alternative aufzubauen zum Militär, Friedensdienst aufzubauen. Die Forderung für Recht auf Kündigung etwa ist illusionär. Ich finde das nicht gut.

„Ein bißchen" borniert wird es nicht gehen
Die Zivildienstleistenden müssen sich mit den Soldaten zusammenschließen

Die Zivildienstleistenden müssen sich mit den Soldaten zusammenschließen!

Wer ist nicht dafür, daß sich die Zivildienstpflichtigen wehren gegen die Kasernierungspläne und gegen ihre Entrechtung? Zweifellos wird man ihre Demonstration am 28. Januar in Dortmund unterstützen, und sicher werden gerade die Soldaten- und Reservistenkomitees diese Demonstration unterstützen. Über die falschen Ideen mancher Zivildienstleistenden braucht man deshalb noch lange nicht begeistert zu sein. „Die Forderung für Recht auf Kündigung etwa ist illusionär. Ich finde das nicht gut", sagt der Vertrauensmann der Zivildienstleistenden an der Kölner Universitätsklinik am Ende des Interviews. Viele Zeitsoldaten und Polizisten finden die Forderung dagegen notwendig. Illusionär ist der Glaube, den Kampf gegen die Entrechtung im Zivildienst führen zu können und um die Unterstützung des Kampfes der Soldaten, aber auch der Zeitsoldaten und einfachen Polizisten herumzukommen. Diese Illusion aber zieht sich wie ein roter Faden durch das Interview. Den Zivildienstleistenden wird die Bourgeoisie auf die Dauer kein besseres Schicksal bereiten als den Soldaten, der großen Masse der Dienstverpflichteten. Der Zivildienst ist bloß der zivile Abklatsch des Wehrdienstes in der imperialistischen Armee. Wie will man den Abklatsch bekämpfen, wenn man dem Kampf gegen das Original ausweichen will? Es geht nicht. Lohnfortzahlung, Recht auf jederzeitige Verweigerung, Kündigungsrecht sind Forderungen, die sich gegen die Dienstverpflichtung durch den bürgerlichen Staat richten. Also können sich alle Dienstverpflichteten hinter diesen Forderungen zusammenschließen und die Unterstützung der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen finden, gegen die sich Armee wie Zivilcorps richten. Als Kampfmittel den Auszug aus der einen Dienstverpflichtung in die andere anzubieten, kann nicht richtig sein. Mit dem Grundgesetz gegen das Grundgesetz zu kämpfen und den Wehrdienst durch Friedensdienst unter der Fuchtel Ivens als Alternative ersetzen zu wollen, heißt den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Als ob ausgerechnet solcher Friedensdienst den Frieden retten könnte. Die Arbeiterklasse muß die Waffen beherrschen, d.h. die politische Macht haben, und um die politische Macht zu erobern, muß man die Waffen benutzen können. „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen", ist das illusionär? Das chinesische Volk hat sich nach dieser Devise die Imperialisten vom Leib geschafft und den Frieden erkämpft. Die Alternative zum Wehrdienst in der imperialistischen Armee ist noch auf einige Zeit der Dienst in der Volksmiliz. Aber dafür muß die Arbeiterklasse erst die Macht erobern. Es ist sicher richtig, daß die unterschiedlichen Forderungen der SRKs und mancher Zivildienstleistenden aus diesen wesentlichen Meinungsverschiedenheiten herrühren. Daß man sich im Kampf gegen die Entrechtung im Zivildienst mit den Soldaten zusammenschließen muß, könnte dennoch einleuchten. Darüber muß man auf der Dortmunder Demonstration sprechen. – (Z-Red.)

Gewerkschaft der Polizei will in den DGB

Die Bourgeoisie will die Einheitsgewerkschaft zerschlagen. Die Arbeiterklasse jedoch kann den Eintritt der GdP in den DGB nutzen.

Die Bourgeoisie will die Einheitsgewerkschaft zerschlagen. Die Arbeiterklasse jedoch kann den Eintritt der GdP in den DGB nutzen

Die Gewerkschaft der Polizei wird auf einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz Ende Februar 1978 darüber entscheiden, ob sie einen Antrag auf Beitritt in den Deutschen Gewerkschaftsbund stellt. Vorausgegangen sind dieser Entscheidung Gespräche mit der ÖTV im Mai, Juli und Dezember des letzten Jahres. Die Bourgeoisie presse, voran die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", verhandelt die Angelegenheit erstens, als sei sie bereits beschlossen, und zweitens wohlwollend.

Daß die GdP in den DGB will, zeigt den starken Willen der Masse der Polizeibeamten nach Zusammenschluß im DGB. Von seiten der Bourgeoisie und der Führung der GdP soll der Eintritt zur Spaltung und zum Angriff auf die Einheitsgewerkschaft genutzt werden.

Die GdP umfaßt heute 140 000 Mitglieder. Ihre Gründung 1950 war von Anfang an ein Spaltding, ähnlich der Gründung der Deutschen Angestellten Gewerkschaft und des Beamtenbundes, gerichtet gegen die Einheitsgewerkschaft. Auf der 25jährigen Jubiläumsfeier hat die GdP noch einmal betont, daß sich bei ihr „die Vorstellung verbindet, selbst angesprochen worden zu sein als Garanten dafür, daß unser freiheitlich-demokratischer und sozialer Rechtsstaat nicht unterwandert werden kann. Polizeibedienstete in der Gewerkschaft nehmen es ernst mit der Aufforderung, Hüter der Demokratie zu sein." (Aus: 60 Jahre Gewerkschaftsarbeit für die Polizei) Dem entspricht es, wenn es zu den Zielen der GdP gehört, für die „Hebung des Standesansehens und der Wertschätzung der Polizeibeamten" zu sein und für Beamtenrecht und gegen das Streikrecht der Polizei einzutreten. „Mit der in der Öffentlichkeit energisch vertretenen Auffassung, daß das Bundeskriminalamt bei der .. Unterbesetzung seine Aufgaben nicht erfüllen könne, beginnt die GdP ihre intensive Arbeit in diesem Bereich. Sie hat dazu geführt, daß das Bundeskriminalamt zur gut ausgerüsteten und besetzten Zentralstelle der Verbrechensbekämpfung wurde..." (Aus: Wiederbeginn 1945, Geburtstag der GdP 1950) Ersichtlich, daß die Führung der GdP die Masse der Polizeibeamten eng den Interessen der herrschenden Klasse verpflichten will. Das entspricht ihren Vorläufern. Schon 1913 hatte die Berliner Schutzmannschaft in ihrer Vereinssatzung als satzungsmäßigen Zweck aufgeführt:

„Pflege der königstreuen Gesinnung, Pflege der Kameradschaft und Geselligkeit, Förderung des Staatsansehens..."

Ersichtlich heute auch, worauf die Bourgeoisie mit dem Eintritt der GdP in den Deutschen Gewerkschaftsbund hofft.

Die Arbeiterbewegung hat sich die Einheitsgewerkschaft 1945 erkämpft. Den Eintritt der GdP in den DGB sucht die Bourgeoisie für folgendes zu nutzen: Aufweichung der Einheitsgewerkschaft der Arbeiterklasse mit dem Ziel, diese zu zersetzen und gegebenenfalls zu zerschlagen. Die GdP-Führung hat erklärt, daß sie nur als eigene Polizeigewerkschaft in den DGB eintreten werde und daß sie nicht in die ÖTV gehen wird. Sie hat weiter erklärt, daß sie nur eintreten wird, wenn ihre eigene Finanz- und Satzungshoheit beibehalt. Die bereits in der ÖTV zusammengeschlossenen Polizeibeamten sollen in die GdP überwechseln. All das ist Schwächung der Einheitsgewerkschaft und läuft direkt den Bestrebungen der Arbeiterbewegung entgegen, Einzelgewerkschaften wie die GEW, GdED und Postgewerkschaft zugunsten einer einheitlichen Gewerkschaft aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten aufzulösen, um den Dienstherrn besser bekämpfen zu können. Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung von DGB und ÖTV haben dem spalterischen Ding offensichtlich nachgegeben. Alles düster für die Arbeiterbewegung? Keineswegs.

Beachten muß man folgendes: Die Bourgeoisie hat schon immer jeden gewerkschaftlichen Zusammenschluß gerade der Lohnabhängigen in ihren bewaffneten Formationen scharf bekämpft. Die Schutzmännervereine wurden trotz des zitierten Vereinsprogramms als hochverräterisches Unternehmen verboten, weil diese Vereine *vor allem* den Willen nach Zusammenschluß ausdrückten. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die imperialistischen Besatzer jegliche Koalition der Polizeibeamten verboten. Die Polizeibeamten ihrerseits haben 1945 auf Verbindung mit der Arbeiterbewegung gedrängt, indem sie sich den örtlichen Organisationen des Gewerkschaftsbundes anschlossen. Geht also die Bourgeoisie auf völlige Entrechtung und Isolierung ihrer bewaffneten Kräfte von der Arbeiterbewegung, so entspringt das Interesse der Masse der Polizeibeamten, sich mit der Arbeiterbewegung zu verbinden, ihrer Herkunft aus den Volksmassen und ihrem Dasein als Lohnabhängige. Für die Arbeiterbewegung bietet also der Eintritt der GdP in den DGB die Möglichkeit, die von der herrschenden Klasse geschaffene Abtrennung zu überwinden. Politisch wird das direkt die Funktionsfähigkeit des bewaffneten Gewaltapparates zersetzen. Die Einheit läßt sich herstellen im Lohnkampf, im Kampf um die Forderungen nach freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung im öffentlichen Dienst, für Lohnfortzahlung und jederzeitiges Kündigungsrecht. – (Z-Red.)

Fünf Beschäftigte der Krehlklinik Heidelberg für Lohnfortzahlung in der Armee

Heidelberg. „An das ÖTV-Magazin zur Veröffentlichung:

Liebe Kollegen!

Wir, Pfleger, Schwestern und Zivildienstleistende der Station Griesinger der Medizinischen Klinik Heidelberg haben uns über die anstehenden Tarifauseinandersetzungen unterhalten und diskutierten dabei den Beschluß des Bundestages, den Sold der Wehrpflichtigen um 1 DM täglich zu erhöhen. Diese Erhöhung ist so gut wie nichts, dies sehen wir an der Lage der bei uns im Klinikum beschäftigten Zivildienstleistenden. (...) Zusätzlich zu dem materiellen Druck kommt die Rechtlosigkeit der Soldaten wie auch der Zivildienstleistenden. Sie sind weder durch den Personalrat vertreten, noch können sie sich in der Gewerkschaft organisieren.

Angesichts der Auseinandersetzung, die uns Beschäftigten im Öffentlichen Dienst bevorsteht, um die 7,5%, die der ÖTV-Hauptvorstand als Forderungsvorschlag aufstellte, durchzusetzen, ist es notwendig, daß die Zivildienstleistenden, wie auch die Soldaten, sich mit uns solidarisieren und mit uns Aktionen durchführen können. Denn für uns ist es notwendig, daß wir uns zusammenschließen in der Gewerkschaft und für einen ausreichenden Lohn eintreten. Genauso ist es für die Soldaten und Zivildienstleistenden notwendig, daß sie während dieser Zeit einen ausreichenden Lohn erhalten und sie sich dazu in der Gewerkschaft zusammenschließen.

Deshalb halten wir es für richtig, daß die ÖTV für folgende Forderung eintritt:

Volle Lohnfortzahlung während der Militär- und Zivildienstzeit! Freie politische und gewerkschaftliche Rechte für Soldaten und Zivildienstleistende! Vertretung der Zivildienstleistenden durch den Personalrat!

Mit freundlichen Grüßen

Pfleger, Schwester und Zivildienstleistende der Station Griesinger."

Neuregelung des Dienstausgleichs ab 1.1.1978

Flensburg, Friesenkaserne. Ein Soldat, dem seine Freizeit für die Erhaltung seiner Arbeitskraft am Wochenende, d.h. zur Erholung und „Schaffung der Kampfkraft" dienen soll, gestohlen wird, soll ab 1.1.78 für 24 volle Dienststunden Samstag/Sonntag nur einen halben Tag Dienstausgleich erhalten. Folgendes Punktesystem führt dazu:

Punktetabelle: 9 Punkte gleich einen halben Tag freitag nachmittag; achtzehn Punkte gleich einen Tag, Freitag nachmittag und Freitag morgen; 40 Punkte gleich eineinhalb Tage frei; 40 Punkte gleich zwei Tage, Freitag und Montag; 50 Punkte gleich zweieinhalb Tage; 60 Punkte gleich drei Tage. Gleichzeitig dazu die Bundeswehr – Anmerkung: „Dienstausgleich dient zur Erledigung weitgehend persönlicher Angelegenheiten (Paßänderung, Familienangelegenheiten)." Die zweite Äußerung: „Anspruch auf Dienstausgleich besteht aber nicht."

Die Punkte für den Soldaten kommen so zustande:

Zusätzliche Wache Freitag/Samstag: 7 Punkte;

Wache Samstag/Sonntag: 9 Punkte;

Wache Sonntag/Montag: 3 Punkte;

Gefreiter vom Dienst (GvD) Freitag/Samstag: 5 Punkte, Samstag/Sonntag: 7 Punkte, Sonntag/Montag: 2 Punkte;

Kraftfahrer vom Dienst (KvD): Freitag/Samstag: 1 Punkt, Samstag/Sonntag: 5 Punkte, Sonntag/Montag: 4 Punkte;

Feuerwache/Bereitschaft: 5 Punkte für 24 Stunden;

Befreiung von der Nachtausbildung: minus 5 Punkte;

dienstliche Haltung, Leistung: plus 5 bis minus 5 Punkte;

Fachdienst, Innendienst wie Reparaturarbeiten usw.: plus 10 bis minus 10 Punkte;

besondere Belastungen, Leistungen: bis plus 10 Punkte;

250 bis 400 km Entfernung vom Standort: plus 10 Punkte im Quartal; mehr als 400 km: plus 12 Punkte im Quartal.

Verschärfte Schikane und Kontrolle von Reservisten

Mannheim. Anfang Dezember bekam ein Reservist in Mannheim morgens um 5.30 Uhr ein Telegramm. Er solle sofort die Fahrt in die angegebene Kaserne antreten zu einer mehrtägigen Reservistenübung. Die Fahrkarte war beigelegt. Unverzüglich, ohne noch irgendwelche Erledigungen treffen zu können, sollte er der Reservistenausrüstung antreten.

Der Reservist fuhr sofort los, und als er in der Zielkaserne ankam, wurde ihm mitgeteilt, er könne wieder heimfahren, es hätte nur überprüft werden sollen, ob solcherlei Anordnungen auch sofort durchgeführt werden.

Verspätete Entlassung der Kompanie zurückgeschlagen

Neustadt. In der 2./62, wo der Kp-Chef Hauptmann Walter den Vertrauensmann der Mannschaften wegen eines Arrests abgesetzt hatte, haben 97 von 127 Soldaten eine Erklärung gegen die Absetzung geschrieben.

Der Kompaniechef hat alle Soldaten verhört. Weil die Soldaten die Initiatoren der Sammlung nicht verraten haben, hat er gedroht, daß alle „Reservisten" statt am 22.12. erst am 31.12. entlassen werden.

Weitere Ausdehnung der Streiks der US-Kohlebergarbeiter – Streikbruch der Gewerkschaftsführung?

Der Streik der Kohlebergarbeiter in den USA (vgl. KVZ 50, 51 und 52/77) wird weiter ausgedehnt. Mindestens ein Dutzend Gruben, in denen bisher die Kapitalisten die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter verhindern konnten und die sie zum systematischen Streikbruch einsetzten, mußten die Produktion einstellen, nachdem Streikpostenkolonnen aus anderen Minen mit den Arbeitern dort Verbindung aufgenommen und den Betrieb dichtgemacht haben. Eine Brükke, über die Streikbrecherkohle abtransportiert wurde, wurde in Ost-Kentucky gesprengt. In vielen Streikbrecher-Betrieben klagen die Kapitalisten über Sabotage der zur Arbeit Gezwungenen.

In Anbetracht dieser Lage intensivieren die Kohle-Kapitalisten ihre Bemühungen, mit der reformistischen Gewerkschaftsführung zu einem Abschluß zu kommen. So soll sie zugestimmt haben, daß in Zukunft die einzelnen Gewerkschaftslokale kein Streikrecht mehr haben sollen, daß „unautorisiert" streikende Arbeiter mit Lohnabzügen oder Entlassung bestraft werden können und daß die Zahlungen der Kapitalisten an den Kranken- und Rentenversicherungszusatzfonds reduziert werden, somit auch die Leistungen dieses Versicherungsfonds. Über den Stand der Lohnverhandlungen verlautet nichts, was gleichfalls zu Befürchtungen Anlaß gibt. Angesichts des sich anbahnenden Streikbruchs der reformistischen Gewerkschaftsführer fühlen sich die Kohle-Kapitalisten ermuntert, für den 1. Februar die vollständige Sperrung aller Rentenauszahlungen anzukündigen, also die alten Arbeiter Hunger und Kälte auszuliefern, wenn die Streikenden nicht im Januar spätestens zu Kreuze kriechen. Dafür gibt es jedoch keine Anzeichen, im Gegenteil.

Kanadische Uranlieferungen nach Europa

Ende 1976 stellte Kanada die Uranlieferungen nach Europa ein. Ab 1978 werden sie wieder aufgenommen. Die Liefereinstellung, wir haben davon berichtet, wurde von den USA erzwungen, als Druckmittel, um das Reaktorgeschäft der BRD-Imperialisten mit Brasilien zum Scheitern zu bringen. Die US-Monopole beherrschen die kanadische Produktion, an 49% der großen kanadischen Bergbaufirmen sind sie z.B. beteiligt.

Zur Durchsetzung des imperialistischen Energieprogramms benötigt die BRD das kanadische Uran. Vor dem Lieferstopp bezog die BRD 90% des benötigten Naturans aus Kanada. Also mußte Kanada zum Liefern gebracht werden. Kanzler Schmidt flog im Juli 1977 hin. Vermutlich erinnerte er Ministerpräsident Trudeau daran, daß Kanada ca. 20% seines Außenhandels mit der BRD tätigt (viertgrößter Handelspartner) und hoch verschuldet ist. Auch wird er darauf hingewiesen haben, daß die BRD in Verhandlungen mit Australien um Uranlieferungen steht und anstrebt, um ähnliche Auseinandersetzungen wie mit Kanada zu vermeiden, sich direkt am Abbau zu beteiligen. Australien soll anders keinen Zugang zum europäischen Agrarmarkt erhalten.

Ergebnis der Verhandlungen mit Trudeau jedenfalls war, daß bekanntgegeben wurde, der Grundstein für neue Lieferungen ab 1978 sei gelegt. Kanada wolle seine Uranförderung bis 1984 verdoppeln (1977: 6100 t) und müsse 80% davon eh exportieren. Am 20.12.77 unterzeichneten die EG-Außenminister einen Liefervertrag mit dreijähriger Laufzeit über die Lieferung von 8000 t Uran.

Fischereiabkommen Schweden/Sowjetunion um Fangrechte und -mengen in der Ostsee

Am 22. Dezember haben die Sowjetunion und Schweden ein Abkommen über den Fischfang in der Ostsee unterzeichnet. Die Sozialimperialisten haben gegen die 200 Meilen-Zone erbittert gekämpft. Inzwischen haben sie sie für die Fischerei anerkennen müssen. Für die eigene Fischerei haben sie sodann die 200 Seemeilenzone durch Erlaß eingeführt. Die Absicht dieses Erlasses ist die Ausplünderung der Fischgründe fremder Länder sowie die „Reinhaltung" der eigenen Zone zum hemmungslosen Raubbau an den Fischbeständen. Der Erlaß „erlaubt" fremden Fischern den Fang in der sowjetischen 200 Meilen-Zone, falls die optimale Fischfanggrenze die Kapazität der sowjetischen Fischerei übertreffen sollte. Entscheidend ist, daß die Sozialimperialisten es umgekehrt genauso treiben wollen. Mit dem Abkommen mit Schweden haben sich die Sozialimperialisten den Fischfang in der Fischereizone Schwedens erzwungen. Schweden hat eine Fischereizone nach dem „Mittellinienprinzip" errichtet, das zur Abgrenzung von Wirtschaftszonen angewendet wird, wenn das Meer der Anliegerstaaten so klein ist, daß die Durchführung der 200 Meilen-Seezone nicht möglich ist. Das ist bei der Ostsee der Fall. In dem Abkommen haben sich die Sozialimperialisten das „Recht" erpreßt, nächstes Jahr 10000 Tonnen Hering, 12000 Tonnen Sprotten und 1000 Tonnen Kabeljau aus der schwedischen Fischereizone zu fischen. Mit allen Mitteln wollen die neuen Zaren an der Ausplünderung der Reichtümer fremder Länder festhalten.

Beständige Einmischung der Imperialisten in der Türkei

Regierungskrise in der Türkei

Bei den Gemeinderatswahlen in der Türkei am 11. Dezember hat die regierende Gerechtigkeitspartei schwere Stimmenverluste erlitten, während die Republikanische Volkspartei unter dem früheren Ministerpräsidenten Ecevit gewonnen hat. In einem Kommentar zu den Auswirkungen dieser Wahlen fordert die „Süddeutsche Zeitung" am 13.12.77 einen Regierungswechsel:

„Angesichts der Vielzahl von innen- und außenpolitischen Problemen wäre eine von Ecevit geführte neue Regierung auf breitester Grundlage, etwa eine ‚Große Koalition', für die Türkei wohl dienlicher." Inzwischen sind durch den Fraktionswechsel von mindestens elf Abgeordneten der Gerechtigkeitspartei und durch die Abstimmung über einen Tadelsantrag gegen die Regierung im türkischen Parlament die parlamentarischen Voraussetzungen für einen Regierungswechsel geschaffen worden."

Gegenwärtig ist Ankara bei seinen Zahlungsverpflichtungen mit 2 Milliarden Dollar im Rückstand. Die Imperialisten, vor allem die beiden Supermächte, haben in den letzten Tagen Kredite in Milliardenhöhe für die Türkei angekündigt. Sie erwarten von der zu bildenden Regierung die Verwirklichung eines Programms rücksichtsloser Ausbeutung und Ausplünderung der türkischen Volksmassen. Sie benutzen diese Kredite als Waffen im Kampf um die Vorherrschaft über die Türkei.

Die Industrialisierung der Türkei unter dem Kommando des imperialistischen Kapitals zielte ausschließlich darauf ab, die reichen Bodenschätze und landwirtschaftlichen Rohstoffe zu plündern und die türkischen Arbeitskräfte in einer reinen Montageindustrie auszubeuten. Trotz ihrer großen natürlichen Reichtümer ist die Türkei in der Energieversorgung, in den Investitionsgütern und auch in den meisten industriellen Konsumgütern auf Importe angewiesen. (Siehe KVZ Nr.47/77 und Nr. 39/77).

Die Zahlungsunfähigkeit der Türkei für die von den Imperialisten gelieferten Waren, die Unterbrechung der Lieferungen durch die Imperialisten unter anderem in der Energieversorgung führten während des Frühjahrs und der Sommermonate zum Zusammenbruch großer Teile der Industrie. Die Stromversorgung in den großen Industriezentren war wochenlang unterbrochen. Zahllose kleine und mittlere Betriebe gingen bankrott. Aber auch große direkt vom imperialistischen Kapital betriebene Fabriken wurden ganz oder vorübergehend geschlossen wie die Autofabrik Totas, die den PKW Murad in Lizenz für Fiat baut. Die Arbeitslosigkeit stieg sprunghaft um eine Million auf drei Millionen Arbeitslose. Die Inflationsrate betrug 1977 rund 50%. Das Türkische Pfund wurde während des Jahres mehrfach abgewertet, und insbesondere die Preise der großen staatseigenen Industrien wurden mehrfach und teilweise bis zu 150% erhöht.

Die Hauptsorge der Imperialisten wie der türkischen Kapitalisten in dieser schweren Krise war die Senkung der Löhne und die Verschärfung der Ausbeutung. „Es muß damit gerechnet werden, daß im Laufe des Jahres 1977 die Löhne bis auf 100 Pfund im Durchschnitt steigen, da bereits die Tagelöhner in der Landwirtschaft diesen Lohn erhalten." (Blick durch die Wirtschaft, 4.3.77) Ein Türkisches Pfund entsprach 1976 0,16 DM. Vergeblich versuchte die türkische Bourgeosie, einen Lohnstopp durchzusetzen und die Arbeiterbewegung mit Polizei- und Militärgewalt und dem Einsatz faschistischer Banden niederzuhalten. Am 24.6. mußte „Blick durch die Wirtschaft" berichten, daß die „Streikbewegung in der Türkei keineswegs nachläßt. Sie verschärft sich eher noch. Sogar staatliche Unternehmen werden bestreikt. Die Zahl der streikenden Arbeiter kann mit mehreren 100000 angenommen werden."

Seit September '77 verhandelt eine Delegation des IWF (Internationalen Währungsfonds) im Auftrag der US-Imperialisten und ihrer Verbündeten in der Türkei über eine „Sanierung" der türkischen Wirtschaft als Voraussetzung für einen Kredit von 450 Mio. Dollar. Der IWF stellt folgende Bedingungen:

– Weitere Abwertung des Türkischen Pfund um bis zu 25%, was Verteuerung der Lebenshaltungskosten für die Massen bedeutet;
– vorläufige Einschränkung der Investitionen auf solche, die rasch hohe Profite abwerfen, und Verzicht auf die Entwicklung einer türkischen Schwerindustrie,
– strikte Sparmaßnahmen im Staatshaushalt;
– Lohnstopp.

Die Verhandlungen sind bis heute nicht abgeschlossen. Zwei Gründe werden für diese Verzögerung genannt: Erstens, ein Teil der türkischen Bourgeoisie will auf keinen Fall auf den raschen Aufbau einer türkischen Schwerindustrie verzichten. Sie schlagen vor, die Voraussetzungen für das profitable Wirtschaften dieser Industrie durch die vollkommene Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterklasse und ihre Versklavung mit faschistischen Methoden zu gewährleisten. Zweitens, die türkische Bourgeoisie traut sich nicht, die geforderten einschneidenden Maßnahmen gegen die türkische Arbeiterklasse in offenem Angriff durchzuführen. Zur Forderung nach Lohnstopp hätten bis jetzt alle Teile der Regierung „nein" gesagt, berichtet „Blick durch die Wirtschaft" am 25.11. „Das vor allem wegen der Schwierigkeiten in sozialer Hinsicht, wenn es sich um Verhandlungen mit den Gewerkschaften handelt, die zum Teil Lohnerhöhungen bis zu 60% zuzüglich besonderer Zuwendungen fordern."

Die offizielle Zustimmung zum Programm des IWF wurde bis nach den Gemeinderatswahlen vertagt, um sie im Schutze des Manövers der Wahlen durchzusetzen. Gleichwohl waren Imperialisten und türkische Regierung nicht untätig. Die Abwertung des Pfundes ist bereits in mehreren Schritten bis zu 10% durchgeführt. Anfang Dezember hat eine Regierungskommission einen Plan erarbeitet, der die Bildung einer „Staatlichen Beschäftigungszentrale" vorsieht. Sie soll die ungelernten Arbeiter und die Millionen von Arbeitslosen zu „Bauarbeiten, Straßenbau, Waldarbeiten, Eisenbahnbau" zwangsverpflichten und als rechtloses Sklavenheer gegen die Arbeiterbewegung einsetzen (siehe Blick durch die Wirtschaft, 13.12.77). Das ist offensichtlich das wichtigste Ergebnis der monatelangen Verhandlungen des IWF. Die imperialistischen Bourgeoisien haben die IWF-Verhandlungen „als eine Initialzündung für weitere Kredite" betrachtet. Offensichtlich hat es gezündet. 346 Mio. Dollar haben verschiedene westeuropäische und japanische Kapitalisten in jüngster Zeit in der Türkei investiert.

Der Kampf um die Vorherrschaft über die Türkei spielt sich aber zwischen den beiden Supermächten ab. Ein Bankenkonsortium unter der Führung großer US-Banken verhandelt in der Türkei im Gefolge der IWF-Delegation über einen Kredit in der Höhe von mindestens 600 Mio. Dollar, um von den verbesserten Ausbeutungs- und Plünderungsbedingungen zu profitieren. Unmittelbar nach den Gemeinderatswahlen hielt sich der NATO-Oberkommandierende und US-General Haig in Ankara auf und hat erklärt, das Waffenembargo der USA gegen die Türkei nach der Zypernkrise habe nachteilige Folgen für die NATO gehabt. Die US-Imperialisten versuchen, die Türkei wieder uneingeschränkt als ihren Stützpunkt und als Aufmarschgebiet gegen die Sozialimperialisten und die Völker des Nahen Ostens zu gewinnen.

Den größten Raubzug aber hoffen die russischen Sozialimperialisten unter Ausnutzen der Krise der Türkei zu tun. Ebenfalls nach den Gemeinderatswahlen hat eine sowjetische Verhandlungskommission der türkischen Regierung Kredite über 15,4 Mrd. DM zum Bau und zur Weiterentwicklung von 10 großen Industrieprojekten vor allem im Bereich der Rohstoff- und Energiegewinnung zugesagt. Die politischen Bedingungen für die einzelnen Kredite und ihre Rückzahlung, wieweit die türkische Regierung Zugeständnisse an die militärischen Forderungen der Sozialimperialisten machen muß, das soll mit der neuen Regierung ausgehandelt werden.

Das Angebot der Sowjetunion steht im Widerspruch zur Forderung der IWF-Delegation, auf kostspielige und langfristige Investitionen zu verzichten. Scheinbar kommt es dem Bedürfnis der Türkei nach wirtschaftlicher Selbständigkeit entgegen. Tatsächlich hoffen die russischen Sozialimperialisten wie alle anderen Imperialisten auch, daß die jetzt zu bildende Regierung das vom IWF geforderte Ausbeutungs- und Ausplünderungsprogramm durchsetzen kann. Aus einem Bericht der staatlichen türkischen Eti-Bank geht hervor, daß das mit russischen Krediten und Maschinen gebaute Aluminiumwerk Seydisehir jährliche Verluste von 10 bis 14 Mrd. Türkische Pfund macht bei Einnahmen von kaum mehr als 600 Mio. Pfund. Die Sowjetunion läßt sich das Werk mit Aluminium zu Weltmarktpreisen bezahlen, während das in dieser Hütte mit der sowjetischen Ausrüstung produzierte Aluminium vielfach mehr als das Doppelte des Weltmarktpreises kostet. Die beiden Supermächte brauchen die Unterdrückung und schrankenlose Ausbeutung der türkischen Arbeiterklasse, um das Land vollständig ausplündern zu können. Beide Supermächte benutzen die Abhängigkeit und imperialistische Unterdrückung der Türkei, um sich das Land gegenseitig abzujagen. – (Z-Red.)

Die Sozialimperialisten erreichen ihre Planziele nicht

1978 zum „Jahr der Stoßarbeit" proklamiert

Die neuen Zaren in der Sowjetunion haben vor kurzem vor dem Obersten Sowjet die wirtschaftlichen Planungsziele für 1978 verkündet. Daraus ergibt sich, daß sie ihr Programm der imperialistischen Expansion und der Kriegsvorbereitung bei rückläufigen Wachstumsraten und Stagnation durch die Verschärfung der Ausbeutung der sowjetischen Arbeiterklasse durchsetzen wollen.

In der Landwirtschaft sind die Wachstumsraten seit der Wiederherstellung des Kapitalismus ständig gefallen, was zu ernsten Versorgungsschwierigkeiten für die Volksmassen geführt hat. Die Getreideernte des Jahres 1977 lag mit 195 Mio. Tonnen um 17 Mio. t unter dem angestrebten Planziel, das seinerseits bereits erheblich unter dem Planziel von 220 Mio. t lag, das als Jahresdurchschnitt im laufenden Fünfjahrplan 1975–1980 angegeben wird. In der Industrie werden die geplanten Wachstumsraten für 1978 zurückgesetzt, in der Schwerindustrie von 5,8% auf 4,5%, in der Leicht- und Konsumgüterindustrie um rund 1% auf 3,7%.

Das langsamere Wachstum der für die Versorgung der Volksmassen wichtigen Industriezweige zugunsten der Schwerindustrie, die die Grundlage für die Expansion und Kriegsvorbereitungen der russischen Sozialimperialisten bildet, bedeutet weitere Verschlechterung der Versorgungslage der Massen.

Bereits jetzt kündigte der sowjetische Planungsminister Baibakow vor dem Obersten Sowjet „Versorgungsengpässe" in der Textilindustrie und in der Fleischversorgung für 1978 an. Reduziert wurden auch die offiziell geplanten „Zuwachsraten für das Realeinkommen" von 3,8% auf 3%.

Als Gründe für diese Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Wirtschaft der Sowjetunion werden „schlechte Organisation", „mangelnde Ausnutzung der technologischen Verbesserungen" und „niedrige Arbeitsproduktivität" genannt. Angeblich sind in der Bauindustrie in den letzten Jahren 90 Mrd. Rubel nicht investiert worden, obwohl sie dafür vorgesehen waren „infolge schlechter Organisation". Das hatte schwerwiegende Auswirkungen auf die Investitionen in der Industrie. Die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion ist unfähig, die Produktivkräfte planmäßig zu entwickeln. Sie verschärft beständig die Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Plünderung der Massen, um ihre Profite zu steigern und sich auf Kosten der Massen zu bereichern.

Der Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung und gegen die Plünderung und Unterdrückung durch die neue Bourgeoisie nimmt erkennbar zu, und er wird 1978 angesichts der vom Obersten Sowjet verkündeten Maßnahmen zur „Steigerung der Arbeitsproduktivität weiter wachsen.

Wegen der rücksichtslosen Unterdrückung der Rechte der Arbeiterklasse ist dieser Widerstand noch zersplittert und wenig organisiert. Er äußert sich in vielfältigen Formen. Eine häufige Form des Protests ist das Schreiben von Beschwerden und Leserbriefen, worauf die neue Bourgeoisie sofort scharf reagiert. Seit Wochen zirkuliert in Moskau ein offener Protestbrief von 38 Arbeitern aus verschiedenen Städten der UdSSR, die gegen die verschärfte Ausbeutung und die schlechten Arbeitsbedingungen protestieren. Diese Arbeitergruppe sprach mit einem amerikanischen Journalisten, der in der „International Herald Tribune" vom 3./4.12.77 darüber berichtet.

Der Bergarbeiter aus dem Donbekken Wladimir Kelbanow, 45 Jahre alt, der Mitglied dieser Gruppe ist, geriet in Schwierigkeiten, als er sich als Vorarbeiter einer Schicht Sorgen um die Arbeitsbedingungen machte. Wegen des „unrealistisch hohen Plans" für die Kohleproduktion, sagte er, mußten die Kumpel in seinem Bergwerk 12 Stunden am Tag statt der normalen sechs arbeiten. Durch Unfälle werden jährlich in diesem Werk 12 bis 15 Arbeiter getötet und 600 bis 700 verletzt. Die Behörden verheimlichen so gut sie können die Arbeitsunfälle und weigern sich, die Ursachen zu untersuchen. Weil sich Wladimir Kelbanow beschwerte, wurde er nach 16jähriger Arbeit in diesem Bergwerk entlassen und anschließend viereinhalb Jahre in ein psychiatrisches Spital gesteckt.

Ein anderes Mitglied der Gruppe, Nadeshda Kurakina, hatte 25 Jahre als Kellnerin in einem Restaurant in Wolgograd gearbeitet, das von der örtlichen Parteiorganisation geführt wird. Sie fand heraus, daß der Verwalter Geschirr stahl, von dem er behauptete, es sei von den Kellnerinnen zerbrochen worden. Diese mußten dann für den Schaden mit Lohneinbußen aufkommen. Kurakina schrieb Briefe an die Behörden, auf die sie keine Antwort erhielt, und beschwerte sich dann auf einer Versammlung der Angestellten des Restaurants. Sie wurde entlassen, und auch ihr Mann verlor seine Arbeit. Der Parteisekretär der Region Wolgograd weigerte sich, sie zu empfangen. Sie verlor ihre Rentenansprüche und die Möglichkeit, eine andere Arbeit zu finden. Wie in allen solchen Fällen wurde ihre Entlassung in ihrem „Arbeitsbuch" vermerkt, einem Dokument, das sie vorweisen muß, wenn sie sich um eine neue Stelle bewirbt.

Planungsminister Baibakow hat in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet Lohnerhöhungen von durchschnittlich 2,2% für das Jahr 1978 angekündigt. Die letzte Löhnerhöhung im Dezember 1977 kam lediglich jedem 12. sowjetischen Arbeiter zugute. Gleichzeitig wurden kaum verhüllt Preiserhöhungen angekündigt. Aus Anlaß der Verkündung des Plans für 1978 hat das ZK der revisionistischen KPdSU einen Erlaß verabschiedet, in dem die Arbeiterklasse zur „Erfüllung und Übererfüllung" des Planes für 1978, „zur Beschleunigung des technischen Fortschritts", zur „gezielteren Nutzung der Investitionen" und zur „Erhöhung der Produktionsqualität und der Rentabilität" aufgefordert wurde. Das Jahr 1978 wurde zum „Jahr der Stoßarbeit" erklärt. Durch kampagnenmäßige Erhöhung des Arbeitstempos, mit „materiellen Anreizen", d.h. durch die Spaltung der Arbeiterklasse mit Prämien und Stücklohn, und nackter Gewalt, mit „freiwilligen" Sonderschichten, Überstunden und Arbeitseinsätzen ohne Lohn, mit der Steigerung der Auspressung unbezahlter Arbeit in riesigem Ausmaß will die neue imperialistische Bourgeoisie in der Sowjetunion ihre Profite in diesem „Jahr der Stoßarbeit" steigern. – (Z-Red.)

Irland: „Antiterrorgesetze" nützen den britischen Imperialisten nichts

Kurz bevor der britischen Premierminister Callaghan am 21.12. in Nordirland war, um Stärke zu zeigen und die Moral der eigenen Truppen in der Kolonie zu heben (siehe KVZ Nr. 52), hat die britische Bourgeoisie eine Terrorwelle über Nordirland begonnen.

Herausragendes Ereignis war die Durchsuchung der Parteibüros und der Zeitungsredaktion der Provisional Sinn Fein Partei in Belfast und ihrer Zeitung „Republican News". Die Belfaster Führer der Provisional Sinn Fein wurden bei der Durchsuchung verhaftet, insgesamt 15. Auf Grundlage des Paragraphen 12 des britischen „Antiterrorgesetzes" konnten sie verhaftet und eine Woche ohne Anklage festgehalten werden. Ob inzwischen Anklage erhoben wurde, ist nicht bekannt, wie überhaupt die Bourgeoisie versucht, Stille in der Berichterstattung über diesen Fall herzustellen.

Die gesamte Ausrüstung der Redaktion der „Republican News" wurde beschlagnahmt. Die Druckerei in Lurgon wurde ebenfalls durchsucht, die Druckmaschinen beschlagnahmt, Fahrer und Drucker nach dem „Antiterrorgesetz" in Haft genommen.

Bestandteil der Terrorisierung der Volksmassen in Nordirland durch die britischen Kolonialisten ist auch die Ermordung eines 18jährigen durch einen Offizier des militärischen Geheimdienstes. Er war Mitglied einer Partei, die für die Unabhängigkeit von Großbritannien eintritt. Das Begräbnis Colm McNutts wurde mit 4000 Teilnehmern zu einer Demonstration der Volksmassen in Derry gegen die britischen Imperialisten. Gewählte Vertreter alle Betriebe aus Derry waren unter den Demonstranten.

Ans Licht gekommen sind jetzt die Bedingungen in den KZs der britischen Imperialisten für Häftlinge aus Nordirland. Die Regierung der Republik Irland hatte vor dem „Europäischen Menschenrechtsgerichtshof" in Straßburg gegen die britische Regierung wegen dieser Folterungen geklagt. Die Untersuchungen haben von April bis Dezember gedauert, das Ergebnis wird im Januar veröffentlicht. Dauerndes Wachhalten durch speziell konstruierte Lärmmaschinen bis zum 16stündigen Stehen an der Wand, Zusammenschlagen, wenn der Häftling zusammenklappt. Es fehlt nichts darunter, was die britischen Imperialisten sich im Verlauf ihrer langen Kolonialgeschichte an Grausamkeiten gegen die irischen Volksmassen ausgedacht haben.

Die IRA hat nach den Angriffen der britischen Imperialisten erklärt, in diesem Jahr nicht den sonst üblichen Waffenstillstand während der Weihnachtstage durchzuführen. Die Zahl der Bombenanschläge hat zugenommen. Seitdem die Feuerwehrleute streiken und die Armee die Feuerbekämpfung durchführt, werden vor allem Brandbomben gegen Kaufhäuser, Lagerhallen usw. benutzt. Die Armee hat kaum Aussichten, durch Feuerlöschung viel zu erreichen.

Das Problem der schlechten Moral in der britischen Armee, gerade in Nordirland, macht nicht halt vor dem Offizierskorps. Es fehlt an Freiwilligenmeldungen. In ganzseitigen Anzeigen der Armee zur Offiziersgewinnung im Dezember heißt es darum auch offen: „In zwölf Monaten könnten Sie auf den Straßen Belfasts stehen, Männer könnten auf Sie schießen, Frauen Sie verwünschen, Kinder Backsteine nach Ihnen werfen." *Warum* der Bourgeoisnachwuchs dies auf sich nehmen solle, erklären die Bourgeois, die im weiteren Verlauf der Anzeige zu Wort kommen: Es sei sehr leicht nach dieser Zeit in der Armee, „ins Geschäftsmanagement zu wechseln". – (Korrespondentenbericht London)



Die Admiral-Nelson-Säule in Dublin, Symbol des britischen Imperialismus, im März 1966 gesprengt

Mit dem Nordseeöl wollen die britischen Imperialisten ihre Vorherrschaft in der EG fördern

„Soweit die Ölfelder der Nordsee heute bekannt sind, machen sie zwar nur etwa 1% der gesamten nutzbaren Welt-Erdölvorräte aus. Sie haben jedoch zwei maßgebliche Vorteile gegenüber einigen reicheren Erdölgebieten: Erstens liegen sie nahe einem der vier bedeutendsten Industriegebiete, und zweitens sind die politischen Beziehungen zwischen den angrenzenden und kontrollierenden Mächten relativ ausgeglichen und stabil – wenigstens zur Zeit." Das schrieben Vertreter der Ölkonzerne vor vier Jahren. „Politisch stabil" meint die gemeinsame Front gegen die OPEC-Länder, die durch umfangreiche eigene Förderung zur Preissenkung gezwungen werden sollten. Sie ließen sich nicht erpressen.

Heute ist die schnellstmögliche Steigerung der Nordseeproduktion das erklärte Ziel der Erdölkonzerne und der britischen Regierung. Mobil Oil hat in einer Serie von ganzseitigen Zeitungsanzeigen erklärt, welche Investitionen dafür notwendig sind. „Das Nordsee-Öl ist Britanniens Zukunft", erklärt die Regierung Callaghan und weist auf den Handelsbilanzüberschuß hin, den Großbritannien durch das Öl im November 1977 erstmals seit langer Zeit wieder erzielen konnte.

Die britischen Imperialisten haben in einer kräftigen Ölförderung eine Stütze für ihre Bemühungen gefunden, dem alten imperialistischen Glanz neue Frische zu verleihen. Ihre imperialistischen Konkurrenten hatten die britische Bourgeoisie in schwere Bedrängnis gebracht. Unvergessen ist, daß die Labour-Regierung Ende 1976 der Errichtung des EG-Meeres zustimmen mußte. In dieses gemeinsame Fischereigebiet der EG hat Großbritannien den größten Anteil eingebracht – zusammen mit Irland 80%. Die schwache wirtschaftliche Position der britischen Bourgeoisie konnten die BRD-Imperialisten damals nutzen, sich den Zugang zu diesen Fischgründen zu sichern. Die Bundesregierung „half" der britischen Bourgeoisie durch Kreditzusagen, ihren Widerstand aufzugeben. So hatte sie dem westdeutschen Kapital gleich noch Zinsgewinne aus der Ausbeutung der britischen Arbeiter gesichert.

Mit dem Nordsee-Öl, so hofft die britische Bourgeoisie, soll sich das Blatt wenden. Landwirtschaftsminister Silkin schlägt auf den Sitzungen der EG in Brüssel schon wieder einen anderen Ton an. Auch wenn es jetzt das EG-Meer gibt, erklärt er dort, werde Großbritannien sich nicht daran hindern lassen, um seine Küste herum eine 50-Meilen-Zone zu errichten, die seinen Fischern vorbehalten bleibt.

Das soll zeigen: Mit dem Schwächeanfall des britischen Imperialismus sei es vorbei. Wer immer in der EG die Führung erobern will, er muß wieder mit Britanniens Anspruch auf Weltgeltung rechnen.

Doch die Konkurrenz schläft nicht. Schon vor über einem Jahr haben sich die BRD-Kapitalisten mit der Deminex-Fördergesellschaft in das Nordsee-Öl-Geschäft eingekauft, je nach Gebiet zwischen 42,5 und 50%. Und noch eine Schwierigkeit entsteht der britischen Bourgeoisie: „Es ist Schottlands Öl!" An allen schottischen Straßenkreuzungen, an Häuserwänden, Weidezäunen und Bauernhöfen ist diese Parole inzwischen zu lesen. Zweifellos befinden sich die meisten Fördertürme im schottischen Teil der Nordsee, und die kleinbürgerlich-radikale Schottische Nationalpartei hat mit dieser Parole eine Kampagne entfacht, mit der sie in Schottland inzwischen zur drittgrößten Partei geworden ist.

Die Labour-Regierung versucht, der wachsenden nationalen Bewegung Herr zu werden, indem sie die gesetzliche Grundlage für ein eigenes schottisches Parlament geschaffen hat. Auf den Shetlands, einer Inselgruppe nördlich von Schottland, haben die Ölkonzerne sich das Recht, einen Mammut-Ölhafen mit riesigen Ölleitungen durch die traditionellen Fischgründe der Shetlands anzulegen, durch umfangreiche Zahlungen an die Selbstverwaltungsbehörden der Shetlands erkauft. Die Ruinierung der Shetlands wird damit beschleunigt. – (Korrespondentenbericht Liverpool)

Streikkämpfe der Arbeiter in den skandinavischen Ländern

Dänemark

Gewerkschaftsführung, Regierung und Kapitalistenverband haben zentrale Tarifabsprachen getroffen, die einem Lohnstopp gleichkommen. Seit September finden Kämpfe um Lohnerhöhung auf lokaler Ebene statt. Fast alle Betriebe, die Forderungen aufstellen und dafür in den Streik treten, fordern Erhöhungen in Festgeld. Eine Reihe von Streiks werden auch gegen geplante Stillegungen von Betrieben und gegen Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt.



Anfang Oktober legen die 250 Mechaniker der Ford-Werkstätten in Kopenhagen die Arbeit für 5 Kronen mehr in der Stunde nieder. Die Arbeiter einer der Werkstätten setzen die Aktionen bis in den Dezember hinein fort. Am 9.11. rufen die Arbeiter zu einer Protestversammlung auf, der sich rund 100 Arbeiter aus umliegenden Werkstätten und die Gewerkschaftliche Abteilung von arbeitslosen Kollegen anschließen (siehe Bild). 36 Arbeiter werden daraufhin als „Rädelsführer" entlassen, wogegen eine breite Protestbewegung einsetzt. Nach einer Demonstration am 28.11. und weiteren Aktionen im Dezember werden die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt und eine Lohnerhöhung von rund drei Kronen von den Kapitalisten erzwungen.

Am 6.10. Streik der 170 Schauerleute im Hafen von Esbjerg gegen eine neue Regelung der Fischkonserven- und Fischmehlfabriken, die auf Rationalisierung und Lohnraub hinauslief. Volle Durchsetzung der Forderungen trotz Einsatz von Streikbrechern und Polizei.

Am 10.10. streiken die Arbeiter der Dannebrog-Werft in Aarhus für Lohnerhöhung von 1,50 Kronen in der Stunde. Der Streik dauert drei Wochen, dann gelingt es der revisionistischen dänischen KP, die Front zu zerschlagen. – Mitte Oktober streiken die 50 Mechaniker der Firma Maersk in Kopenhagen gegen Rationalisierungsmaßnahmen: Statt einer halbstündigen Sicherheitskontrolle durch die Flugzeugmechaniker soll die Boeing 737-200 in fünf Minuten von den Piloten selbst kontrolliert werden. Nach zwei Wochen Streik nimmt die Flughafendirektion die Rationalisierungsmaßnahme zurück.

Anfang November treten die Postarbeiter von Vesterbro in Kopenhagen in den Streik gegen Rationalisierungsmaßnahmen. Sie fordern 15 zusätzliche Zweigstellen.

Mitte Dezember streiken 38 Angestellte des Lebensmittelgroßhandels Sthyr & Kjaer in Glostrup für festen Lohn statt Prämienlohn und für eine Lohnerhöhung von 300 Kronen im Monat. Der Streik dauert bis heute an. Am 19.12. legen 1800 Arbeiter der Helsingör-Werft die Arbeit nieder. Sie protestieren damit dagegen, daß die Reederei DFDS in Japan 4 Schiffe mit Mannschaft ausleihen will und auf der Helsingör-Werft Massenentlassungen geplant werden.

Begleitet werden diese Kämpfe durch Demonstrationen gegen die Mitgliedschaft Dänemarks in der EG. Am 2.10., zum fünften Jahrestag des Beitritts Dänemarks in die EG, versammeln sich 20000 auf dem Rathausplatz von Kopenhagen.

Schweden

Es finden auch hier harte Lohnkämpfe auf lokaler Ebene über die zentral ausgehandelten Tarifabkommen hinaus statt. Es streiken: die Arbeiter von Rockwool in Skövde für zwei Kronen in der Stunde mehr; die Belegschaft der Ima-Wäscherei in Sundsvall für 2,50 Kronen mehr; die Graphiker von Almquist und Wiksell in Uppsala für 3 Kronen mehr; die Arbeiter des Walzwerks Domnarvet für 3,50 Kronen mehr; 400 Arbeiter des Chemiebetriebs Kema Nords in Sundsvall für 2,50 Kronen mehr. In Lulea (Nordschweden) streiken die 115 Beschäftigten im Zentrallager eines kooperativen Lebensmittelkonzerns (KF) drei Wochen lang für 2 Kronen in der Stunde mehr, für die Streichung der unteren Lohngruppen und für Stundenlohn statt Prämienlohn.

Am 28.10. streiken 250 Arbeiter von Rifa, Tochtergesellschaft der Maschinenfabrik LM Eriksson, für 2 Kronen mehr.

Die Hafenarbeiter im Freihafen von Stockholm streiken zwei Wochen lang für eine Lohnerhöhung von 15%.

350 Arbeiter des Stahlwerks Gränges Nyby demonstrieren zum Reichstagsgebäude in Stockholm, gegen die geplante Entlassung von vorläufig 700 Kollegen (siehe Bild); in Söderhamn demonstrieren 10000 gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Mitte November streiken 500 Arbeiter des Sägewerks SCA in Sundsvall für 3,50 Kronen mehr. Anschließend streiken 700 Kollegen drei Tage lang für diese Forderung. Anfang Dezember wird der Streik wiederaufgenommen.

Mitte Dezember treten 400 Arbeiter der Papierfabrik Obbola Linerboard in Streik für drei Kronen mehr in der Stunde. Es ist der erste Streik in Obbola seit 1932.

Gegen die Streikenden bei IMA und KF sollte das neue Streikgesetz angewendet werden, was im Tarifvertrag vereinbart ist. Demzufolge kann jeder Arbeiter, der an einem „wilden" Streik teilnimmt, zu hohen Geldstrafen verurteilt werden. Es gibt eine Reihe von Solidaritätsaktionen aus anderen Betrieben gegen die Geldstrafen.



Die lokalen Streiks enden in der Regel damit, daß der Lohn erhöht wird, aber nicht in der von den Arbeitern geforderten Höhe.

Norwegen

Im Oktober nehmen die Arbeiter der Elektrofabrik N. Jacobsen in Hokksund gegen die Stillegung des Betriebs (114 Arbeitsplätze) den Kampf auf. Am 12.10. führen sie einen Sitzstreik im Betrieb durch. Der Zusammenschluß ist fest, da die Arbeiter bereits über frühere gemeinsame Kampferfahrung verfügen und die gewerkschaftliche Organisierung 100% beträgt. Die Arbeiter hatten in den Jahren vorher Stundenlohn gegen Akkordlohn und gleichen Lohn für Frauen und Männer durchgesetzt.

Mitte Oktober wird die Speditionsfirma Tollpost-Globe in Oslo bestreikt. Die 40 Arbeiter fordern 13 neue Planstellen, da jeder bis zu 42 Überstunden in der Woche machen muß und die Zahl der Unfälle zunimmt. Am 17. und 18.11. streiken die Beschäftigten der Wäscherei Dahlvask in Bergen für 2 Kronen mehr in der Stunde.



Im Sägewerk Orkla streikt die Belegschaft vier Wochen lang (siehe Bild). Anfangs in Form von Verweigerung der Überstunden; dann, als 32 Arbeiter ausgesperrt werden, voller Streik. Die Forderung nach Lohnerhöhung wird mit 1,12 Kronen die Stunde zum Teil erfüllt.

Am 14.12. fordern die Beschäftigten der Firma Vel-Vask in Oslo 10 Kronen mehr in der Stunde, die Streichung der unteren Lohngruppen und einen Mindestlohn von 30 Kronen. Der Transportarbeiterverband fordert 7,50 Kronen für alle gleich, der Verband der Fleischereiarbeiter 7 Kronen, die Maurer 4 Kronen mehr und einen Mindestlohn von 45 Kronen in der Stunde.

Seit dem 5.12. streiken die 300 Beschäftigten der Meierei in Oslo für 3 Kronen mehr in der Stunde.

Die ZANU stärker denn je!
Der Volkskrieg geht unvermindert weiter

Die Rechnung des rhodesischen Kolonialregimes und der Imperialisten, eine Fehlspekulation

Springers Welt triumphiert über angebliche militärische Erfolge der rhodesischen Söldnertruppen



Die Welt, 27.12.1977

Salisbury zeigt Fotos aus Moçambique

Dieses Foto hat das rhodesische Informationsministerium über Weihnachten veröffentlicht. Es wurde nach Angaben aus Salisbury bei dem Angriff rhodesischer Soldaten Ende November in Moçambique auf ein Guerilla-Lager nahe der Stadt Chimoio erbeutet. Es zeigt junge schwarze Mädchen, die im Nachbarland angeblich an der Waffe für den Guerilla-Kampf in Rhodesien ausgebildet wurden.

Bei der rhodesischen Militäraktion gegen zwei angebliche Guerrilla-Camps handelte es sich nach Darstellungen aus Salisbury um einen Akt der Selbstverteidigung. Dabei sollen nach offiziellen Angaben mehr als 1200 Guerillos getötet worden sein. Amtliche Stellen in Moçambique bestätigten, daß bei der Aktion, die kurz vor Beginn der Verhandlungen über eine interne Lösung des Rhodesien-Konflikts stattfand, mehr als tausend Menschen starben. Doch habe es sich zumeist um Zivilisten gehandelt. Auch 100 Kinder seien getötet worden. FOTO: AP

Aber die militärischen Erfolge sind plumpe Lügen des rhodesischen Geheimdienstes



Aber die militärischen Erfolge sind plumpe Lügen des rhodesischen Geheimdienstes



Mit dem Bild soll bewiesen werden, daß die rhodesischen Söldnertruppen ein Militärlager erfolgreich überfallen hätten. Von wegen „erbeutet"! Das Negativ befindet sich bei der Redaktion der KVZ und ist auch von der Redaktion der KVZ entwickelt worden. In Mozambique oder gar im Lager von Chimoio befand sich kein einziger Abzug, weil die Bilder noch gar nicht nach Mozambique zurückgeschickt worden sind. Die ZANU hatte sie der KVZ übergeben, um den Kampf des Volkes von Zimbabwe in Westdeutschland und Westeuropa zu propagieren.

Was in Mozambique erbeutet worden sein soll, ist in Wirklichkeit in Österreich geklaut



Klassenkampf, 22.12.1977

Die KVZ-Redaktion hat das Bild zusammen mit anderen Abzügen an die Redaktion der Zeitung „Klassenkampf", das Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreich, geschickt. Dort wurde es in der Ausgabe vom 22.12. veröffentlicht. Und am 27.12. konnte dann „Die Welt" vermelden: „Salisbury zeigt Fotos aus Mozambique. Dieses Foto hat das rhodesische Informationsministerium über Weihnachten veröffentlicht. Es wurde nach Angaben aus Salisbury bei dem Angriff rhodesischer Soldaten Ende November in Mozambique auf ein Guerillalager nahe der Stadt Chimoio erbeutet." Saubere Brüder, diese rhodesischen Geheimagenten. Schöne „Beute". In Wien haben sie den „Klassenkampf" gekauft und ein Funkbild nach Salisbury geschickt. Daher auch die schlechte Qualität des Bildes. Und Springer hat sich mitblamiert. Ihren militärischen Mißerfolg wollen die Imperialisten vertuschen und die Tatsache, daß sie selbst, obwohl sie ein fast unbewachtes Durchgangslager für ihre Greueltaten ausgesucht hatten, große Verluste an Menschen und Material hatten.

Die plumpe Fälschung der rhodesischen Geheimagenten beweist einmal mehr, daß die Verbindung zwischen den Völkern schon viel besser ist als das Geheimdienstmaterial der Imperialisten über die kämpfenden Einheiten der Völker der Welt.



Die Einheit der ZANLA, die den Luftwaffenstützpunkt Grand Reef bei Umtali angriff, beim Vorbereitungstraining.

Die Afrikanische Nationale Befreiungsarmee von Zimbabwe (ZANLA), der militärische Arm der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) ist heute stärker als er jemals war seit Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes gegen das Kolonialregime in Zimbabwe (Rhodesien).

Am 18. Dezember 1977 griffen die heldenhaften Streitkräfte der ZANLA den Luftwaffenstützpunkt Grand Reef nahe Umtali, von wo viele Angriffe des Smith-Regimes gegen das Volk von Zimbabwe und die Volksrepublik Mozambique ausgehen, an und versetzten dem Feind vernichtende Schläge. Alle rhodesischen Kampfflugzeuge auf der Base und über 30 Söldner-Piloten wurden ausgelöscht. So stark war das Feuer und die Überraschung über den mutigen Angriff der ZANLA, daß die Söldnerstreitkräfte von Ian Smith nicht einmal dazukamen, das Feuer zu erwidern.

Die Vernichtung der Söldner und rassistischen Streitkräfte von Ian Smith von Grand Reef ist um so bedeutsamer, als sie 4 Wochen nach dem feigen Überfall der rhodesischen Statthalter des Imperialismus auf Durchgangslager Zimbabwescher Patrioten in Chi-

Die Vernichtung der Söldner und rassistischen Streitkräfte von Ian Smith von Grand Reef ist um so bedeutsamer, als sie 4 Wochen nach dem feigen Überfall der rhodesischen Statthalter des Imperialismus auf Durchgangslager Zimbabwescher Patrioten in Chimoio und Tembue in Mozambique am 23. und 26. November stattfand. Bei diesen Angriffen töteten die rassistischen Streitkräfte Patienten in Krankenstationen, Schulkinder und unbewaffnete Genossen, die hauptsächlich in der Landwirtschaft und bei anderen Projekten zur Versorgung nach dem Grundsatz des Vertrauens in die eigene Kraft eingesetzt waren. Etwa 260 unbewaffnete Personen wurden ermordet und über 300 verwundet.

Aber selbst hier erhielt das Ian Smith-Regime schwere Schläge. Obwohl nur wenige bewaffnete Wachen der ZANLA in den Lagern von Chimoio und Tembue waren, schossen sie bloß mit ihren Maschinengewehren, Maschinenpistolen und Gewehren insgesamt 8 Flugzeuge ab und töteten eine ganze Anzahl der feigen Banditen der imperialistischen Söldner.

Die Ziele Smiths, die er mit dem Angriff verfolgte, waren die folgenden: einmal wollte er die revolutionäre Infrastruktur der ZANU im Rücken zerstören und dadurch während der Regenzeit, die für den Volksbefreiungskrieg, wie ihn die ZANLA führt, besonders günstig ist, Zeit gewinnen. Zweitens wollte er die Volksmassen von Zimbabwe einschüchtern und die afrikanischen Marionetten (Sithole, Muzorewa und Chirau) und ihren Anhang, mit denen er eine sogenannte „interne Lösung" aushandeln will, von der Macht des Imperialismus beeindrucken. Mit all diesen Zielen ist Smith gescheitert.

Die ZANU hat mit ihrem vernichtenden Angriff auf die kolonialen Streitkräfte des Smith-Regimes in Grand Reef gezeigt, daß die ZANLA, die Volksbefreiungsstreitkräfte und die Massen den Söldnertruppen des Imperialismus moralisch und an Kampfstärke überlegen sind. Die Volksbefreiungsstreitkräfte der ZANLA schreiten Tag für Tag voran und befreien immer weitere Gebiete.

Eddison D.M. Zvobgo, Stellvertretender Sekretär der Abteilung für Information und Publizistik, Mitglied des Zentralkomitees der ZANU



Was das Verbrecherregime Smith als militärische Erfolge preist: Unbewaffnete Patrioten Zimbabwes massakriert, Lebensmittel und Medikamente vernichtet oder vergiftet, Viehbestand abgeknallt, die Transportmittel und landwirtschaftlichen Geräte zerstört. Hier einer der von der Arbeiterklasse und dem Volk in Westdeutschland 1976 gesammelten Scania-Lastwagen.

Was das Verbrecherregime Smith als militärische Erfolge preist: Unbewaffnete Patrioten Zimbabwes massakriert, Lebensmittel und Medikamente vernichtet oder vergiftet, Viehbestand abgeknallt, die Transportmittel und landwirtschaftlichen Geräte zerstört. Hier einer der von der Arbeiterklasse und dem Volk in Westdeutschland 1976 gesammelten Scania-Lastwagen.



Die Befreiungskämpfer schießen mit Handfeuerwaffen und Maschinengewehren die Kampfflugzeuge der Imperialisten ab. Heck eines in Mapai abgeschossenen Mirage-Bombers.



Die in Chimoio abgeschossenen Flugzeuge wurden von der Luftwaffe des Smith-Regimes am Boden bombardiert und in Stücke zerfetzt, damit keine funktionierenden Teile in die Hand der Befreiungskräfte fallen.

Unterstützt die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA!

Volksbank Mannheim Kto. 1068326
Stichwort: „Ausrüstung für eine Kompanie der ZANLA"

Für die Lohnraubabsichten der Regierung: Der Wirtschaftsminister und der Oberkirchenrat

An Lohnverzicht brauche man ja nicht gleich zu denken – so der Graf
So etwas muß einsichtig vorbereitet werden – so der Pfaff

Lanciert, als indirekte Stellungnahme der öffentlichen Dienstherren zum Tarifkampf im öffentlichen Dienst wertet „Die Welt" vom 24.12. das Antwortschreiben des Wirtschaftsgrafen Otto Graf Lambsdorff auf einen Brief der Beschäftigten der Universität Oldenburg, die ihn „wegen der lohnpolitischen Vorgaben des Sachverständigenrates heftig angegriffen hatten ..."

Wie „unabhängig", „absolut autonom", und „ohne jede Einflußnahme" die Aussagen des Sachverständigenrates zustandekommen, haben wir auf der Seite 10 dieser Ausgabe der KVZ nachgewiesen, und niemand wird bestreiten – da stimmen wir dem Grafen voll zu – gerade die Universität ist der geeignete Ort, um sich über diese Art Unabhängigkeit Klarheit zu verschaffen. Die 31 Beschäftigten, die den Brief an Lambsdorff geschrieben haben, haben sich gerade eben diese Klarheit verschafft und den Grafen im Ministersessel aufgefordert, jede Propagierung von Lohnraub und Hetze gegen die Beschäftigten in öffentlichen Diensten zu unterlassen. Sie fordern 220 DM.

Weil „barsche öffentliche Ermahnungen" leicht Trotzreaktionen bei den Gewerkschaften hervorrufen (Die Welt, 24.12.1977), macht der Adlige in Predigt zur „Solidarität mit arbeitslosen Kollegen in anderen Branchen".

Die deutliche Steuererhöhung sollten die Beschäftigten bei der Beratung der Tarifforderung ebenfalls nicht vergessen – die Beschäftigten vergessen das nicht, sie fordern 1 500 DM steuerfrei.

Die lancierte Mahnung des Grafen – nachdem die Bundesregierung durch ihre Sprecher verkünden ließ, sie wolle sich erst am Verhandlungstisch äußern – ist Startzeichen für die öffentlichen Dienstherren, sich einzuschießen gegen die Beschäftigten in öffentlichen Diensten: Gleich drei Tage später propagiert die bürgerliche Presse die über dpa abgegebene Erklärung der kommunalen Arbeitgeber, die ankündigen, der 7,5-Prozentforderung, dem Vorschlag des ÖTV-Hauptvorstandes, „energischen Widerstand" entgegensetzen zu wollen. „Das fehlende Arbeitsplatzrisiko im öffentlichen Dienst muß irgendwo seinen Niederschlag finden", so Krumsiek, Oberstadtdirektor von Wuppertal und Vorsitzender der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände.

Das ist so unverschämt, daß der ÖTV-Vorsitzende Kluncker dem auch sofort entgegentreten muß: „Hannoversche Allgemeine" vom 30.12.1977 „Kluncker bezeichnet in dem Beitrag (der Januarausgabe des ÖTV-Magazins –Red.) die Behauptung der Arbeitgeber, Lohnverzicht führe zu mehr und sicheren Arbeitsplätzen, als Propagandarechnung."

Nachdem der Graf in der Regierung schon mal den Ton angegeben hat und auch an der Zahl 3,5% der Sachverständigen festhält und sie in den Bundeshaushalt für 1978 auch eingebaut hat, nämlich 5,5 Prozent Steigerung der Personalausgaben – wovon erfahrungsgemäß etwa zwei Prozent wegzurechnen sind für die Eingruppierung nach den Tarifverträgen und den Alterssteigerungen, sowie für Neueinstellungen – haben die Länder ebenfalls ihre Absichten bekannt gegeben. Sie sehen nicht anders aus: Baden-Württemberg 6 Prozent, Westberlin 6 Prozent, Bremen 6,2%, Hamburg 5%, Hessen 4,5%, Niedersachsen 6,5%, Nordrhein-Westfalen 10,2% (als dem Land, das die größten Arbeiterarmeen beherbergt, rechnet die Bourgeoisie wahrscheinlich mit einer entsprechend hohen Verstärkung ihres staatlichen Gewaltapparates), Rheinland-Pfalz 6,8%, Saarland 7%, Schleswig-Holstein 6 bis 7%. Man kann sehen, sie wollen um die vier Prozent herum herauskommen.

Heinz Kluncker verkündet, daß er mit einer sehr schwierigen Tarifrunde im öffentlichen Dienst rechnet. Das tun die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ebenfalls, sie bereiten sich mit Klebeaktionen, Wandzeitungen, auf Personal- und gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen usw. auf Streik vor.

Die Folgen eines solchen Abschlusses kann sich ja jeder leicht ausrechnen – sie wären brutal für die Reproduktion der Masse der über 4 Mio. Beschäftigten in öffentlichen Diensten. Die Beschäftigten in öffentlichen Diensten haben keine andere Wahl als – selbst mit einer Prozentforderung, die so wie sie jetzt vorgeschlagen ist vom Hauptvorstand nirgendwo von den Beschäftigten aufgestellt wurde – den Streik gegen die Absichten der öffentlichen Dienstherrren vorzubereiten und vom ersten Verhandlungstag an durchzuführen.

Der frischgebackene Wirtschaftsgraf wird vorgeschickt

Dies ist die sorgfältig ausgeklügelte und wohlgeplante Antwort der öffentlichen Dienstherren auf eine Flut von Briefen an die Regierung. Diese Briefe stammen aus allen möglichen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes. Das hohe Beamtenpack, das sich noch jedes Jahr an Prozenten gütlich tut, rationalisiert, antreibt und unterdrückt, wird angegriffen, eine Lohnerhöhung von 200 bis 220 DM Festgeld wird für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst verlangt.

Graf Lambsdorff antwortet:

Gleich zwei Artikel widmet sodann „Die Welt" vom 24.12. dem Grafen in Sachen Lohnraub: Unter dem Titel „Bei den Tarifforderungen die Arbeitslosen nicht vergessen" wird der Brief des Grafen an die Beschäftigten der Universität verhandelt: „Daß die Lambsdorff-Antwort jetzt vom Ministerium in die Öffentlichkeit lanciert wurde, wird in Bonn als indirekte Reaktion auf die Tarifforderung des öffentlichen Dienstes gewertet.

Die Kollegen der Universität Oldenburg hatten Lambsdorff vorgeworfen, er habe rechtzeitig vor der Tarifrunde vom Sachverständigenrat Lohnleitlinien – Empfehlungen des Rates liefen auf maximal 5,5 Prozent, besser noch drei Prozent hinaus – bestellt."

Unter dem Titel „Lambsdorffs Wunsch zu Weihnachten" läßt „Die Welt" den Graf das Maul vollnehmen, der Minister darf persönlich zu Wort kommen: „Ich wünsche mir rege Investitionen der Unternehmen, preispolitische Vernunft, besonnene tarifpolitische Entscheidungen, ein ganz normales Verbraucherverhalten und möglichst wenig Störungen auf dem Weltmarkt. – Wir sollten am Konsens festhalten, an der gesellschaftspolitischen Grundübereinstimmung, die unser Land vor vielen anderen Staaten auszeichnet. – Und ich habe mir vorgenommen, nach Kräften beizutragen, daß wir diese wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Aufgaben gut erfüllen."

Universität Oldenburg

Sehr geehrte Damen und Herren

Ihren Brief vom 7. Dezember 1977, in dem Sie unterstellen, ich hätte den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ungebührlich beeinflußt, habe ich erhalten. Es hat mich erstaunt, daß ausgerechnet Angehörige einer Universität annehmen, unabhängige Sachverständige, Professoren an deutschen Hochschulen, würden vom Bundeswirtschaftsminister zu bestimmten Aussagen veranlaßt.

In Wirklichkeit sieht es anders aus. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist ein absolut autonomes Gremium; niemand kann ihm Weisungen geben. Und die Mitglieder des Rates würden es sehr entschieden und berechtigt zurückweisen, wollte ein Politiker so etwas versuchen. Tatsächlich sind die Aussagen des Sachverständigenrates ohne jede Einflußnahme der Bundesregierung oder des Bundeswirtschaftsministeriums zustandegekommen. Ich will aber auch Ihnen nicht verschweigen, daß ich der Tendenz dieser Ausführungen Verständnis entgegenbringe. Sie tun das offensichtlich nicht, und das ist Ihr gutes Recht. Wenn Sie Ihre Tarifforderungen beraten, sollten Sie jedoch nicht vergessen, daß im nächsten Jahr deutliche steuerliche Entlastungen in Kraft treten, und daß die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die von der Sorge am Arbeitsmarkt nicht selber betroffen sind, etwas mehr Solidarität mit arbeitslosen Kollegen in anderen Branchen üben können. Dazu gehören vor allem Tarifabschlüsse im Jahr 1978, die unsere gesamtwirtschaftlichen Möglichkeiten nicht übersteigen. Diese Möglichkeiten werden im kommenden Jahr begrenzt sein.

Vielleicht ist es sinnvoll, wenn Sie dieses Thema einmal an der Universität Oldenburg diskutieren. Gerade eine Universität könnte doch ein geeigneter Ort sein, um sich über die Arbeitsweise unabhängiger Wissenschaftler und einige nationalökonomische Grunderkenntnissse genügend Klarheit zu verschaffen.

(Unterschrift völlig unleserlich) gez.
Graf Lambsdorff

Die heilige Allianz von Adel und Pfaff in Sachen Plünderung und Raub scheint immer noch intakt

Es gibt einen zweiten Brief aus Oldenburg an Beschäftigte, die unter den Tarif in öffentlichen Diensten fallen. Nicht nur der Graf hat sich nach Oldenburg gewandt mit seinem Antwortbrief – nein, auch ein Pfaff, ausgerechnet ebenfalls aus Oldenburg, hat sich gerührt.

Es handelt sich um einen Brief des Oberkirchenrates von Oldenburg, Höpken, an die Beschäftigten von Himmelsthür, einem Heim für geistig Behinderte, das betrieben wird von der evangelisch-lutherischen Landeskirche Niedersachsen, Diakonisches Werk. Zufall? Wir haben nachgesehen. Im Buch „Aus der Vergangenheit Hannoverscher Pastorenfamilien" erfahren wir, Herr Wolckenhaar, der der geistliche Leiter von Himmelsthür ist, ist über die weibliche Linie seiner Ahnenreihe, einer geborenen von Oeffener, mit vielen Geschlechtern des niedersächsischen Adels verwandt.

Die Lambsdorffs sind ein weitverzweigter Adel. Von Königsberg bis, heutzutage Niedersachsen, Hannover finden sich die Sprosse dieser Blutsauger wieder.

Die Beteiligung am Steuerraub macht die Pfaffen wie den alten Adel der Bourgeoisie und ihrem modernen Finanzadel gefügig, Enthaltsamkeit für die Massen zu predigen.

Enthaltsamkeit predigen, das können Pfaffen gut

„Im übrigen sind mir in unserem Hause vier Fälle bekannt, in denen Höherstufungen aus dem Gesichtspunkt des Evangeliums und der Glaubwürdigkeit abgelehnt wurden", preist der Oberkirchenrat seine Künste an. So hat er geantwortet, der Oberkirchenrat Höpken vom Diakonischen Werk Oldenburg, auf den Brief der Beschäftigten von Himmelsthür. Verständigt haben mußte er sich vorher mit dem Pfaffen Wolkenhaar und dem Wirtschaftsgrafen.

Als Oberkirchenrat ist Höpken gleichzeitig Mitglied des Diakonischen Werkes, im Vorstand, versteht sich; insofern ist er sehr wohl mit den Angelegenheiten der „selbständigen" diakonischen Einrichtung Himmelsthür befaßt, auch wenn er das wie ein alter Judas abzuleugnen versucht. Ungeniert gibt er allerdings zu, daß er sich schon „seit langem" damit befaßt, wie er im Namen Christi den Lohnverzicht am besten organisieren kann. „So etwas muß einsichtig vorbereitet werden", schreibt er. Es soll nicht stimmen, daß das Werk Geld hat, behauptet der Oberkirchenrat, der es verwaltet, und woher die Beschäftigten das wissen wollen? Wofür Geld da ist und wofür kein Geld da ist, das haben die Beschäftigten in Wildeshausen erfahren. In Himmelsthür Wildeshausen, einem Zweig des Hauptwerkes Hildesheim, werden geistig Behinderte, Alkoholiker, behinderte Kinder „gehalten", nämlich ruhig – mit Pharmazeutika und ans Bett gefesselt. Wenn sie arbeiten können, wie derzeit 27 „Pfleglinge" in Hildesheim, werden sie in der im Frühjahr dieses Jahres gegründeten Wäscherei für 80 DM im Monat beschäftigt. Die Wäsche für die Krankenhäuser Landeskrankenhaus Osnabrück, Hildesheim, Hannover und noch weitere werden so „kostendämpfend" gewaschen. Der Verwaltungsleiter von Himmelsthür Wildeshausen ist mit 100000 DM an dieser GmbH beteiligt.

Das Personal in diesen Heimen besteht zu 95% aus ungelernten Kräften. Die meisten sind KR I eingestuft, dem niedrigsten Krankenpflegetarif, der überhaupt möglich ist. Die Beschäftigten haben in ihrem Brief den Oberhirten aufgefordert, die Frage zu beantworten, ob er von 1 000 DM netto lebt.

Diese Frage beantwortet der Oberkirchenrat nicht. Beschäftigten des diakonischen Werkes Oldenburg hat er auf einer Betriebsfeier mit gelöster Zunge mehrfach den Verlust eines sehr wertvollen Armbandes seiner Gattin durch Diebstahl beklagt. – Meist wissen Einbrecher, wo es etwas zu holen lohnt.

Die „Kollekte" ist immer gut gefüllt

Das Personal wird ständig gewechselt, weil dann nämlich das Arbeitsamt 40 Prozent des Lohns zuschießt. Nach dem Motto „Nehmen ist seliger denn Geben" wird unter der Vortäuschung falscher Tatsachen dieser Lohnzuschuß aus den Kassen der Arbeiter ergaunert; es wird ein Ausbildungsplan vorgelegt, der als zuschußwürdig vom Arbeitsamt anerkannt ist. Nachgeprüft hat das keiner. Die Beschäftigten aber wissen, daß dieser Plan nie durchgeführt wird. Dazu ist auch keine Zeit. Der Ärztliche Leiter, ein Dr. Wullstein, hat sich auf dem Gelände des Heims eine private Praxis eingerichtet und will demnächst mit dem Personal des Heims auch noch die psychiatrischen Fälle des Kreiskrankenhauses Bassum zu seiner Bereicherung „betreuen". „Wer in der Diakonie nicht auch einmal über die vorgeschriebene Stundenzahl hinaus mitarbeitet, hätte nicht in die Diakonie gehen sollen." Offensichtlich reicht all das den nächstenliebendenden Herren aber nicht. Sie schlagen den Beschäftigten vor, einen regelmäßigen Beitrag von ihrem Lohn zu spenden. Wahrscheinlich möchte der Oberkirchenrat seiner Gattin ein weiteres kostbares Armband verehren. Das wird aber nicht mehr funktionieren in Himmelsthür. Ende 1976 hat sich die gewerkschaftliche Organisierung von 20 auf 80 erhöht. Die Belegschaft hat sich am Kampf um den Lohn mit der Aufstellung einer 170 DM-Forderung beteiligt und sieben ÖTV-Mitglieder haben sich mit einem Programm an den Mitarbeiterwahlen beteiligt; eine Beschäftigte wurde von fast allen Bereichen als Kandidatin aufgestellt.

Einen Tag vor dem Abgabetermin der Kandidatenvorschläge ist diese Beschäftigte dann von Himmelsthür fristlos gekündigt worden. Das war der erste von bislang vier Versuchen. (Der vierte wurde inzwischen vom Arbeitsgericht bestätigt.) Trotz Kündigung wurde die Genossin in die Mitarbeitervertretung gewählt und die Wiedereinstellung konnte zweimal durchgesetzt werden. Die Geistlichen – ein zähes Pack – haben die nächste fristlose Kündigung ausgesprochen, diesmal weil die Genossin sich nicht von dem Kommunistischen Manifest distanzieren wollte, wo es im Programm des KBW (6. Auflage, S.12) heißt: „Die Bourgeoisie – revolutionäre Klasse gegenüber dem Feudalismus – wird durch und durch reaktionär. Ihr Interesse an bedingungsloser Aufrechterhaltung des Profits stellt sie in Widerspruch zum gesellschaftlichen Fortschritt, der mit der schrankenlosen Entfaltung der Produktivkräfte verknüpft ist. Gleichzeitig wird sie mehr und mehr überflüssig zur Organisierung der Produktion und tritt diese Funktion an bezahlte Agenten ab, während sie selbst sich in einen schmarotzenden Auswuchs am Körper der Gesellschaft verwandelt, umgeben vom Lumpenpack ihrer Politiker, Advokaten und Pfaffen, ihrer Huren, Leibärzte und Künstler."

„... umgeben vom Lumpenpack ihrer Politiker, Advokaten und Pfaffen, ..."

Vor dem Arbeitsgericht und durch den Kampf der Belegschaft mußte auch diese Kündigung aufgehoben werden. Jetzt weigerten sich die Pfaffen aber beharrlich, die Genossin weiter zu beschäftigen. Sie versuchten es mit Bestechung, denn dafür sind sie immer empfänglich, davon leben sie gut – Empfänglichkeit dafür erwarten sie auch von anderen. 10000 DM wollten sie locker machen aus der mildtätigen Kollekte. Dazu aus dem Brief des Oberkirchenrates: „Woher haben Sie die Unterlagen, daß das Diakonische Werk Geld genug habe?" – „Im Diakonischen Werk kommen wir nämlich vom Neuen Testament her, vom Evangelium, von Jesus Christus", erläutert der Rat seinen Standpunkt.

Jaja, und zu dem Bestechungsversuch schreibt der Oberhirte ganz scheinheilig, weil das der Beruf der Pfaffen ist: „Wenn irgendwo Abfindungen gezahlt wurden ..., dann kann man sich meistens nur darüber freuen, daß man sich gütlich geeinigt hat."

Das war aber nicht drin. Das Gericht sah sich auf Antrag gezwungen, ein Zwangsgeld zu verhängen von 4000 DM, weil die Geistlichen den Spruch des Gerichts nicht anerkannten. Sie schreiben es ja auch deutlich genug: „In der Diakonie gilt das Evangelium und nicht das Gesetz." Die 4000 DM wurden dann „aufgebracht", indem im Mutterhaus Hildesheim Teile der Einrichtung, Möbel hauptsächlich, versteigert wurden, weil die Diakonie ja kein Geld hat, es hätte sonst die „Glaubwürdigkeit" leiden mögen. Das alles half nichts und die vierte Kündigung mußte inszeniert werden. Die Genossin hatte KVZ verkauft, wo in einer Korrespondenz im Bezirksteil nachgewiesen wird, daß die „Pfleglinge" von Himmelsthür von Wolckenhaar systematisch zu Tode gebracht werden. Die Belegschaft hatte sich fest zusammengeschlossen und an den Oberkirchenrat geschrieben, daß sie ihn auffordern wollen, 220 DM auf den Lohn herauszugeben, denn geben ist doch seliger als nehmen? Oder etwa doch nicht? „Ob sie (die Pfaffen) diese Gedankengänge verstehen?"

Zwölf Beschäftigte haben den Brief an den Oberkirchenrat für die Forderung nach 220 DM unterstützt. Nach dem letzten Entlassungsversuch haben weitere Kollegen diese Lohnforderung aufgegriffen. Der KVZ-Verkauf ist sprunghaft von acht bis zehn auf über 20 gestiegen, bei etwa 200 Beschäftigten.

Staatlicher Gewaltapparat und der Hort reaktionärer bürgerlicher Ideologie haben sich zusammengetan über die alte Verbindung von Staat und Kirche, Oberkirchenrat und Wirtschaftsgraf, um für die Profite der westdeutschen Imperialisten die Unterdrükkung und Ausplünderung der Arbeiterklasse und des Volkes billig zu organisieren.

Kluncker hat wahrlich nicht zuviel gesagt, wenn er meint, es wird eine schwierige Tarifrunde – schwierig deshalb, weil die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung zur Durchsetzung der Interessen der Bourgeoisie gezwungen werden soll, und es schwierig ist für die selbständige Lohnbewegung in öffentlichen Diensten, dagegen den Streik vorzubereiten. Für möglich aber halten wir das – die Bewegung hat sich jahrelang im Kampf gegen die öffentlichen Dienstherrn erprobt und die schlechte materielle Lage der Beschäftigten im öffentlichen Dienst erlaubt einen breiten Zusammenschluß, wenn man sich über die unmißverständlichen Absichten der bürgerlichen Reaktion die nötige Klarheit, das notwendige Klassenbewußtsein verschafft.
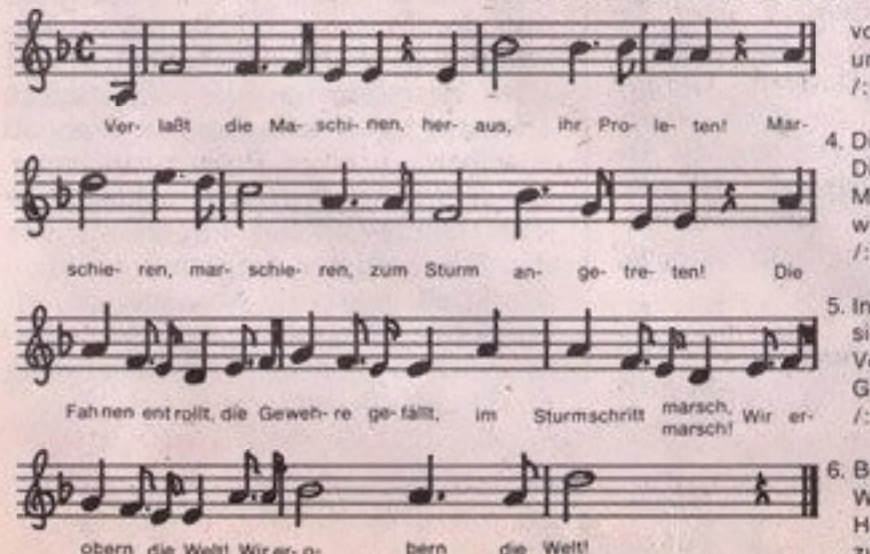
Musiktage der Soldaten- und Reservistenkomitees

Hannover, München vom 28.12. bis 31.12.1977 und Köln vom 30.12.1977 bis 1.1.1978



Hannover. Während der Musiktage wurden öffentliche Proben und Umzüge in der Stadt durchgeführt. Das Ordnungsamt Hannover hatte die Durchführung auf dem beantragten Klagesmarkt in der Innenstadt sowie allen anderen öffentlichen Plätzen verboten.
Trotz der schwierigen Bedingungen gingen die Teilnehmer mit großem Einsatz daran, das Festzelt für die Abendkonzerte und Übernachtung, das Verpflegungszelt und eine Ausstellung revolutionärer Plakatkunst in kurzer Zeit aufzubauen. In der Kampagne für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht konnten viele Arbeiter und Schüler gewonnen werden, trotz des abseits gelegenen Festzelts mitzufahren, um sich die revolutionären Arbeiter- und Bauernlieder anzuhören. Am letzten Abend kamen bereits 800 Besucher zum Konzert. Für eine Ausrüstung der Kompanie der ZANLA sammelten die SRK's insgesamt über 9000 DM, davon allein in der Innenstadt am Samstag 2687,56 DM.
Am Samstag endeten die Musiktage mit einer zusammenfassenden Demonstration und Abschlußkundgebung mit 1300 Menschen auf dem Klagesmarkt.

Komintern-Lied



1. Verlaßt die Maschinen, heraus ihr Proleten!
Marschieren, marschieren, zum Sturm angetreten!
Die Fahnen entrollt, die Gewehre gefällt,
im Sturmschritt marsch, marsch!
/: Wir erobern die Welt! :/

2. Wir standen im „Vorwärts", zum Tode entschlossen,
und hatten die letzten Patronen verschossen.
Sie warfen Granaten und Minen hinein,
Wir mußten erliegen.
/: Wir standen allein. :/

3. Wir haben die Besten zu Grabe getragen,
zerfetzt und zerschossen und blutig geschlagen,
von Mördern umstellt und ins Zuchthaus gesteckt,
uns hat nicht das Wüten
/: der Weißen geschreckt! :/

4. Die letzten Kämpfer heran, ihr Genossen!
Die Fäuste geballt und die Reihen geschlossen!
Marschieren, marschieren zum neuen Gefecht,
wir stehen als Sturmtrupp
/: für kommendes Recht! :/

5. In Rußland, da siegten die Arbeiterheere,
sie stellten zusammen die heißen Gewehre.
Von London, Paris, Budapest und Berlin,
Genossen, heraus.
/: zum Kongreß, zu Lenin! :/

6. Beratung, Beschluß, hört den Ruf: zu den Waffen!
Wir haben's gewagt, und wir werden es schaffen!
Herbei, ihr Soldaten der Revolution,
zum Sturm! Die Parole
/: heißt: Sowjetunion! :/

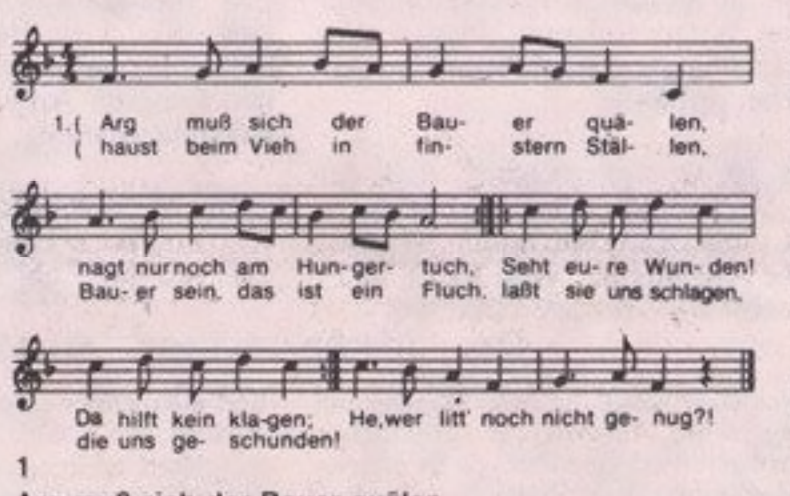
7. Von Pflug und Maschinen, heraus ihr Proleten!
Marschieren, marschieren, zum Sturm angetreten!
Die Fahnen entrollt, die Gewehre gefällt,
im Sturmschritt marsch, marsch!
/: Wir erobern die Welt! :/

Text: F. Jahnke und N. Valentin 1929 Musik: H. Eisler
Das Lied entstand zum zehnjährigen Bestehen der 3. Kommunistischen Internationale und gehörte zum Programm der Agitprop-Truppe „Das Rote Sprachrohr".



München, Samstag 31.12. Platzkonzert und Kundgebung der Soldaten- und Reservistenkomitees der Region Süd auf dem Stachus. 1200 nahmen daran teil. An der Demonstration, zu der die Soldaten- und Reservistenkomitees und der KBW aufgerufen hatten, beteiligten sich 700.
Die Musiktage in München dienten auch dem Kampf für die Einstellung des Verfahrens gegen den Reservisten Kaiser und für die sofortige Freilassung von Hans Sautmann. H. Kaiser wurde als Fahrer des Lautsprecherwagens bei den Soldaten- und Reservistentagen wegen Landfriedensbruch angeklagt. Hans Sautmann wird von der Bourgeoisie seit mehreren Wochen wegen Verstoß gegen § 90a in Haft gehalten. Am 10. Januar soll der Prozeß gegen ihn stattfinden.

Fegt von den Bergen Zwingburg und Ritter



1
Arg muß sich der Bauer quälen,
Nagt nur noch am Hungertuch,
Haust beim Vieh in finstern Ställen,
Bauer sein, das ist ein Fluch.
Seht eure Wunden! Da hilft kein Klagen;
Laßt sie uns schlagen, die uns geschunden!
He, wer litt' noch nicht genug?!

2
Meine beiden kranken Kinder
Starben Hungers durch den Herrn.
Seine Söldner kamen plündern.
Ach, kein Unheil blieb mir fern.
Drücken uns Schulden, schimpft man uns träge,
Müssen wir Schläge auch noch erdulden.
Darum kämpf' ich hart und gern!
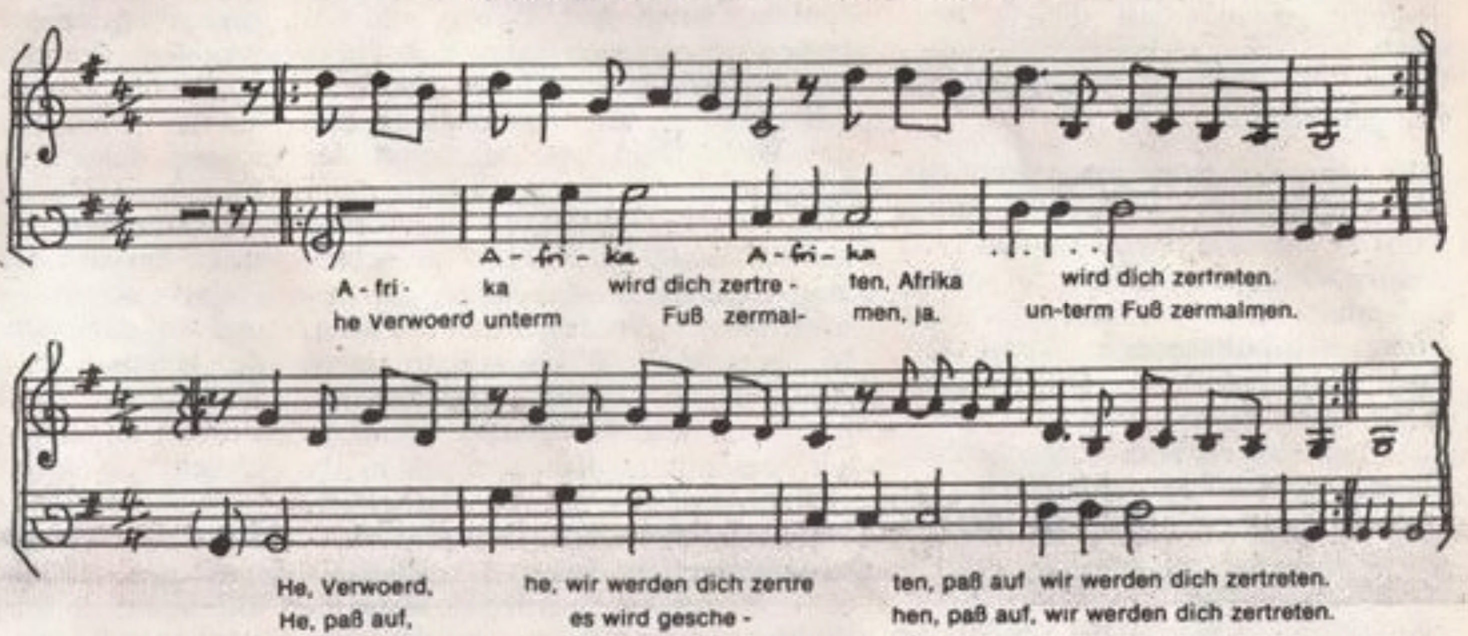
3
Lange schon vor Morgengrauen
Schuftest du als Bauersmann,
Kannst dir keine Hütte bauen,
Strengst du dich auch immer an!
Fegt von den Bergen Zwingburg und Ritter!
Solch ein Gewitter schlägt alle Schergen,
Land und Frucht sind unser dann!

1525 Lied der Bauern aus dem Elsaß, Nachdichtung: Alexander Ott



Köln. Am Freitag, dem 30.12., wurden die Musiktage der Soldaten- und Reservistenkomitees der Region Mitte in Köln durch gemeinsame Proben aller Spielmannszüge und Chöre eröffnet.
Die Proben fanden in dem Zelt statt, in dem die Musiktage in Köln durchgeführt wurden.
Am Samstag führten die Spielmannszüge und Chöre einen Propagandamarsch in der Innenstadt Köln durch, sie riefen zur Unterstützung der ZANU auf und luden zu der Veranstaltung der SRK's am Abend ein, auf der eine Sammlung zur Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA durchgeführt wurde. An dieser Veranstaltung haben 1000 Besucher teilgenommen.

Afrika wird dich zertreten



Afrika wird dich zertreten, Afrika wird dich zertreten,
He Verwoerd*, unterm Fuß zermalmen, ja unterm Fuß zermalmen.
He, Verwoerd, he, wir werden dich zertreten, paß auf, wir werden dich zertreten.
He, paß auf, es wird geschehen, paß auf, wir werden dich zertreten.

* Ministerpräsident des südafrikanischen Kolonialregimes vor Vorster in den fünfziger Jahren

Programm der Musiktage in Hannover, Köln und München

Zentrale Veranstaltungen:
Lieder aus den Kämpfen und Aufständen der Bauern
Lieder der Arbeiterbewegung in Deutschland
Lieder der internationalen Arbeiterbewegung und der Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt
Demonstrationen, Platzkonzerte und Abschlußkundgebungen unter den Forderungen:

Nieder mit Imperialismus und Reaktion! Für Demokratie und Sozialismus!
- Lohnfortzahlung für Soldaten! Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten
- Uneingeschränkte Meinungs- und Pressefreiheit! Uneingeschränktes Koalitionsrecht!
- Uneingeschränktes Streikrecht!
- Uneingeschränkte Demonstrations- und Organisationsfreiheit! Weg mit dem KPD-Verbot! Weg mit den Verbotsanträgen gegen kommunistische Organisationen!
- Auflösung von NATO und Warschauer Pakt! Auflösung aller imperialistischen Militärbündnisse!
- Abzug aller fremden Truppen aus der BRD, aus Westberlin und der DDR!

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!
- Es lebe der Befreiungskampf der Völker des Südlichen Afrika!
- Es lebe der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe!
- Gewehre für das Volk von Zimbabwe!

Sprecherrat Nord / Mitte / Süd des Soldaten- und Reservistentages

Kommunistische Volkszeitung